

HAMBURGER WISSENSKANON GESCHICHTE

*Vorschlag für einen
„Hamburger Wissenskanon Geschichte“
als gemeinsamer Bestand von Begriffen und
geschichtlichem Orientierungswissen*

Dr. Reinhard Behrens

r.behrens@wissenskanon-geschichte.de

<i>GLIEDERUNG</i>	<i>Seite</i>
<i>1. Vorwort und Autorenrechte</i>	<i>3</i>
<i>2. Übersicht der Leitbegriffe mit Links zu den Erklärungen im Wissenskanon</i>	<i>4-10</i>
<i>3. Wissenskanon Geschichte in Leitbegriffen mit Anregungen zum Vertiefen und zur Diskussion</i>	<i>11-61</i>
<i>4. Nachspann für bildungspolitisch- Interessierte + Technisches</i>	<i>62</i>
<i>5. Abkürzungsverzeichnis</i>	<i>64</i>

DER 9. NOVEMBER:

Viermal im 20. Jhdt. geschah in Deutschland Zukunftweisendes
... zum Guten und zum Bösen... ein widersprüchlicher Gedenktag



Copyright:
Sinisa Pismestrovic

- **9. Nov. 1918: AUSRUFUNG DER REPUBLIK** in Berlin, Rücktritt des Kaisers und aller anderen deutschen Fürsten. Eine deutsche Revolution und eine erste deutsche Republik (vgl. Ziffer 52).
- **9. Nov. 1923: HITLERPUTSCH IN MÜNCHEN.** Laienhafter, schnell gescheiterter Versuch der kleinen NSDAP, die bayrische und dann die Berliner Regierung zu stürzen durch einen „Marsch auf Berlin“ (Vorbild: Mussolinis Marsch auf Rom 1922). 20 Todesopfer (vgl. Ziffer 57).
- **9. Nov. 1938: NOVEMBERPOGROM („Kristallnacht“)** gegen Synagogen und jüdische Geschäfte im ganzen Reich, Massenverhaftungen (vgl. Ziffer 64). Ein Schritt in Richtung Holocaust.
- **9. Nov. 1989: der sogen. „MAUERFALL“**, die SED gibt ihren Bürgern die langerwartete Reisefreiheit und löst damit die schnelle Auflösung der DDR und die Wiedervereinigung aus (vgl. Ziffer 97). Deutschland wird ein „einig Vaterland“ in Europa.

Der 9. November als Gedenktag deutet auf zwei große Ereignisse hin, die zeigen, dass Deutsche erfolgreich für ihre Selbstbestimmung und demokratischen Fortschritt eingetreten sind – und auf zwei Ereignisse, die geradewegs auf absolute Tiefpunkte der deutschen Geschichte hinführen, die NS-Diktatur und den Holocaust, bei dem andere Deutsche sich darauf vorbereiteten, Millionen von Menschen in Europa Würde und Leben zu rauben – und dabei auch die eigene Würde und in manchen Fällen das eigene Leben zu verlieren.

Vorwort.... und Gebrauchsanweisung

Impfgegner stilisieren sich mit einem gelben Stern als Verfolgte wie früher die Juden, ein grundgesetzkonformes Infektionsschutzgesetz wird als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet, wissenschaftlich begründete Einschränkungen sind der Beleg für eine „Merkel-Diktatur“, lästige Einschränkungen der individuellen Handlungsfreiheit sind „faschistisch“.

Kommen uns die Begriffe für eine abgewogene politische Diskussion abhandeln?

Die Algorithmen der „Sozialen Medien“ können Menschen nach deren ermitteltem Geschmack Wahrheiten „zurecht-rechnen“, leicht werden „fake news“ und schräge Meinungen in selbstbestätigenden Informationsblasen als historische oder gesellschaftliche „Fakten“ hingenommen. Die gesellschaftliche Vielfalt, andere Erfahrungen und Interessen werden nicht mehr wahrgenommen, der gesellschaftliche Zusammenhalt gerät in Gefahr. Dafür haben wir weltweit beunruhigende Beispiele.

Schulen sind die letzte und beste Gelegenheit, allen jungen Menschen einen gemeinsamen Vorrat an historisch hinterlegten Begriffen mitzugeben, der eine achtungsvolle Verständigung in einer vielfältigen Gesellschaft und über aktuelle Kontroversen ermöglicht. Ihn brauchen junge Leute in Billstedt wie in Blankenese in gleichem Umfang.

Der folgende Vorschlag für einen Hamburger Wissenskanon Geschichte wirbt für einen solchen gemeinsamen Bestand von Begriffen und geschichtlichem Orientierungswissens. Er will wissenschaftsorientiert, multiperspektivisch und werteorientiert im Sinne des GG sein. Eine vergleichbare Zusammenstellung ist für den mittleren Abschluss zu erarbeiten. Ein Auftrag für eine Bildungsplanrevision in diesem Sinne steht im Hamburger Koalitionsabkommen von 2020 (s.u. Nachspann).

Mit dieser Auswahl an Leitbegriffen und deren Erklärungen soll Schüler*innen in der Studienstufe der Stadtteilschulen und Gymnasien ein aktives Orientierungswissen zur Verfügung stehen, auf das auch im Unterricht anderer Fächer zurückgegriffen werden kann. Eine vergleichbare Zusammenstellung ist für den mittleren Abschluss zu erarbeiten.

Die folgende Liste der Leitbegriffe ist auch ein chronologischer Durchgang durch die deutsche, europäische, die Weltgeschichte, links dazu ein Zeitstrahl und wichtige Jahreszahlen, manche fett, zur Orientierung. Die Leitbegriffe sind mit den zugehörigen Abschnitten der nachfolgenden „Querlage“ verlinkt, in der die Auseinandersetzung mit jedem der 107 Leitbegriffe ab Seite 8 in drei Spalten erfolgt:

1. Kurze Einführung des Leitbegriffs, evtl. mit Ergänzungsbegriffen
2. Vertiefung des zentralen Tatbestands mit Unterstreichung wichtiger Begriffe, Daten und Personen sowie Hinweisen zur Vertiefung (>) per Internetrecherche. Man darf sich von persönlichem Vorwissen und Interessen treiben lassen... Für **Hamburg** Wichtiges ist auch dabei.
3. Eine dritte Spalte heißt „Diskussion“ und bietet Vertiefung sowie Verweise auf Analogien, Gegenwartsbezüge, Widersprüche und schlägt nach dem Zeichen = kursiv gesetzt Fragen oder Arbeitsaufträge vor.

Und wem soll dieses Papier nützen?

- Schüler*innen als Nachschlagewerk für Begriffe und Zusammenhänge, die ihnen in ihrem Geschichts- oder PGW-Unterricht begegnen, aber auch zur Detailrecherche und zur Prüfung, in welchem Zusammenhang einige Begriffe heute genutzt werden sollten und können. Dies kann Erkenntnis dafür wecken, dass „Altes“ beim Verständnis unserer Gegenwart helfen kann und ein fundiertes Wissen dabei hilft, Sinn von Unsinn und maßloser Übertreibung zu unterscheiden.
- Den Lehrkräften, die die Idee eines Kanons und die getroffene Auswahl hoffentlich unterstützen und die dies Papier nutzen können für Arbeitsaufträge (Recherche, Wiederholung und kritische Betrachtung), auch als Handreichung in Zeiten von plötzlichem Homeschooling.
- Eltern, die sich für Geschichte interessieren und für das, was ihre Kinder lernen sollen, und die vielleicht manche Themenblöcke für sich selbst vertiefen möchten.
- Einer geschichtsinteressierten Öffentlichkeit, die mit Bedauern feststellt, dass uns historisches Wissen als Grundlage für einen gesellschaftlichen Diskurs abhandenkommt und sich deshalb für den Inhalt von Bildungsplänen interessieren sollte .
- Und nicht zuletzt der Politik, die vom Geschichtsunterricht mehr Orientierung in Zeiten heftiger politischer Bewegungen erwartet, ihm aber die Unterrichtsstunden kürzt.

Der Autor dieser Zeilen will natürlich keinen Bildungsplan schreiben, sondern deren Verfassern und einer aufmerksamen Öffentlichkeit Anregungen für dessen rein fachlichen Anteilen geben. Deshalb dieser Vorschlag für einen Wissenskanon, also für ein gemeinsames Grundwissen - der politische Auftrag für solche neuen Pläne besteht in Hamburg. Er nutzt seine Freiheit als Geschichtslehrer und Bildungspolitiker für eine persönliche Auswahl und manche nicht ganz so weichgeschliffenen Bewertungen – und er ist nicht erwerbsorientiert. Mehr zu diesen Aspekten und Technischem im bildungspolitischen Nachspann.

Viel Spaß bei der Lektüre – und bleiben Sie gesund und lesen Sie sich fest...

Reinhard Behrens, im Februar 2021

Zu den Autorenrechten: Der Autor gestattet natürlichen Personen die unentgeltliche Nutzung dieser Arbeit durch Herunterladen von der hierfür eingerichteten Homepage (<https://wissenskanon.de/>) ausschließlich zu privaten Zwecken, sofern sie weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienen - also für Bildung und Erbauung. Diese Genehmigung schließt Lehrende und Lernende an Schulen ausdrücklich ein. Für jede kommerzielle (z.B. durch Verlage) oder institutionelle (z.B. durch Behörden) Nutzung dieser Arbeit als Ganzes oder in Teilen sowie – unabhängig vom Nutzungszweck – für jede Übernahme auf Internetauftritte bedarf es meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung.

Für Anregungen, Korrekturen, Kritiken, Danksagungen etc. bin ich erreichbar unter:

r.behrens@wissenskanon-geschichte.de

Übersicht der Leitbegriffe zum Hamburger Wissenskanon Geschichte

			Leitbegriff	Zusatzbegriffe	Bemerkungen
Steinzeit	Ankerzahlen	Nr.			
	Beginn v. 2,5 Mio vor 40.000 Jahr.	1	Jäger und Sammler Homo sapiens	Altsteinzeit, Faustkeil, Neandertaler Höhlenmalerei: Höhle von Lascaux (F)	Warum setzt sich der Homo sapiens durch? Frühe Kunst? Zauber?
	ab 5.000 v.	2	Jungsteinzeit - Bronzezeit	Ackerbau, Großsteingräber, Töpferei	Neolith. Revolution
	ab 2.500 v.	3	Frühe Hochkulturen	Ägypten, Flussoase, Pyramide, Cheops	Neu: feste Staatsorganisation
Antike	Um 450 v.	4	Athen – wird Demokratie	Demokratie, Polis, Verfassungsentwicklung	pol. Rechte nach Besitz?
	221 v.	5	Chinesisches Großreich	Gottkaiser, Terrakotta-Armee	Ein Reich seit 221 v. (vor 2200 Jahren!)
	Aug. +14 n.	6	Rom wird zum Großreich	Augustus, Latein, Kaisertum, Köln,	Kleinstadt wird zum „Weltreich“
	7 v.	7	Jesus Christus (geb. 7 v.)	Christentum: 2. monotheistische Religion	Europa: „christl. Abendland“
	476 n. u.1453 n.	8	Westrom – Ostrom	Diokletian, Konstantinopel, Reichsteilung	Kulturelle Teilung Europas?
	4.-5. Jhdt.	9	Völkerwanderung	German. Königreiche, Franken, Gallien	Migration, historische Parallelen?
Mittelalter	620 n.	10	Prophet Mohammed	Hedschra 620 n., Mekka, Islam, Koran	Geistl. u. weltliche Macht verbunden
	800 n.	11	Karl der Große, Kaisertum	Weltl. + geistl. Herrsch. Mitteleuropa	800–1806: 1000 Jahre dt. Reich
	6.–15. Jhdt.	12	Mittelalter: Herrschaft	Lehnssystem dezentral, persönl. Treue	MA – nur eine Zwischenzeit?
	dito	13	Mittelalter: Drei Stände	Adel, Klerus, Bauern - Städte	Prinzip der Auskömmlichkeit?
	1099	14	„Gang nach Canossa“ Kreuzzüge	Konflikt geistl. vs. weltl. Macht, Papst Kreuzfahrerstaaten in Palästina	2 politische Begriffe, Kreuzzug val. Dihad?
	12. – 14. Jhdt.	15	D – F – E im MA : Unterschiedl. Entwickl.	Föderalismus, Parlamentarismus,	Strukturen aus dem MA noch heute aktuell
	1348 ff	16	Große Pest	Pandemie, Strafe Gottes? Judenverfolgung	Verschwörungstheorien
Renaissance Beginn Globalisierung	13./14. Jhdt.	17	Hanse	Fernhandel, Lübeck, Städtebund	bürgerliche Tradition in Hamburg
	Um 1500	18	Renaissance der Antike	Kunst, Wissenschaft, Frühkapitalismus Leonardo da Vinci: ein “Universalgenie“	ökonomisch, künstlerisch: die Neuzeit
	1492	19	Kolumbus, Amerika	Zeitalter Entdeckungen, Magellan	Beginn der Globalisierung
	Ab 1500	20	Lateinamerika:	Azteken, Inkas, Dreieckshandel, Schwarze Arbeitssklaven aus Afrika	Indigene Kulturen verschwinden, 12 Mio afrikanische Sklaven

Reformation	1517	21	Reformationen in Europa, Martin Luther	95 Thesen, deutsche Bibelübersetzung, Calvin, Protestantische Landeskirchen	Individuelle theolog. Emanzipation, Protestantische staatsnahe Tradition	
	1618 ff	22	Bauernkriege, Dreißigjähriger Krieg	Bauern gegen höhere Abgaben, lesen Bibel, Wallenstein, Westfälischer Friede	Luther nimmt Partei des Adels, neu: Krieasunternehmertum	
	1661 ff	23	Absolutismus, Ludwig XIV	„Der Staat bin ich“. Versailles, Louvre, Merkantilismus	Ökonom. >Dirigismus. Nationaler kultureller Prestigegegewinn	
Absolutismus Europa greift nach allen Kontinenten		24	Preußen, aufgeklärter Absolutismus	Friedrich II: „Der erste Diener seines Staates“,	Mythos Friedrich II und Preußen, was bleibt?	
	17. Jhdt ff	25	Europäer in Nordamerika	Pocken, Grippe, Reservate, „Trail of Tears“	Indigene „Indianer“ vergessen?	
	18. Jhdt	26	GB, F: neue Kolonialmächte	7jähriger Krieg, Kabinettskrieg, ein Weltkrieg? Abgrenzung der Kolonialreiche	Grundlegung des europ. Imperialismus	
		27	Montesquieu: 3 Gewalten	Aufklärung, Gewaltenteilung: Legislative, Exekutive, Judikative	Gültige Verfassungsprinzipien, Prüfsteine für dem. Verfassungen	
	1776	28	USA – 1776 Unabhängigkeitserklärung	Volkssouveränität, Erklärung der Menschenrechte, George Washington	Älteste Verfassung, checks and balances, krisenfest?	
	bis 1793	29	3 Polnische Teilungen	Poln.-Litauisches Reich, R, ÖU, Pr.	2 Teilungen 1939, 1945	
	ab 1789	30	Französische Revolution	Nationalversammlung, Bastille, Terror, bürgerliche, radikale Phase, Diktatur	Meistzitiertes Modell einer Revolution – je nach Interesse	
19. Jahrhundert Beginn Industrialisierung	1806	31	Kaiser Napoleon Bonaparte	Rheinbund, Ende Dt. Reich Hamburg. Franzosenzeit	Napoleon: auch ein Modernisierer D: stärkere Einzelstaaten	
	ab 1806	32	Preußische Reformen	Allg. Wehrpflicht, Bauernbefreiung,	Reform von oben statt Revolution	
	1815	33	Wiener Kongress 1815	Ziel: Restauration, Deutscher Bund	Ziel: Revolutionen verhindern	
	ab 1820	34	Lateinamerika wird unabhängig	europäische Oberschicht, Indigene neu: USA – Amerika den Amerikanern!	Revolution einer Oberschicht, USA beginnen Weltpolitik	
	ab 1760er	35	GB: Industrielle Revolution	Dampfmaschine, neue Wirtschaftsordnung	Industriegesellschaft: Zukunft?	
	1835	36	D: Eisenbahnbau	Nürnberg-Fürth, deutsche Zollvereine	Technik treibt Politik voran	
	1814–1883	37	Karl Marx: Klassenkampf	zwei Klassen: Kapitalisten + Proletariat Diktatur d. Proletariats, Kommunismus	Theorie weiter einflussreich, Prognosen? Anwendungen?	
	1841	38	„Einigkeit und Recht und Freiheit...“	Hoffmann von Fallersleben 1841, Deutschlandlied, Nationalhymne	Lied mit Geschichte, Missbrauch, ab 1952/90 Hymne	
	Imperialismus Kolonialismus	1848	39	1848 Revolutionen in Europa	D: Paulskirche, kleindt. Verfassung	Vorbild für das dt. 20. Jhdt.
		1871	40	1871: ein Deutsches Reich	Bismarck, „kleindt.“ preuß. Kaiserreich, Sozialpolitik, Kolonialpolitik	Bismarck sehr kontrovers! Doppelstrategie geg. Arbeiterpartei
ab 1860		41	Wettlauf um Afrika	Aufteilung Afrikas, ökonomische Ziele	Einfluss GB, F in ehem. Kolonien?	

		42	<u>China erleidet Imperialismus</u>	<u>Opiumkriege</u> , Boxerkrieg, Kunstraub, im 20. Jhdt. Eingriffe auch durch USA, Japan	Nat. Erniedrigung, Bürgerkrieg, Gefahr des Zerfalls
	ab 1880	43	<u>D späte Kolonialmacht</u>	Namibia, Tansania, Kamerun, Togo	Aktuelle Beziehungen?
1. Weltkrieg	1914–1918	44	<u>Erster Weltkrieg „14–18“</u>	Mittelmächte, Entente, Zeitenwende	Ende des alten Europas
	1914	45	<u>Attentat in Sarajewo</u>	Serbien, Spannungen unter imperialist. Mächten, Kriegsschuldfrage	Europ. Mächte kriegsbereit „Schlafwandler“, betr. Folgen
	1916	46	<u>Stellungskrieg im Westen</u>	Materialschlacht, Verdun, Grabenkrieg	Neu: Industrieller Krieg
		47	<u>Bewegungskrieg gegen R</u>	R: Niederlage, Separatfrieden mit D	Vergessener Kriegsschauplatz!
	1923	48	<u>Osman. Reich: Zerfall</u>	Vielvölkerstaat, Armeniergräuelt, Türkei	Kemal: „Vater“ der Türkei?
	1916 f	49	<u>Grundlage: Nahostkonflikt</u>	Sykes-Picot-Abkommen, Balfour, Araber	Konflikt seit 100 Jahren aktuell
	1917	50	<u>1917: 2 Revolutionen in R, Gründung Sowjetunion</u>	Februarrevolution, Oktoberrevolution Lenin, Stalin, Proletarische Diktatur	Zerfall 1991, ein neues R als offensive Nachfolgemacht?
	1918 f	51	<u>Die „Spanische“ Grippe</u>	Pandemie, Herkunft USA	2020: Vgl. mit SARS-Covid 19?
20. Jahrhundert	9.11.1918	52	<u>Die Deutsche Republik</u>	<u>Aufstand Kieler Matrosen</u> , Arbeiter- und Soldatenräte, Abdankung Fürsten	Eine echte Revolution? Erste Republik in D. – R Vorbild oder Abschreckung?
	1919	53	<u>Nationalversammlung</u>	Verhältnismehrheit, republ. Mehrheit	Vgl. Parteien heute
	Ab 1920	54	<u>Neue Nationalstaaten in Osteuropa</u>	Vorortverträge, Osteuropäische Staaten, z. B. Polen, Tschechoslowakei	Viele Minderheitenprobleme den neuen Staaten
	1920	55	<u>Versailles Friedensvertrag ein „Diktat“?</u>	Gebietsabtretungen, Reparationen, Kolonien, D alleinige Kriegsschuld	Materiell u. psychologisch schwere Friedensbedingungen – Folgen?
	1920–1930	56	<u>Die große Inflation</u>	Hyperinflation, Spargeld, Schulden	Inflation: ein dt. Trauma
	1918–1933	57	<u>Weimarer Republik 18–33</u>	Reichspräsidenten: Ebert, Hindenburg	Eine zu liberale Verfassung?
	1919–1933	58	<u>„Gute u. schlechte Zeiten“</u>	Inflationskrise, Deflationskrise	Ökonomische Krisentypen, politische und soziale Effekte?
	1924–1929	59	<u>Goldene Zwanziger Jahre</u>	Neue Formen: Kino, Musik, Mode, Baustil	Aktuelle kulturgesch. Bedeutung?
	1925	60	<u>Locarno</u>	Stresemann, Verständigung mit F	Vgl. Adenauer u. Ostpolitik Brandt?
	1930–1933	61	<u>Ende der Republik</u>	„Republik ohne Republikaner“?	In der Krise Trend zu den Extremen
NS- Diktatur	1933	62	<u>NS-Machtergreifung 1933 Ermächtigungsgesetz</u>	„nationale Revolution“, NSDAP, A. Hitler Reichskanzler, Goebbels Min. Propaganda.	Ein Drehbuch? Wie wird eine Diktatur errichtet?

20. Jahrhundert

2. Weltkrieg

1933	63	<u>Gleichschaltung</u>	Länder, Verwaltung, Parteien, Vereine, Hitler-Jugend (HJ), SS, Heinr. Himmler	Wie konnte dies so leicht gelingen?
9.11.1938	64	<u>Judenverfolgung</u> <u>Novemberpogrom 1938</u>	Boykott jüd. Geschäfte, Nürnberger Gesetze, „Kristallnacht“ 9.11.1938	Wie kann so leicht die Ausgrenzung einer Minderheit akzeptiert werden?
1938	65	<u>„Großdeutschland“</u>	Ns. Außenpolitik, allg. Wehrpflicht, Anschl. Österr., Münchener Konferenz	Umgang mit einem aggressiven Diktator? Appeasement ein Erfolg?
1937	66	<u>Weltkrieg in China?</u>	Kaiserreich Japan, Kolonialreich in China	D und Japan vergleichbar?
1939-1945	67	<u>Beginn 2. Weltkrieg 1939</u>	Hitler-Stalin-Pakt, Polen steht allein	2 feindliche Diktatoren verbündet!
	68	<u>Blitzkriege im Westen,</u> <u>1941 Russlandfeldzug</u>	F: Kollaboration u. Widerstand 1941 vor Moskau, Kriegserkl. an USA	Enorme militärische Leistungen – heutige Bewertung?
27.01.1945	69	<u>Holocaust, Auschwitz; 27. Januar</u> <u>Gedenktag</u>	Wannseekonferenz, Shoa, Genozide Sinti und Roma.	Für Deutsche obligatorisches Wissen... Folge: Position zum Staat Israel
1939–1944	70	<u>Deutscher Widerstand</u>	Schreiner Georg Elser, „Weiße Rose“, Oberst Graf Stauffenberg.	Widerstand heroisch, erfolglos: Heutige Bedeutung?
08.05.1945	71	<u>D: Kapitulation 08.05.1945</u> <u>Kapitulation Japans</u>	Totaler Krieg, Hamburg: Gomorra Japan: Atombomben Hiroshima, Nagasaki	Für D: schmerzhafteste Frage: Niederlage oder Befreiung?
1945	72	<u>Potsdamer Konferenz</u> <u>4 Zonen, 4 Sektoren</u>	D: 4 Zonen, Berlin 4 Sektoren Polen: Westverschiebung, Vertreibung	Entwertung der einigenden nationalen Traditionen?
1945–1948	73	<u>Not und Demontagen</u>	Wohnungsnot, Zigarettenwährung	Sehr ungleiche Opferschicksale
1945–1948	74	<u>Entnazifizierung, West: „Reeducation“</u>	Demilitarisierung, „Nürnberger Prozesse“ neue Medien, Parteien, Pluralismus	Umerziehung und Kontrolle – erfolgreich?
1945–1971	75	<u>Ost: Sozialist. Einheitspartei</u> <u>Deutschlands (SED)</u>	Sowjetzone, Stalinismus, Walter Ulbricht, „Volksdemokratie“	SU und SED besetzen den Begriff Diktatur positiv
1946	76	<u>„Eiserner Vorhang“</u>	„Ostblock“: SU mit Satellitenstaaten	Europa geteilt
1948	77	<u>USA: Marshallplan</u>	Bretton Woods, Wirtschaftswunder	Neue Dollar-Währungsordnung
1948	78	<u>D-Mark</u> <u>Soziale Marktwirtschaft</u>	„Trizonesien“– Ludw. Ehrhard: freier Wettbewerb u. lfd. sozialer Ausgleich	Neue wirtschaftl. Ordnung zw. Kapitalismus und Sozialismus
1948–1949	79	<u>Alliierte „Luftbrücke“</u>	Berliner Blockade	Mythos „Frontstadt Berlin“

Kalter Krieg

20. Jahrhundert

Dekolonisierung

Ost-West-Konflikt

Ende Bipolarität

1949	80	<u>Grdg. Bundesrepublik Deutschland</u>	Bonn, Konrad Adenauer (CDU), GG.	BRD bleibt unter Aufsicht
1949	81	<u>Grdg. DDR – zwei Staaten – zwei Demokratiebegriffe</u>	Deutsche Demokratische Republik Ostberlin, Walter Ulbricht (SED)	DDR bleibt bis 1989 unter enger pol. u. ökon. Kontrolle durch SU
	82	<u>2 Nationalhymnen: BRD – DDR</u>	„Einigkeit und Recht und Freiheit“ „Auferstanden aus Ruinen,“	Auch Hymnen sind hist. Quellen! Unterschiedliche Ziele .
17.06.1953	83	<u>Aufstand: 17. Juni 1953</u>	Arbeiteraufstand, SU erklärt Kriegsrecht	Vergl. 1953 – 1989 (Ziff. 96)
1949	84	<u>NATO – Warschauer Pakt</u>	Kalter Krieg, Bundeswehr, Volksarmee	Bleibt der Status Quo sicher?
1957	85	<u>Die Römischen Verträge</u>	EWG 1957, Eur. Wirtschaftsgemeinschaft	In 60 Jahren zum einigen Europa?
1945 um 1960	86	<u>UNO (United Nations Organization)</u>	1945 in New York, Sicherheitsrat, 5 ständ. Mitglieder mit Veto, 10 wechseln	Erst 50, jetzt 190 Mitglieder reformbedürftig – reformierbar?
1961	87	<u>Berliner Mauer 13.8.1961</u>	DDR: „antifaschistischer Schutzwall“	DDR: polit. Wettbewerb verloren?
1968	88	<u>„1968“</u>	Internat. Studentenbew., Reformen in Universitäten, Gesellschaft, Politik	„Achtundsechziger“ in D: Soziologisch eine „Kohorte“?
1969 ff	89	<u>Kanzler Willy Brandt, SPD; Neue Ostpolitik, Kniefall in Warschau</u>	Sozialliberale Koalition: „Mehr Demokratie wagen!“, „Neue Ostpolitik“. Verständigung mit den östl. Nachbarn.	Diktaturen brauchen ein Feindbild, dieses raubt der SU Brandts Politik. Vorbedingung für 1989/90?
Ab 1969	90	<u>DDR: ein Stasi-Staat?</u>	Erich Honecker, zentralverw. Wirtschaft Erich Mielke, Staatssicherheit	Diskussion nach 1990: „Die DDR insgesamt ein Unrechtsstaat“?
1985	91	<u>EG-Abk. von „Schengen“</u>	1985: offene Grenzen, Hymne, Fahne	Entwicklung zum Staatenbund??
	92	<u>Atomares Gleichgewicht</u>	„massive retaliation“, SALT, Abrüstung	Gilt das Prinzip noch in 2020?
1980	93	<u>„Die Grünen“ Partei Internationale Klimaschutzbeweuna</u>	1972 „Die Grenzen des Wachstums“ IPCC, 1986 Tschernobyl, Zielkonflikte	Weltwirtschaftsmodell des ständigen Wachstums in Frage gestellt!
1991	94	<u>M. Gorbatschow, Ende SU</u>	Reformer der SU, deren Zerfall 1991, Putin	Bleibt R eine Großmacht? Putin?
1991	95	<u>Ostblock löst sich auf</u>	Ende Warschauer Pakt, COMECON	Welche Alternativen für die Länder?
1989	96	<u>DDR: Ende einer Diktatur; Die friedliche Revolution</u>	Zitat Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, Risiko: Tian An Men	DDR und SU politisch erschöpft. Chines. Lösung denkbar?
09.11.1989	97	<u>9. Nov. 1989: „Mauerfall“</u>	„Runder Tisch“, „Wir sind ein Volk“	Friedliche Revolution?

	03.10.1990	98	<u>Kanzler Helmut Kohl; 3. Okt. 1990: Dt. Einheit</u>	Freie Volkskammerwahl, Einigungsvertrag, Einf. D-Mark Kurs 1:1, Treuhandanstalt	Umstellung: Extreme Belastung der DDR-Bev., mit Folgen?
	1990	99	<u>Die internat. Zustimmung zur dt. Einheit erreicht</u>	Kohl und Genscher, 2 + 4-Verhandlungen. D integriert in EG und NATO	Preis der Einheit: Euro- u. NATO-Bindung
	1990	100	<u>„Das Ende der Geschichte“?</u>	F. Fukuyama: 1990: Das liberale pol. u. soz. System hat gewonnen und bleibt - ?	Westl. Tunnelblick, Traum des Chiliasmus? Beispiele hierfür?
	2002	101	<u>01.01.2002: Der Euro der 19</u>	eine gemeinsame Währung: notw. nationale Haushaltsdisziplin	Erfolg mit Dauerproblemen?
21. Jahrhundert Multipolarität	1991-1995	102	<u>Jugoslawien zerfällt</u>	„sozialistischen Vielvölkerstaat“, Serbien: Vormachtanspruch	Krisenherd Balkan – ein Dauer-Zustand, die Länder in die EU?
	Ab 2004	103	<u>Osterweiterung der EU</u>	zuerst Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn	Östliche Opposition: >Visegrád
	2007	104	<u>Das Smartphone ab 2007</u>	digitale Revolution, Datenhandel, Freiheit?	Enorme soz., pol., kult. Bedeutung?
	2012/2018	105	<u>China: offensive Weltpolitik</u>	Xi Jinping, „kommunist.“ Einheitspartei	China, eine Diktatur? Partner, Konkurrent,
	2015	106	<u>Flüchtlingskrise</u> <u>Merkel: „Wir schaffen das“</u>	Dublin-Abkommen, „Kontrollverlust“, EU uneins, Aufstieg rechter Parteien	D ein Einwanderungsland? Gelingt die Eingliederung?
	2020	107	<u>Corona/COVID 19-Virus</u> <u>Eine Weltkrise</u>	Wuhan/China, ökonomische, soziale, kulturelle, staats- u. weltpol. Folgen	Wirkungen im Systemwettbewerb u. für internat. Kräfteverhältnisse?

Wissenskanon Geschichte in Leitbegriffen

	<p><u>LEITBEGRIFF</u></p> <p>„Item“</p>	<p>„Um mehr zu wissen“</p> <p>Anregungen zum Weitersuchen</p>	<p>Diskussion:</p> <p>Verknüpfungen mit anderen Komplexen, Gegenwartsbezug, Fragen aus heutiger Sicht</p>
<p>1</p>	<p><u>Jäger und Sammler</u></p> <p>Höhlenmalerei: Lascaux in Frankreich</p> <p>Das wichtigste Feuerstein-Werkzeug für vielfältige Verwendung: der Faustkeil</p> <p><u>Homo Sapiens</u></p>	<p>In der Altsteinzeit (>Paläolithikum) lebten die Menschen wohl in Kleingruppen, in Mitteleuropa nur in den Warmzeiten zwischen den ><u>Eiszeiten</u>. Die wichtigsten erhaltenen >Quellen sind Werkzeuge aus Feuerstein, aus Holz (selten!), aus Knochen von erlegtem Wild sowie menschliche Skelettfunde. Ein Universalwerkzeug ohne große Veränderungen von vor über 1,5 Mio. Jahren in Afrika, seit ca. 600.000 Jahren nördlich der Alpen: der >Faustkeil bis vor ca. 40.000.</p> <p>In Eu. eine urtümlichere Menschenart: Die >Neandertaler.</p> <p>Um 40.000 bis 30.000 hat sich weltweit >Homo sapiens durchgesetzt. Überliefert sind künstlerische Werke, vielleicht mit religiösem Bezug: Schnitzereien (>Venus von Willendorf) und >Höhlenmalereien, hier beispielhaft >Lascaux in F (genutzt vor 36.000 bis vor ca. 16.000 Jahren), wohl als Jagdzauber. Für die sozialen Beziehungen, die Sprache, ihre Religion aber auch für die Haut- und die Haarfarbe haben wir keine Quellen.</p> <p>Die <u>Bevölkerungsdichte</u> war gering, die Menschen hatten wohl nur wenig <u>Eigentum</u>, da alles getragen werden musste und nicht zerbrechlich (wie z.B. Ton) sein sollte.</p>	<p>Homo sapiens („Vernunftbegabter Mensch“) – <u>fielen heute, modern gekleidet und frisiert, in Gesellschaft wohl kaum auf.</u></p> <p><u>Erklärung:</u> eine Quelle ist für einen Historiker ein von Menschen hergestellter Gegenstand, ein Begriff, ein Text, ein Brauch, der uns Aufschluss über die Zeit seiner Entstehung gibt.</p> <p><i>=Welche dauerhaften Gegenstände hätten Archäologen in 15.000 Jahren als Quellen, um etwas über unsere Lebensweise, Gesellschaftsordnung, Kultur zu erfahren?</i></p> <p><i>=Was wüssten sie über uns, wenn sie als wichtige Produkte nur Autos (oder: Kugelschreiber oder die Bismarck-Statue am Hafen?) und Graffiti an Wänden hätten?</i></p> <p><i>=Welche drei langlebigen Gegenstände charakterisieren am besten unsere Epoche?</i></p>
<p>2</p>	<p><u>Jungsteinzeit</u></p> <p>Übergang zum Ackerbau, Töpferwaren und Grabbeigaben als Quellen für die Lebensweise der Menschen.</p> <p><u>Bronzezeit</u></p>	<p>Diese Epoche (das <u>Neolithikum</u>) begann im Mitteleuropa wohl um 5500 v. nach der letzten Eiszeit – mit einem jahrhundertlangen Übergang zum ortsfesten Ackerbau (in >Vorderasien um 9000 v.). Neue Techniken, Leben in größeren Gruppen, die sich organisieren müssen, feste Häuser, Vorratswirtschaft, Töpferei als neue Technik, privates Eigentum, oft besondere Begräbnisstätten (Großstein-/Hünengräber), Kultstätten und wohl auch Konflikte um Eigentum – eine <u>Revolution</u>?</p> <p>Die Bronzezeit beginnt um 3300 v. und in Mitteleuropa ab 2000 v. Es werden Gegenstände aus >Bronze (relativ weiche Legierung aus Kupfer und Zinn) gefertigt. Sie endet hier um 800 v. mit der >Eisengewinnung für Werkzeuge und Waffen.</p>	<p>=Eine neolithische Revolution?</p> <p>Die Art, wie die Menschen sich ernähren und zusammen leben, als >Nomaden, als Bauern, als Industriearbeiter oder in einer Internetgesellschaft, bestimmt die Formen des Zusammenlebens, der Herrschaft, der Kultur.</p> <p>Epochen einer umfassenden Veränderung des menschlichen Zusammenlebens der Menschen nennt man eine Revolution, man unterscheidet die <u>jungsteinzeitliche</u>, die <u>industrielle</u> (Ziff. 35) und die <u>digitale</u> (Ziff. 104).</p>

3	<p>Frühe Hochkulturen Gottkönige herrschen in straff organisierten Staaten an Flussoasen: Ägypten am Nil, auch das Zweistromland von Euphrat und Tigris, in China am Yangtse</p>	<p>Diese bronzezeitlichen Kulturen entwickeln sich an einem großen Fluss mit fruchtbarem Schwemmland und warmem Klima und ermöglichen so eine hohe Bevölkerungsdichte. Ein grandioses Beispiel ist das alte >Ägypten am Nil als Flussoase mit Gottkönigen (Pharaonen) ab ca. 3100 v., mit schriftlichen Quellen (>Hieroglyphen) und namentlich bekannten Pharaonen (Cheops und seine >Pyramide um 2550 v., >Tut-anch-Amun und sein Grab 1323 v.). Obeliske aus Granit werden noch ohne Eisenwerkzeuge aus einem Felsen geschlagen, der größte im Tempel von Karnak ist 32 m hoch und wiegt 320 Tonnen. Vergleichbare Kulturen gibt es im >Zweistromland (Assyrisches Reich, heute Irak), am >Indus, in China am >Yangtse.</p>	<p>Ägypten als Beispiel: Die Notwendigkeit, ein großes Bewässerungssystem zu unterhalten, erfordert eine Herrschaft, die das Zusammenwirken vieler Menschen sichert. Der Herrscher fordert Gehorsam, er ist Gott und sichert seinem Reich die Hilfe der Götter. Er bündelt die Kraft der Menschen auch für imponierende Tempel, Grabanlagen, Stadtbefestigungen. Die Vorgaben des Naturraums bestimmen die politische Organisation.</p> <p><i>=Was wissen wir über die Lebensweise der Menschen, bedeutende Bauten und über Herrschaft in D um 2000 v.?</i></p>
4	<p>Athen</p> <p>Dort wurde die Staatsform der Demokratie entwickelt.</p>	<p>...ist eine griechische Handelsstadt, eine >Polis (im antiken >Hellas). Dort rangen drei Bevölkerungsgruppen (Stände) in der Bevölkerung um Einfluss und politische Macht: Der Adel (Reiter), die Bauern (schwer bewaffnete Fußsoldaten, >Hopliten), besitzlose Tagelöhner als Leichtbewaffnete (>Theten). Jeder freie Bürger muss dienen und sich ausrüsten, die Armen konnten sich nur Pfeil und Bogen oder eine Schleuder leisten.</p> <p>Athen braucht zur Vermeidung eines Bürgerkrieges eine Verfassung. Solon als erster großen Verfassungsstifter gibt um 590 v. den Athenern politische Rechte nach Vermögen und Leistung im Militär – als 100 Jahre später die athenische Kriegsflotte immer wichtiger wird, werden die vielen Besitzlosen als Ruderer militärisch wichtig und deshalb politisch einflussreich. Athen wird ab 460 v. zur Demokratie – mit Perikles (bis 430 v.) als anerkanntem Führer. Die Sklaven (oft Kriegsgefangene) waren rechtloser Besitz anderer Menschen.</p> <p>Der >Attischer Seebund wurde nach 480 v. von Athen als Vormacht mit vielen griechischen Seestädten zur Verteidigung gegen das >Perserreich gegründet. Die Beiträge der Städte wurden von Athen verwaltet und oft zugunsten der eigenen Bevölkerung verwandt.</p>	<p>Athen steht beispielhaft in unserem Sprachgebrauch für eine besondere kulturelle und politische Entwicklung, die im alten Griechenland begann.</p> <p>Jeder Zusammenschluss von Menschen hat eine Verfassung, geschrieben oder ungeschrieben. Athen ist bis heute ein Beispiel für eine erste Zumessung von politischen Rechten nach der Leistung für den Staat, das war damals vor allem die Leistung im Krieg.</p> <p><i>=Sollten politische Rechte nach Leistung für den Staat (z.B. auch nach gezahlten Steuern) vergeben werden?</i></p> <p>Aus der griechischen Antike kommt wichtiges Fachvokabular für Politik (>Polis), Philosophie, >Monarchie, >Aristokratie, >Demagogie, >Autokratie, Polis, Politik, Monotheismus, Theologie, Pädagogik, Ökonomie.</p> <p>Als das Perserreich nicht mehr gefährlich war, wollten Städte keine Beiträge mehr zahlen. Das verhinderte Athen auf Beschluss der Volksversammlung mit Gewalt. <i>=Warum?</i></p> <p><i>=Vergleich attischer Seebund – >Warschauer Vertrag?</i></p>
5	<p>Ab 221 v. Chinesisches Großreich</p> <p>China hat mehr als 2200 Jahre eine Geschichte als großes Reich....</p>	<p>Es wurde 221 v. von dem Gottkaiser Ch'in als Großreich mit einheitlicher Verwaltung und bezahlten Beamten zusammengefasst und dann von vielen verschiedenen Dynastien regiert. Es besteht als Volksrepublik nach einer Revolution 1949 n. mit vergleichbarem Umfang noch heute. Ch'in hat an seinem gigantischen Grabmal bei Xi'an jahrzehntelang bauen lassen, dazu gehört die >Terrakotta-Armee mit Tausenden von lebensgroßen Tonsoldaten, die ihm im Jenseits dienen sollten.</p>	<p><u>Kein Land und/oder Volk der Erde kann auf eine vergleichbar lange Geschichte von über 2000 Jahren als Reich zurückblicken wie China.</u> Das Land hat Grund, auf diese lange politische und kulturelle Tradition stolz zu sein. Vor 150 Jahren wurde es durch europäische Mächte schwer unterdrückt und ausgebeutet (Ziff. 42).</p> <p><i>=Wie mögen heutige Chinesen die europäische Geschichte im Vergleich zu ihrer eigenen sehen?</i></p>

6	<p>Rom</p> <p>aus einer Stadt wird ein Weltreich, aus einer Republik ein Kaiserreich – aus dem Namen von Caesar entwickeln sich die Herrscherbezeichnungen Kaiser und Zar.</p>	<p>Diese kleine italienische Ackerbauerstadt (<u>sagenhafte Gründung 753 v.</u>) erobert ihre Nachbarstämme, stürzt die Monarchie und wird Republik, erlebt innere >Ständekämpfe zwischen Adel (nobiles) und >Proletariat (proles) sowie Sklavenaufstände (ein Führer: >Spartacus). Rom besiegt die große Handelsstadt >Karthago bei Tunis. Julius Caesar erobert Gallien bis Köln und („überschreitet den >Rubikon“) die ganze Macht in Rom, wird aber 44 v. zur Rettung der Republik ermordet. Augustus (+ 14 n.) wird der erste Kaiser und beherrscht um das Jahr 0 das gesamte Mittelmeer, die damals bekannte Welt von England bis Ägypten. Er ordnet auch einen römischen Vorstoß bis zur Elbe an, der 9 n. mit einer <u>Niederlage des Varus</u> mit drei ><u>Legionen</u> bei Osnabrück endet.</p> <p>Für die Römer war Norddeutschland von Urwäldern bedeckt, unerschlossen, ohne Städte, wirtschaftlich uninteressant. Viele west- und süddeutsche Städte sind römische Gründungen (z.B., Köln, Trier, Mainz, Regensburg, Augsburg), meist ehemalige Militärlager.</p> <p>Rom sicherte lange den Frieden im Mittelmeerraum (pax romana) und den Fernhandel. Große landwirtschaftliche Güter und städtische Manufakturen nutzten die Arbeitskraft von rechtlosen, ausgebeuteten Sklaven, zumeist Kriegsgefangenen.</p>	<p>Rom ist in der europäischen Tradition der Begriff für ein Großreich, das den ganzen Mittelmeerraum umfasste. In guten Zeiten herrschte Frieden (><u>pax romana</u>), ein stehendes Heer sicherte die Grenzen. Freier Handel und Reisefreiheit galten überall, Latein war Weltsprache, von der viele romanische Nationalsprachen abgeleitet sind, vom Portugiesischen bis zum Rumänischen. Jahrhundertlang – im Mittelalter und der frühen Neuzeit – war Latein in Europa die Sprache der Gebildeten. Auch Rom gibt uns <u>politisches Vokabular</u>: Republik, Imperium/Imperator (Empire), >Diktatur, >Senat, Tribun, Populismus, Absolutismus, Jura, Legalität.</p> <p>=<u>Viel diskutiert</u>: = <i>Wie konnte ein so mächtiges Reich untergehen?</i></p> <p>=<i>Welche wichtigen Gebäude aus römischer Zeit gibt es in D?</i></p>
7	<p>Jesus (Joshua) von Nazareth,</p> <p>Das Christentum wird nach dem Judentum und vor dem Islam (Ziff. 10) die zweite >monotheistische Religion</p>	<p>Etwa 7 bis 4 Jahre vor dem <u>Beginn unserer Zeitrechnung</u> wurde wohl <u>Joshua in Nazareth</u> in Judäa /Israel geboren. Er wurde Wanderprediger, seine Jünger erkannten ihn als Gottes Sohn und Messias an. Auf Drängen der herrschenden jüdischen Priesterschaft wurde er um 30 n. wegen Anstiftung zum Aufruhr von der römischen Besatzungsmacht bei Jerusalem hingerichtet.</p> <p>Als Jesus Christus löst er sich vom Judentum, er und seine Jünger begründen das Christentum als die zweite große monotheistische Religion, die zusammen mit dem Latein Europa bis heute geprägt hat. Die christliche Bibel enthält mit dem „<u>Alten Testament</u>“ die jüdische Überlieferung, mit dem „<u>Neuen Testament</u>“ diejenige um Jesus und seine Jünger.</p>	<p>Das in der ><u>Spätantike angenommene Jahr der Geburt</u> von Jesus Christus ist „das Jahr Eins“ <u>einer heute weltweit benutzten Zeitrechnung</u> (ante/vor und post/nach Christus).</p> <p>Europa bezeichnete sich lange als das „christliche Abendland“, als >Okzident – im Gegensatz zum „Morgenland“, dem ><u>Orient</u>, später, nach 620 n. vom >Islam bestimmt.</p> <p>= <i>Welche Lehren und Überlieferungen haben die drei monotheistischen Religionen gemeinsam?</i></p> <p>=<i>Welche wichtigen Unterschiede bestehen?</i></p> <p>=<i>Was bestimmt heute die Beziehungen der drei Religionen?</i></p>

8	<p>Das römische Reich wird geteilt...</p> <p>Westrom endet 476 n.</p> <p>Ostrom endet 1453 n.</p> <p>...fast 1000 Jahre später.</p>	<p>Diokletian ist ein spätrömischer Kaiser und versucht, mit absolutistischen Reformen höhere Steuereinnahmen zur Finanzierung des Heeres zu erreichen, um das von allen Seiten bedrohte Reich zu retten. Die Teilung des Römischen Reiches (endgültig 395 n.) teilt auch den Mittelmeerraum. <u>Konstantin</u> d.Gr. verlegt die Hauptstadt des Reiches von Rom nach >Konstantinopel (zuvor Byzanz). Das Christentum wird verfolgt und dann doch <u>Staatsreligion</u>. 476 n. endet das Weströmische Reich, die letzte Hauptstadt ist Ravenna, unter dem Druck der Germanen. Das oströmische Reich mit Konstantinopel besteht als Großreich weiter. Ab 408 wird eine doppelte Landmauer (Theodosius II) erbaut, die 1000 Jahre lang alle Angriffe abhält. Kaiser <u>Justinian</u> lässt ab 534 n. die gigantische Kuppelkirche Hagia Sophia erbauen. Sie wird zur Moschee (und Modell für viele neue türkische Moscheen), als 1453 n. die türkischen Osmanen die Stadt erobern und sie Istanbul nennen.</p>	<p>Das <u>West-</u> wie das <u>Ostreich</u> sind christlich, bilden aber verschiedene >Konfessionen aus. Der Westen wird <u>>katholisch</u>, der Osten <u>>griechisch-orthodox</u>. Über Jahrhunderte bekämpfen sich diese Kirchen auch mit militärischer Gewalt. 1204 n. erobern katholische <u>>Kreuzfahrer</u> das orthodoxe Konstantinopel.</p> <p>=<i>Welche Streitpunkte der christlichen Konfessionen bestanden damals, wie werden diese heute bewertet?</i></p> <p>Diokletians Ost-/Westgrenze lief durch den <u>>Balkan</u>. Dort leben die orthodoxen Serben und die katholischen Kroaten noch heute (Ziff. 102) diesen Konflikt.</p>
9	<p><u>Völkerwanderung</u></p> <p>Germanische Königreiche auf ehemals römischem Boden – sie sind bald <u>>romanisiert</u>. Aus dem Reich der Franken in Gallien entsteht Frankreich.</p>	<p>Mittel- und nordeuropäische Volksgruppen und Stämme besetzen, anfangs oft als Verbündete/Söldner von römischen Kaisern gerufen, bezahlt und in Grenzregionen angesiedelt, westliche Teile des Römischen Reiches und gründen germanische Königreiche. Beispiele: Die <u>Ostgoten</u> gründen nach dem Ende des römischen <u>Westreiches</u> 476 ein Reich in Italien mit Ravenna als Hauptstadt. Dort zu besichtigen: das <u>>Mausoleum</u> und der <u>Sarkophag</u> des ostgotischen Königs <u>Theoderich</u> (+ 526) in römischem Stil. Die Westgoten siedelten in Spanien, die <u>Vandalen</u> in Südspanien (<u>>Andalusien</u>). Dauerhaft ist nur das Reich der Franken in Gallien. Die Familien der Einwanderer ersetzen als neue Herrschicht die römischen Grundherren und übernehmen schnell die lateinische Sprache, Kultur und das Christentum. Sie <u>>assimilieren</u> sich.</p>	<p>Der Begriff der „Völkerwanderung“ ist für diese Zeit umstritten: Sicher bewegten sich nicht ganze „Völker“, sondern größere germanische Gruppen, gefolgt von einem Tross mit deren Frauen, Kindern, Bediensteten – und diese haben auch gesiedelt. Im Mittelalter wurden Heldensagen von diesen Eroberungen erzählt, etwa von „<u>Dietrich von Bern</u>“ (wohl Theoderich in Verona, dem Gotenkönig), auch die <u>>Nibelungensage</u> der Burgunder.</p> <p>Bis zum 19. Jhdt. wurden in D vor allem die <u>>griechischen</u> Heldensagen gelesen, danach wurden die <u>>germanischen</u> Heldensagen sehr gefördert.</p> <p>=<i>Gibt es aktuell großen Wanderungsbewegungen?</i></p> <p>=<i>Welche Auslöser und Reaktionen gibt es dabei?</i></p>
10	<p>Die Hedschra ist die Flucht des Propheten Mohammed von Mekka nach Medina 622 n.</p> <p>Der Islam, die dritte monotheistische Religion, entwickelt sich. 622 n. ist „das Jahr Eins“ der muslimischen Zeitrechnung</p>	<p>Dieses Ereignis im heutigen Saudi-Arabien gilt als das Gründungsdatum der 3. Monotheistischen Religion, des Islam, dessen religiöser und machtpolitischer Einflussbereich sich in 100 Jahren Krieg erstaunlich schnell vom Mittleren Osten über Nordafrika (zuvor vorwiegend christliches Gebiet), bis nach Spanien ausbreitet. <u>>Fünf Gebote</u> hat jeder Muslim zu befolgen. Der Kalif als weltlicher und geistlicher Führer lenkte das muslimische Reich. Weitester Vorstoß bis in das Frankenreich: Schlacht von <u>Tours und Poitiers (bei Poitiers 732 n.)</u>. Spanien wird schrittweise zurückerobert bis zum 13./14. Jhdt.</p> <p>Im Islam bilden sich schon in dessen 1. Jhdt. zwei Hauptrichtungen, die <u>>Sunniten</u> und die <u>>Schiiten</u>, die sich noch heute oft bekämpfen.</p> <p>Der Islam schreibt an sich die Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt fest.</p>	<p>Der Islam mit dem <u>>Koran</u> als heiligem Buch baut auf jüdischen und christlichen Überlieferungen auf, <u>Jesus</u> ist im Islam ein vorangehender Prophet.</p> <p>Mekka und Medina waren als Basis für ein in 100 Jahren geschaffenes Großreich zu klein. Die Muslime konnten viele Menschen gewinnen, die die Schwäche des byzantinischen Reiches und – im Streit um die Gottesnatur – die <u>>Dreieinigkeit</u> ablehnten.</p> <p>=<i>Inwiefern unterscheidet sich die Bedeutung Christus' von der des Mohammed?</i></p> <p>=<i>Wie sehen die jeweiligen Gläubigen die Bibel und den Koran?</i></p>

<p>11</p>	<p><u>Karl der Große</u> wird <u>Kaiser (800 n.)</u> und belebt in römischer, antiker Tradition die Antike in West- und Mitteleuropa</p>	<p>Der fränkische König <u>Karl</u> wird <u>800 n.</u> in Rom von Papst Leo III. zum <u>Kaiser</u> gekrönt und übernimmt damit den Anspruch der spätantiken Kaiser (bis >476 n.) auf die <u>weltliche</u>, also politische und militärische, und gleichzeitig die <u>geistliche Autorität</u> über das (katholische, westliche) Christentum und dessen Länder. So setzt er Bischöfe ein und gibt ihnen >weltliche >Lehen, deren Einkünfte ihren Unterhalt sichern. Sein Reich umfasst West- und Mitteleuropa sowie Italien. Karl sicherte die schwache Stellung des >Papstes – dessen Nachfolger aber werden die Krönung durch einen Papst als Beweis der Anerkennung einer höheren geistlichen, päpstlichen Autorität sehen (Ziff. 14, „Canossa“). Karls Reich endet nach über 1000 Jahren in 1806 n.</p> <p>Charlemagne ist in der französischen Geschichte ebenso wichtig wie Karl für die deutsche – denn zu seiner Zeit gab es keine Zusammengehörigkeitsgefühle (Nationalismus, oder kulturelle/sprachliche Einheit) wie im 19. Jhdt. oder heute.</p>	<p>So wie Augustus das Kaisertum des heidnischen römischen Reiches verkörpert, so ist Karl d. Große (als Charlemagne in Frankreich) das Idealbild des christlich-mittelalterlichen Kaisertums, besorgt um das Wohl der Kirche, das Bildungswesen, Verteidiger gegen die Feinde des Christentums. Die Gebiete seines Reiches entsprechen nahezu den 6 Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (>EWG), Vorläuferin der EU, in Rom 1957 gegründet (Ziff. 85).</p> <p>=Welche Gründe kann es dafür geben?</p> <p>=Welche Kaiser und Kaiserreiche gab es noch um 800 n.?</p> <p>=Noch heute nennt man sehr bekannte Personen „Kaiser“. Warum? Beispiele?</p> <p>Napoleon, 1804 Kaiser der Franzosen, knüpft an die Tradition von Charlemagne an, der Papst ist in Paris – doch N. setzt sich die Krone selbst auf: =Warum?</p>
<p>12</p>	<p><u>Mittelalter in Europa</u> die weltliche Herrschaft ausgeübt durch das Lehnssystem. Der Kaiser sichert die gottgewollte, weltliche und geistliche Ordnung</p>	<p>Das sogen. Mittelalter (MA) in Europa dauert fast 1000 Jahre (ca. 500 – 1500 n.) Herrschaft beruht auf dem Feudal-/Lehnssystem: Ein großes Reich ohne gute Straßen, Telefon, ohne gemeinsame Sprache, anfangs mit wenigen Schriftkundigen, mit viel Natural- und wenig Geldwirtschaft. Es wird verwaltet von regional verantwortlichen Lehnsmännern, Grafen oder Herzögen. Diese schwören persönlich die Treue dem Lehnsherren, oft dem König, stellen ihm Truppen und leisten Abgaben. So spricht man von der >„Lehnspyramide“.</p> <p>Im Prinzip werden die Lehen nach dem Tod des Beauftragten neu vergeben. Aber die Lehnsleute wollten meist ihre Söhne als Nachfolger haben, nicht eine Neuvergabe an einen anderen. Deshalb hielten die Lehnsleute oft gegen den König zusammen. So brauchte der König Eigenbesitz. Könige oder der Kaiser haben keine feste Hauptstadt, sondern ziehen in ihrem Reich umher, zeigen ihre Macht und fordern so die Treue der Lehnsleute ein. Konflikte unter Adligen werden oft nicht vor einem Gericht, sondern über eine >Fehde geregelt, oft zu Lasten der Bauern, denn wer diese schädigt, verringert die Erträge des Gegners. Einen Staat mit Gewaltmonopol und einem verbindlichen Gerichtswesen gibt es nicht. Die Abhängigkeit der Bauern von Grundherren bleibt in F bis zur Frz. Revolution (Ziff. 30), in D bis in das frühe 19. Jhdt. bestehen (Preußen, Ziff. 32).</p>	<p>Der Begriff „Mittelalter“ (MA) ist in Europa allgemein üblich, aber nicht klar abgegrenzt, oft als „dunkles MA“, als reine Zwischenzeit gesehen. Es umfasst die Zeit zwischen Ende der Antike und der Zeit der >Renaissance, der Wiederentdeckung der Antike im Westen, etwa 500 – 1450. Besondere Merkmale sind die umfassende Bedeutung der christl. Religion in allen Lebensbereichen und die Einteilung der Gesellschaft in drei gottgewollte >Stände.</p> <p>Heute ist der Begriff „mittelalterlich“ oft eher negativ, beschreibt enge, wenig gebildete, wissenschaftsferne Verhältnisse – was für die politische und religiöse Elite des MA nicht zutrifft, wohl aber für die Bauern, die über 90% der Bevölkerung ausmachten.</p> <p>=Was spricht für oder gegen eine Verwaltung von Gebieten durch Lehnsleute oder durch Beamte im heutigen Sinne?</p> <p>>Hätte Karl einen Beamtenstaat aufbauen können?</p>

<p>13</p>	<p><u>Drei Stände:</u> <u>Adel, Klerus, Bauern</u></p> <p>... und als Gegensatz:</p> <p>Städte ... eine ganz andere Lebensweise und Rechtsform.</p>	<p>Nach der Lehre von den <u>Drei Ständen</u> sind die Menschen nach Gottes Willen zu verschiedenen Aufgaben in der Gesellschaft berufen, als Adelige, Geistliche, oder Bauern. Die Aufteilung der gesellschaftlichen Pflichten wird so benannt: <u>Wir arbeiten, wir beten, wir kämpfen</u>. Die Bauern sind meist persönlich unfrei, gehören also dem Grundherrn (><u>Leibeigene</u>) oder sind mindestens dienstpflichtig, sie geben Teile ihrer Ernte ab und arbeiten für ihren Herren, der sie im Gegenzug schützt. Die Abhängigkeit der Bauern von Grundherren bleibt in Europa lange über das Ende des Mittelalters bestehen: in F bis zur Frz. Revolution 1789 (Ziff. 30), in D bis in das frühe 19. Jhd (so Preußen, Ziff. 32).</p> <p>Dazu im Gegensatz wachsen die <u>Städte</u>: Dort gilt persönliche Freiheit, aber sozial eingeschränkt durch den ><u>Zunftzwang</u> für Handwerker und deren >Gesellen und durch ><u>Gilden</u> der Kaufleute; den politische Einfluss im Rat der Stadt bestimmt der Besitz. Wichtig sind der <u>Markt und die Geldwirtschaft</u>.</p> <p>Oft gibt es eine jüdische Gemeinde in ihrem „<u>Ghetto</u>“, einem eigenen, abgetrennten Wohnbezirk. Die Juden sind ohne politische Rechte, sie dürfen keinen Grundbesitz haben oder Zünften beitreten, sie dürfen Handel treiben und Geld gegen Zinsen verleihen (für Christen galt ein >Zinsverbot!) und werden oft verfolgt – aus Neid oder religiösen Gründen. Denn: durch ein >Pogrom gegen die Juden wurde mancher Schuldner seine Schulden los!</p>	<p>Die Gesellschaftsordnung des MA ging als Naturalwirtschaft von der Knappheit der Mittel aus, das Ziel war ein auskömmliches Leben für alle, man hatte in seinem Stand zu bleiben, folgte den überlieferten Gebräuchen und erzeugte nicht mehr oder anderes als üblich bzw., in der Stadt, der Zunftgenosse.</p> <p><i>=Kann eine solche Kultur ohne Wachstum uns Vorbild sein?</i></p> <p><i>=Wie steht es um die Frage der individuellen Entwicklung der Menschen?</i></p> <p>Tatsächlich haben die <u>Städte mit ihrer Geldwirtschaft und ihrem (Fern-)Handel</u> das System bald gesprengt, die Geldwirtschaft erobert auch die ländlichen Gebiete – und verschuldete Adelige versuchen, von ihren Bauern höhere Leistungen in Geld zu erzwingen (>Bauernkriege, Ziff. 22).</p> <p>Die Menschen im MA waren ihrer Region verbunden, <u>Reisen war teuer und gefährlich</u>.</p> <p>Gesellschaftlich anerkannt als Ausbruch aus den engen Regeln waren die Pilgerfahrt, z.B. nach >Santiago de Compostela in Spanien, oder die >Kreuzzüge.</p>
<p>14</p>	<p>Die geistliche Macht wird stärker als die weltliche</p> <p>Ein Kaiser zieht nach <u>Canossa</u> und kniet vor einem Papst</p> <p><u>Die Kreuzzüge</u> und <u>Kreuzfahrerstaaten</u> in Palästina</p>	<p>Nach 200 Jahren haben sich Machtverhältnisse verschoben, die Kaiser als <u>weltliche Macht</u> verlieren, die Päpste als <u>geistliche Macht</u> gewinnen an Macht und Finanzkraft: Kaiser Heinrich IV muss 1077 n. im Streit um die Frage der Einsetzung von Bischöfen einen Bußgang zu einem Papst antreten, den ><u>Gang nach Canossa</u>. Papst Urban II greift in weltliche Angelegenheiten ein und ruft 1095 n. zum ersten Kreuzzug auf, denn Jerusalem mit den heiligen Stätten war von den muslimischen Seldschuken erobert worden. Adel, auch Bauern „nehmen das Kreuz“, ziehen bis Jerusalem, das 1099 blutig erobert wird, <u>in Palästina werden Kreuzfahrerstaaten</u> gegründet. Auch für die folgenden Kreuzzüge gab es neben den religiösen auch sehr gewichtige politische und wirtschaftliche Motive (Ruhm, Beute, Macht, Flucht vor Schulden oder >Fehden).</p>	<p>Der Begriff „<u>Gang nach Canossa</u>“ steht noch heute für eine erniedrigende Unterwerfung, die Schwächung des Kaisers bereitet die schrittweise Auflösung des Dt. Reiches in selbständigere Territorien vor.</p> <p>Mit großer Brutalität sind die <u>Kreuzritter</u> in Palästina vorgegangen. So ist dieser Begriff gegenwärtig im Nahen Osten zum Schimpfwort gegen westliche Mächte geworden, die sich militanten Islamisten widersetzen.</p> <p><i>=Sind die Kreuzzüge nach heutigen europäischen Werten zu rechtfertigen?</i></p> <p><i>=Aber: Den Krieg gegen Nazi-Deutschland nannten die USA „a crusade“ Mit Recht?</i></p>

<p>15</p>	<p>Im Mittelalter bilden sich wichtige Merkmale heutiger europäischer Staaten aus:</p> <p>Deutschland:</p> <p><u>Föderalismus</u></p> <p>England:</p> <p><u>Parlamentssystem</u></p> <p>Frankreich:</p> <p><u>Zentralismus</u></p>	<p>Friedrich II., der letzte Stauferkaiser des Deutschen Reiches, stirbt <u>1250 n.</u> Er kann die sehr unterschiedlichen Teile seines Reiches nördlich und südlich der Alpen nicht direkt beherrschen, er muss die Entwicklung selbständiger Territorien in Mitteleuropa zulassen, sein italienisches Reich wird in der Folge aufgeteilt.</p> <p>In England muss der König 1215 in <u>große Geldnot</u> mit der <u>>Magna Charta</u> seinen Baronen und Städten Rechte überlassen, die in der Folge über ein >Parlament das englische Königtum kontrollieren und dessen Finanzkraft beschränken können.</p> <p>Frankreich entwickelt sich in 2 Jahrhunderten von einem <u>Regionalkönigtum</u> um Paris herum durch schrittweise Eroberungen zu einem zentralregierten Reich, zuletzt mit <u>>Ludwig IX</u>, dem Heiligen (+ <u>1270 n.</u>), bis an das Mittelmeer. In F regierte der Kg. nicht mit Lehnsherren, sondern mit rechtskundigen Beamten.</p> <p>Noch heute spielen im föderalen D und im zentralistischen F die Hauptstädte <u>verschiedene</u> Rollen.</p>	<p>Für wichtige Merkmale der gegenwärtigen großen Nationalstaaten in Europa sind im Mittelalter die Grundlagen gelegt, so die deutsche Kleinstaaterei, die erst in 1871 zur Gründung des Deutschen Reiches mit starken Bundesländern führte. Auch <u>Italien</u> wurde erst in den 1860er Jahren zum Nationalstaat geeint.</p> <p>England ist ein zentralistisches Land, aber die Kontrolle des Königs durch ein Parlament wird schon 1215 n. besiegelt. Es ist eine Monarchie ohne Verfassung, mit anerkannten, mittelalterlich gefärbten Traditionen.</p> <p>Frankreich hat seinen Zentralismus früh und auf moderner rechtlicher Grundlage entwickelt und wurde im 17. Jhdt. ein >absolutistischer Musterstaat, woran die Frz. Revolution nichts änderte.</p> <p><i>=Erkennt man die verschiedenen Traditionen beim Auftreten der „Staatschefs“ von D und F?</i></p>
<p>16</p>	<p>Die <u>Große Pest</u>, der „<u>Schwarze Tod</u>“, im 14. Jhdt. die erste gut belegte Pandemie mit hoher >Mortalität.</p>	<p>Die >Pest, eine bakterielle Krankheit, wird eine weltweite >Pandemie und tötet von 1346–1352 mit 25. Mio. Menschen regional bis zu einem Drittel der europäischen Bevölkerung. Sie fiel in Europa zusammen mit einer Kälteperiode, die durch schlechte Ernten die Bevölkerung schwächte. Opferzahlen in anderen Kontinenten sind nicht bezifferbar.</p> <p>Über den Erreger und die Übertragung durch Rattenflöhe wussten die Menschen nichts: War es eine >Strafe Gottes (>Geißler-Bewegungen), waren es Ausdünstungen der Erde? Hatten die >Juden die Brunnen vergiftet? In vielen Gebieten Europas wurden sie deshalb verfolgt.</p> <p>Wer es sich leisten konnte, floh vor der Pest und verbreitete sie noch weiter. In der Folge verfielen leere Häuser in Stadt und Land, Arbeitskräfte fehlten, die Löhne stiegen.</p>	<p>Es gab immer in wieder regionale Epidemien (so zuletzt 1892 n. die >Cholera mit über 8000 Toten in Hamburg, oder globale Pandemien (die Grippe 1918/19, Ziff. 51). Ohne sicheres medizinisches und naturwissenschaftliches Wissen gab es keine Therapie. Insofern waren Verschwörungstheorien Zeichen der Hilflosigkeit, allerdings überrascht, dass solche auch noch in modernen Zeiten verbreitet werden.</p> <p>Ein wirksames Mittel bewährt sich noch heute: Die „Quarantäne“, damals für Schiffe: Sie lagen vierzig Tage isoliert >auf Reede. Wer dann noch lebte, war nicht mehr ansteckend und >immun.</p> <p><i>=Wie werden aktuell Epidemien eingedämmt?(Ziff. 107)</i></p>
<p>17</p>	<p>Die <u>Hanse</u> ... Kaufleute und deren Handelsstädte nutzen ihre finanzielle Macht</p>	<p>Die <u>Hanse</u> war ab Mitte des 12. Jhdt. ein Zusammenschluss von mitteleuropäischen Kaufleuten zum gegenseitigen Schutz vor Überfällen und politischer Erpressung im Fernhandel. Die Bewegung ging von >Lübeck aus. Sie wurde ein finanziell, politisch und auch militärisch (so >1368 Eroberung Kopenhagens!) mächtiger >Städtebund von bis zu 300 Mitgliedern, vor allem an Nord- und Ostsee; darunter wurde bald >Hamburg wichtig als Stadt der Brauereien. Der Macht der Hanse endete mit der Festigung der europäischen Territorialstaaten im 16. Jhdt. und den Handelswegen zum neuentdeckten Amerika.</p>	<p>Der Titel „Hansestadt“ wird bewahrt als Ehrentitel für Städte, die stolz ihre Unabhängigkeit und ihre republikanische, „hanseatische“ Tradition betonen – und die Ehrbarkeit ihrer Bürger (der Wert des Wortes, des Handschlags für einen Vertragsabschluss etc.).</p> <p><i>=Gab es andere >Städtebünde? >Lombardenbund, >Attischer Seebund (Ziff. 4)?</i></p> <p><i>=Welche Gründe gab es für deren Entstehung?</i></p> <p><i>=Wie pflegen Hamburg und die Hamburger die hanseatische Tradition?</i></p>

18	<p>Renaissance („Wiedergeburt“ der römischen Kultur), begabte Menschen nutzen eine neue Freiheit, verlassen die einengende Ordnung des MA.</p>	<p>Zeit der Wiederentdeckung, „Wiedergeburt“ der römischen Tradition, Abkehr von den <u>engen Regeln des Mittelalters</u>. <u>Zuerst in Nord- Italien im späten 14. Jhdt.</u> entdecken Dichter (><u>Petrarca, + 1374</u>) die Antike wieder. Architektur, Kunst, Literatur, Technik, entwickeln sich schnell. Berühmt: >Leonardo da Vinci, 1452-1519, ein Maler („Mona Lisa“, „Abendmahl“), Erfinder, Ingenieur, genannt ein: „Universalgenie“. Die Wirtschaft entwickelt sich schnell, einzelne Kaufleute häufen gewaltige Vermögen mit politischer Macht an, zuerst in den norditalienischen Städten (> <u>Medici, Florenz</u>, in D die ><u>Fugger, Nürnberg</u>) mit <u>Textilindustrie, Fernhandel, Bergbau</u>. Sie haben große politische Macht >Frühkapitalismus (Kapitalismus des 19. Jhdt.: Ziff. 37), sie finanzierten über ihre Banken Kaisern und Königen deren Wahlgeschenke und Kriege.</p>	<p>Wirtschaftlich, kulturell der Beginn einer neuen Zeit mit bedeutenden Kunstwerken und Bauten, Bewegung eines wirtschaftlich dynamischen Bürgertums, für einige Familien ein gewaltiger gesellschaftlicher und politischer Aufstieg. Entwicklung eines europaweiten Bankwesens mit noch heute gebräuchlichen italienischen Begriffen: banco, conto, giro, sconto, banco rotto. Die Lebensweise der ländlichen Bevölkerung änderte sich wenig, die Geldwirtschaft aber wurde wichtiger (Ziff. 13). =<u>Gedankenexperiment</u>: <i>Leonardo besucht Hamburg, Stadt, Hafen, Flughafen: Was muss ihm erklärt werden?</i></p>
19	<p>Zeitalter der Entdeckungen.</p> <p>Kolumbus entdeckt Amerika</p> <p>Spanien und Portugal teilen sich die Welt auf.</p> <p>Beginn der Globalisierung.</p>	<p>Das Zeitalter der Entdeckungen. Christoph Kolumbus glaubt, dass die Welt eine Kugel ist, sucht im Auftrag der span. Könige <u>den Seeweg nach Indien auf der Westroute</u>, er „entdeckt“ 1492 für Spanien einige Inseln eines unbekanntes Kontinents und nennt die Bewohner Indios. <u>Vasco da Gama</u> segelt 1498 für Portugal nach <u>Indien</u>, Ferdinand de Magellan beginnt 1519 eine Erdumsegelung auf der Westroute. 1498 (Vertrag von >Tordesillas) teilen sich Spanien und Portugal die Weltkugel als Einflusszonen hälftig auf – deswegen spricht Brasilien Portugiesisch.</p> <p>Die ersten Europäer in Amerika waren jedoch – für kurze Zeit und in geringer Zahl – im 10. Jhdt. die Wikinger, die über Grönland nach Neufundland kamen.</p>	<p>Die Entdeckungen als Grenzüberschreitung und die Anmaßung bei der Aufteilung der ganzen Weltkugel passt zum Geist der Renaissance.</p> <p>=<i>Was bedeutet das „Entdecken“ für die „Entdeckten“?</i></p> <p>Die Europäer <u>beanspruchten ein natürliches Recht zum Beherrschen, Besiedeln und Ausbeuten</u> von Menschen und natürlichen Ressourcen. Die Basis wurde gelegt für >Imperialismus, >Kolonialismus, die >Globalisierung beginnt im 16. Jhdt. (Ziff. 25, 26, 41)</p> <p>=<i>Warum blieben Spanien und Portugal trotz gewaltiger zufließender Schätze über Jahrhunderte eher arm?</i></p>

<p>20</p>	<p><u>Lateinamerika:</u></p> <p>Die Hochkulturen der Azteken und Inkas werden zerstört. In Mittel- und Südamerika schaffen Spanien und Portugal sich Kolonialreiche und „importieren“ Skaven aus Afrika.</p>	<p>„Lateinamerika“ entsteht durch die Zerstörung der Kulturen der <u>indigenen</u> Großreiche der >Azteken in Mexico ab 1521, der >Inkas in Peru ab 1532 durch skrupellose, goldgierige >Conquistadores aus armem spanischen Adel, die mit eisernen Rüstungen auf Kulturen treffen, die weder Eisen, noch Pferde, noch Feuerwaffen kennen. Gewaltige Mengen von Gold und Silber machen Europa reich, nicht aber Spanien und Portugal, wo örtliche Gewerbe nicht entwickelt werden. Spanier und Portugiesen richten sich als Herren in den Kolonien ein und betreiben Plantagen.</p> <p>Aber die indigenen Arbeitskräfte werden knapp, denn durch eingeschleppte Krankheiten sterben viele nicht immunisierten >Indigenen. Sie werden ab 1500 bis ca. 1830 von ca. 12 Millionen dorthin verschleppten Skaven aus Schwarzafrika ersetzt. Durch den späteren >Dreieckshandel (billige Manufakturwaren aus Europa nach Afrika – schwarze Skaven aus Westafrika nach Amerika – Zucker und Rum nach Europa) bereichern sich auch englische, französische und deutsche Hafenstädte bis in das frühe 19. Jhdt. Davon zeugen glanzvolle Bauten in Liverpool wie in Bordeaux. Der Skavenhandel endet erst nach 1800 durch das Denken der Aufklärung und die Besetzung des späteren Afrikas durch Kolonialmächte (Ziff. 41).</p>	<p>In „Lateinamerika“ gehen die Kulturen der Ureinwohner weitgehend verloren, die Indigenen bleiben lange in Rechtlosigkeit. Die „lateinische“ Oberschicht gibt dem Kontinent den Namen, sie ist weiß und spricht Spanisch, betreibt in den 1820er Jahren die Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten. Die Indigenen sind dabei politisch nicht beteiligt, ebenso wenig die ganz rechtlos „importierte“ Skaven aus Afrika.</p> <p><i>=Mit welchen Mitteln konnte die spanische Oberschicht die Entwicklung der indigenen Bevölkerung bremsen?</i></p> <p><i>=Wie entwickeln sich die Rechte der indigenen Menschen in den der später entdeckten oder kolonisierten Kontinenten Afrika und >Australien/Neuseeland?</i></p>
<p>21</p>	<p><u>Reformationen in Europa</u></p> <p><u>Martin Luther</u></p> <p>Spaltung der „umfassenden“ (griechisch katholikos) katholischen Kirche in katholische und protestantische Kirchen in Mitteleuropa</p> <p>Der Buchdruck ab 1453 - ein neues Medium mit vielen Folgen</p>	<p><u>Martin Luther</u> will die katholische Kirche reformieren, veröffentlicht <u>1517</u> dazu >95 Thesen in <u>Wittenberg</u>, vor allem gegen den >Ablass, die Befreiung von Höllenstrafen (>„Fegefeuer“) durch Geldzahlungen. Er entwickelt mit der protestantischen Kirche eine neue christliche >Konfession, übersetzt die Bibel aus dem Lateinischen ins Deutsche und schafft dabei eine einheitliche deutsche Sprache und ein Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit.</p> <p><u>Johannes Gutenberg erfindet den</u> >Buchdruck mit beweglichen Buchstaben– ein neues Medium mit großen Wirkungen. Ab <u>1453</u> druckt er die Bibel, die, viel billiger als handgeschrieben, von viel mehr Menschen gelesen werden kann.</p> <p>Andere Reformatoren wirken in Frankreich (>Calvin) und der Schweiz (>Zwingli). Protestantisch gewordene Fürsten konnten den Kirchenbesitz (z.B. Klöster) >säkularisieren. Protestantische (weltliche) Reichsfürsten erhalten durch Luther jetzt die höchste Autorität in ihren Landeskirchen, dort haben die Landesherrn die weltliche und geistliche Gewalt, was ihre Herrschaft stützt – Luthers Denken in >Hierarchien ist ganz im MA verwurzelt.</p> <p>Der katholische Kaiser verliert den universalen, geistlichen wie weltlichen Autoritätsanspruch, die Grundlage des Reiches von Karl dem Großen.</p>	<p><u>Luthers Ansatz passt in die Zeit:</u> Für ihn soll und kann der Christ die Bibel selbst lesen und verstehen – er braucht dafür keinen Priester, Papst oder Heilige als Vermittler. Sein Antisemitismus, seine Verurteilung der aufständischen Bauern schockieren uns heute.</p> <p>Das Adjektiv <u>katholisch</u> als griechisches Wort heißt: <u>allgemein, allgemeingültig</u> und wird trotz der Spaltung in der Papstkirche beibehalten.</p> <p><i>=Wie wichtig ist die Konfession heute, z.B. bei Eheschließungen?</i></p> <p>Der Buchdruck ermöglicht „<u>Flugblätter</u>“ als <u>billiges Massenmedium</u> zur Verbreitung der neuen Lehre.</p> <p>Der <u>tschechische Reformator Jan Hus</u> hatte diese Mittel zur Verbreitung seiner Lehre noch nicht, konnte keine Volksbewegung auslösen und wurde 1415 n. als Ketzler verbrannt.</p> <p>Formal endet das alte „Heilige römische Reich deutsche Nation“ erst 1806 (Ziff. 31).</p>

Bei den Religionskriegen in Europa geht es um die Macht:

>**Bauernkriege** in D

>**Dreißigjähriger Krieg**
ab 1618

Die deutschen **Bauernkriege** waren regionale Aufstände von Bauern **gegen ihre Grundherren**, die die Abgaben willkürlich anhoben und in Metallgeld forderten. Die Bauern lasen nun Luthers deutsche Bibel selbst und fanden keine Rechtfertigung für ihre Unterdrückung. Luther ergreift aber einseitig die Partei des Adels („Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern...“).

Der Kaiser und die süddt. katholische Mächte betrieben eine offensive >Gegenreformation (ein neuer Orden: die >Jesuiten), auch in Böhmen. Dort beginnt (>Prager Fenstersturz) der >**Dreißigjährige Krieg (1618–1648)**, zuerst zwischen protestantischen und katholischen Reichsfürsten und dem Kaiser, danach greifen ausländische Mächte ein; so verbünden sich Schweden (protestantisch) und Frankreich (katholisch) aus rein machtpolitischen Gründen. Der Krieg fordert in manchen Regionen, so in Süddeutschland, das Leben von zwei Dritteln der Bevölkerung. Schrecken in ganz Europa erzeugt 1631 die Eroberung und Zerstörung der wohlhabenden protestantischen Stadt >Magdeburg, wo 20.000 Menschen sterben. Von zuvor 35.000 Bewohnern lebten 1639 nur noch 450 in der Stadt.

Der >**Westfälische Friede** verkleinert das Reich, stärkt die dt. Einzelstaaten zu Lasten der Habsburger Kaiser, was im Interesse der Nachbarstaaten ist. D ist auf viele Jahrzehnte verwüstet und verarmt, Dörfer sind verlassen, Arbeitskräfte knapp.

Hamburg blieb in Sicherheit und wurde Zufluchtsort wegen seiner ab 1616 erbauten, damals hochmodernen Befestigungen, den nie eingenommenen >**Wallanlagen**. Wallenstein hatte für den Kaiser ab 1625 Norddeutschland besetzt.

Luthers **scharfe Verurteilung der Bauern**, die ihn beim Worte nehmen, zeigt seine Verankerung in der mittelalterl. Ständegesellschaft und weist auf die künftige oft sehr staatsnahe Rolle der lutherischen **protestantischen Landeskirchen** hin. Kamen deshalb in D Reformen von oben und weniger Revolutionen von unten?

Der **Dreißigjährige Krieg** war ein Krieg neuer Art: Zu den Kriegsparteien innerhalb des Reiches traten ausländische Mächte mit eigenen Zielen, die selbst eingriffen oder Kriegsparteien unterstützten und den Krieg länger dauern lassen konnten. Neu war auch, dass es „Kriegsunternehmer“ gab (>**Wallenstein**), die Söldnertruppen aufstellten und sie den Kriegsparteien gegen Geld anboten. Diese „Landsknechte“ bekamen unregelmäßig Sold und ernährten sich „aus dem Land“ durch Plünderung, Erpressung.

Der Überfall von Landsknechten auf ein Dorf führte zu schrecklichen Szenen, da die Bauern Wertsachen und Lebensmittel versteckten, worauf die Räuber mit Folter (z.B. Einflößen von Jauche, der >„Schwedentrunk“), Mord und Vergewaltigung reagierten. Für D begründete dieser Krieg über Generationen Armut und ein >Trauma.

Lektürevorschlag: Daniel Kehlmann: Tyll, 2019 (Rowohlt)

=Ist Syrien ein neueres Beispiel für einen solchen Krieg, der konfessionell begann und den umliegende Mächte verlängern?

<p>23</p>	<p>Ludwig XIV von Frankreich <u>„Der Staat bin ich“</u></p> <p>Absolutismus – der Versuch einer zentralen Lenkung von Staat und Wirtschaft.</p> <p>Die Hofhaltung von Versailles ... regt deutsche Fürsten zur teuren Nachahmung an</p>	<p>Dieser König regierte Frankreich von <u>1661-1715</u> im Sinne des Absolutismus („Der Staat bin ich“) zentralistisch von Paris aus (Ziff. 15). Er traf alle wichtigen Entscheidungen selbst. Die Wirtschaft wurde gelenkt im Sinne des >Merkantilismus, um hohe Einkünfte, auch durch Exporte, für die sehr hohen Ausgaben für Militär und prächtige Hofhaltung (Schloss Versailles) zu verdienen. Bauern und Bürger hatten hohe Steuern zu zahlen, Adel und Klerus (hier die Klöster mit großem Grundbesitz) zahlten nichts.</p> <p>Laufende Defizite führten zum drohenden Staatsbankrott und endlich zur Französischen Revolution.</p> <p><u>Vielen kleineren deutsche Fürsten</u> ist das frz. Beispiel des Absolutismus Vorbild, dem sie durch Bauten und aufwändigen Hofstaat nacheifern, so die Bauten der Landgrafen von Hessen in Kassel (>Wasserkunst). Deren Finanznöte waren dann um 1770 so groß, dass sie ihre Soldaten den Engländern für den Kampf gegen die rebellierenden amerikanischen Siedler (Ziff. 28) vermieteten.</p>	<p>Die imponierenden Bauten, Gärten und Kunstsammlungen (>Louvre) ziehen heute <u>Touristen aus der ganzen Welt</u> an und sichern dem Land die Anerkennung als Kulturnation und hohe Einkünfte aus dem Tourismus.</p> <p>=<i>Sollte man heute auch die sozialen Kosten solcher Schätze darstellen?</i></p> <p>Auch ein Erbe des Absolutismus: Noch heute erwarten viele Franzosen die Lösung aktueller Probleme vom Präsidenten.</p> <p><u>Aktuell: Merkantilismus</u> beruhte auch auf Exportförderung und Importbehinderung durch Schutzzölle, will also einen Außenhandelsüberschuss zu Lasten der Handelspartner, die aber meist entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen.</p> <p>=<i>Gibt es aktuell erfolgreiche Beispiele für solche Politik?</i></p>
<p>24</p>	<p>Preußen mit Friedrich II idealisiert als „der Alte Fritz“ – ein Gegenmodell? aufgeklärter Absolutismus</p>	<p>Preußen unter >Friedrich II (der Große, + 1786 in Potsdam), erprobte als viel ärmerer, kleinerer Staat – und noch geschwächt vom Dreißigjährigen Krieg – ein Gegenmodell mit dem >aufgeklärten Absolutismus. Dazu gehörten sparsamere Hofhaltung, das Selbstverständnis des Königs als <u>„erstem Diener seines Staates“</u>, mehr Rechtssicherheit für die Menschen, die Förderung besonders der Landwirtschaft. Aber auch Preußen betrieb hohen Aufwand für Armee und Krieg. Ohne Begründung eroberte Friedrich >Schlesien. Die Soldaten des stehenden Heeres wurden zum Dienst gezwungen, bei Vergehen brutal bestraft; ohne Motivation in der Schlacht versuchten sie oft zu >desertierten. (>Spieß“, >„die Flinte ins Korn werfen“)</p> <p>Friedrich II galt als <u>„Philosoph auf dem Thron“</u> und war im Kontakt mit Vertretern der frz. >Aufklärung wie <u>>Voltaire</u>.</p>	<p><u>Das Preußen Friedrichs II galt bis in das 20. Jhdt. als Musterstaat des Pflichtbewusstseins, des Gehorsams und der Sparsamkeit</u> – auch noch in der Nazi-Propaganda, aber die Nazis verschwiegen, dass Friedrich II im Geist der Aufklärung die Selbstverantwortung seiner Untertanen und deren Glaubensfreiheit anerkannte und die Rechtsprechung im Sinne der Aufklärung reformierte.</p> <p>=<i>Kann Friedrich uns heute Vorbild sein?</i></p> <p>=<i>Kann Absolutismus „aufgeklärt“ sein?</i></p> <p>=<i>Wie ist das Preußen Friedrichs II zu bewerten – im Umfeld seiner Zeit und nach heutigen Maßstäben?</i></p>

<p>25</p>	<p><u>Europäer in Nordamerika</u></p> <p><u>Pocken und Grippe helfen den Eroberern</u></p> <p>Arme europäische Auswanderer verdrängen übrig gebliebene Indigene.</p> <p>An der „offenen Grenze“ bewährt sich der Mann mit seinem Gewehr ohne staatliche Hilfe.</p>	<p>England und Frankreich (>Quebec, >Louisiana) schaffen sich Siedlungskolonien in Nordamerika. Die >Pocken, eine hochansteckende Viruskrankheit, trat über Jahrhunderte in Europa häufig auf, sie erreichte auf dem neuen Kontinent eine eingeborene Bevölkerung ohne >Immunität gegen die Krankheiten aus Europa. Es sterben vermutlich 30-90 % der Ureinwohner („Indianer“), für die >Plantagenarbeit werden sie durch afrikanische Sklaven ersetzt.</p> <p>Auch in Nordamerika bringen die ab dem 18. Jhdt. zahlreich vorrückenden Einwanderer die Pocken und die Grippe mit. Die >Indianerkriege der USA im ganzen 19. Jhdt. und die <u>Vertreibungen</u> (>„Trail of Tears“, der Marsch nach >Oklahoma) in >Reservate ließen die Ureinwohner der USA weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden. Aus Europa reisen vor allem im 19. Jhdt. arme Auswanderer meist aus agrarischen Gebieten über die westeuropäischen Häfen in ein scheinbar leeres „<u>Land der unbegrenzten Möglichkeiten</u>“. Allein über Hamburg reisen ca. 6 Mio. Menschen aus Mittel- u. Osteuropa aus, für die Stadt eine profitable Industrie, siehe das Hamburger ><u>Auswanderermuseum/Ballin-Stadt</u>. Diese Einwanderer wurden von den schon in die USA Eingewanderten akzeptiert, die Indigenen weiter vertrieben (Ziff. 34).</p>	<p>Diese Erfahrung prägt die nordamerikanische Kultur: Europäische Einwanderer können/wollen gern glauben, als Überlegene auf schwache Kulturen zu treffen, in ein „leeres Land“ vorzurücken.</p> <p><i>=In welchem Maße sehen US-Amerikaner ihre Einwanderungsgeschichte kritisch?</i></p> <p><i>= Wie funktionieren die 326 noch bestehenden „>Indian Reservations“ in den USA?</i></p> <p>Noch heute leben die Bilder des „Cowboy“ als Träger der Expansion und das Bild der >„Offenen Grenze“ (>American Frontier“) beim Vorrücken nach Westen. Der bis heute in den USA bestehende <u>Waffenkult</u> weist auf eine Tradition hin, in der der Mann seine Familie selbst schützt und nicht auf den Staat oder soziale Sicherungen zählt (>„rugged individualism“).</p> <p><i>=Passt dieses Modell in eine moderne arbeitsteilige Industriegesellschaft?</i></p>
<p>26</p>	<p>Der Siebenjährigen Krieg (1756–1763) – der erste <u>Weltkrieg</u>?</p> <p><u>Zwei künftige Kolonialmächte, GB und F</u>, grenzen sich ab</p>	<p>In diesem <u>Krieg</u> ging es aus enger deutscher Sicht u.a. um die willkürliche preußische Eroberung des österreichischen Schlesiens in 1740 durch Friedrich II. Weltweit ging es jedoch für F und GB um die Aufteilung großer Gebiete in Nordamerika („French and Indian War“): F verliert „Neufrankreich“, d.h. >Quebec/Kanada - und 1803 verkauft Napoleon >Louisiana, große Gebiete westlich des Mississippi, an die USA. GB sichert sich Indien, F Hinterindien (Laos, Vietnam Kambodscha). Hier werden die Grundlagen für das englische und das – kleinere – französische Kolonialreich gelegt. >Globalisierung.</p> <p>GB hatte sich in dem Krieg gegen die Franzosen in Kanada hoch verschuldet, und wollte dafür auch die englischen Siedler als Nutznießer besteuern. Dagegen erklärten diese 1776 ihre Unabhängigkeit (Ziff. 28).</p>	<p>GB finanziert in seinen globalen Krieg Preußen als >„Festlandsdegen“ in Europa gegen das mit Habsburg verbündete F.</p> <p>Dieser Krieg gilt als letzter >Kabinettskrieg vor der frz. Revolution. Er legt die Basis für den >Imperialismus, das weltweite Ausgreifen im 19. Jhdt. und die Erschließung globaler Märkte. In GB erwerben Unternehmer im 18. Jhdt. das Kapital für die Industrialisierung. Die Grundlage für die heutige Verteilung der Weltsprachen (Englisch in Indien, Nordamerika, F. in Südostasien) werden gelegt.</p> <p><i>=Wie ist dieses weltweite, ausschließlich europäische Ausgreifen zu erklären?</i></p>

27	<p>Montesquieu und die Gewaltenteilung:</p> <p>Drei Gewalten, Legislative, Exekutive und Judikative im Staat halten sich gegenseitig in Schach.</p> <p>Erste Anwendungen in den USA, Frankreich und Polen.</p>	<p>Der Baron de Montesquieu, <u>frz. Philosoph</u> und Staatsrechtler der Aufklärung, (†1755), vertritt das Prinzip der Gewaltenteilung (>Legislative/Parlament, >Exekutive/Regierung, >Judikative/Rechtsprechung). Diese Kräfte im Staat sollen sich gegenseitig bremsen und im Gleichgewicht halten. Nur so bleibt die Freiheit der Bürger sicher, kann die Gesellschaft vielfältig bleiben. Die Alternative ist für ihn die Despotie. Die <u>Staatsform</u> eines so ausgewogenen, nicht despotischen Staates kann die <u>Monarchie</u> wie auch die <u>Republik</u> sein. Damit wendet er sich gegen den frz. Absolutismus. Er bereitet die erste Phase der frz. Revolution vor, in der eine bürgerlich-liberale Verfassung für eine >konstitutionelle Monarchie entstehen sollte. Auch die <u>Verfassungsväter der USA und Polens</u> im Jahre 1791 (Ziff. 29) beziehen sich auf Montesquieu – und seither alle Verfassungen des pluralistisch-demokratischen Modells mit Gewaltenteilung und gesellschaftlicher Vielfalt, so auch die deutschen Verfassungen von Weimar (Ziff. 53) und das GG der BRD (Ziff. 80).</p>	<p>Montesquieu setzt die <u>noch heute gültigen Grundanforderung an jede demokratische Verfassung</u>. Sie soll liberal und pluralistisch sein und verschiedene Stände und Interessen akzeptieren, so dass Kompromisse zwischen Interessengruppen gefunden werden können, was kompliziert ist und dauert – oft sind nicht alle zufrieden. Das Gegenmodell im 20. Jhd. sind Ein-Parteien-Diktaturen mit einer totalitären >Ideologie wie der NS-Staat (nur für eine <u>Rasse</u>), die Sowjetunion (nur für eine <u>Klasse</u>), die Volksrepublik China als nationale unideologische Ein-Parteien-Diktaturen. Neu: National-populistische Führer mit einer Mehrheit im Parlament erklären, „das Volk“ wolle keine unabh. Justiz, die bremst. Ein neues Schlagwort in der EU:>„<u>Illiberalen Demokratie</u>“.</p> <p>=Gibt es aktuelle Beispiele für eine solche Entwicklung?</p>
28	<p>1776 Unabhängigkeitserklärung der USA –</p> <p>... mit einer langlebigen Verfassung, die noch heute gilt.</p>	<p>><u>Verfassungen</u> im Sinne der ><u>Aufklärung</u> gehen von der Mündigkeit und der Selbstverantwortung des Einzelnen aus, darauf beruht die Vorstellung der >Volkssouveränität. Auf dieser Grundlage erklären 1776 die <u>13 englischen Kolonien</u> im östlichen Nordamerika ihre Unabhängigkeit von der englischen Krone, die von ihnen Steuern ohne Mitbestimmung verlangt: In diesem Sinne beschließen sie eine >Erklärung der Menschenrechte und eine Verfassung nach den Prinzipien der Gewaltenteilung als >föderale >Präsidentialdemokratie mit wichtigen Kompetenzen bei den Einzelstaaten mit gleichem Stimmrecht, unabhängig von der Größe, im >Senat. >George Washington, ein Führer des Aufstandes, wird der erste Präsident.</p>	<p>Die Verfassung der USA ist die weltweit älteste noch heute gültige. Sie geht von einem gewählten Präsidenten als „König auf Zeit“ aus, zu dessen Kontrolle das Prinzip von >„checks and balances“ gesetzt ist, vor allem das Haushaltrecht der Volksvertreter. Ein ><u>Supreme Court als Verfassungsgericht</u> kann auch die Legislative kontrollieren. Die Erklärung der Menschenrechte von >Thomas Jefferson setzt fest, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und unveräußerliche Rechte haben; zeittypisch betraf dies allerdings nicht die Frauen – und vor allem nicht die Sklaven (<u>Jefferson besaß derer ca. 600!</u>).</p>

<p>29</p>	<p><u>Polen wird dreimal geteilt</u></p> <p>... 1795 verschwindet das Land bis 1918 von der Landkarte – auch wegen seiner fortschrittlichen Verfassung?</p> <p>Im 20. Jhdt. noch eine Teilung und eine „Westverschiebung“</p>	<p>Polen, lange durch inneren Streit (>liberum veto, in der Adelsversammlung brachte eine Gegenstimme jeden Beschluss zu Fall) geschwächt, gibt sich 1791 eine fortschrittliche, gewaltenteilige Verfassung als konstitutionelle Monarchie – der ersten in Europa. Die räuberischen, absolutistisch regierten Nachbarn Preußen, Russland, Österreich teilen sich ab 1772 das große polnisch-litauische Reich im Zuge der sogen. drei polnischen Teilungen. Belarus und große Teile der Ukraine gehen dabei an Russland. Polen wird 1919 als Staat neu gegründet, Hitler und Stalin teilen 1939 Polen wieder, 1945 beherrsche die SU das Land, es wird nach Westen verschoben, in dem es große Gebiete an die SU verliert und deutschen Ostgebieten erhält. Mit der „Westverschiebung“ wollte Stalin 1945 einen dauerhaften Konflikt zwischen D. und Polen begründen und das Land an die SU fesseln.</p>	<p>Die absolutistischen Nachbarn R, Ö-U und Pr. nutzten die Schwäche Polens; sie fürchteten wegen der modernen Verfassung einen zweiten Brandherd neben der frz. Revolution (dortige neue Verfassung am 3.9.1791). =Gibt es Beispiele für das Risiko der Einstimmigkeit? =Wie kann eine Nation eine lange Zeit der Aufteilung und der Fremdherrschaften überstehen? =Wie gelingt dies den Polen?</p> <p>Aktuell sollte D die dt.-frz. und ebenso die dt.-poln. Nachbarschaft beachten. >Weimarer Dreieck</p> <p>Die >neue Ostpolitik von Willy Brandt geht 1970 auf die Sorgen Polens ein und ermöglicht dort den Wandel 1989 (Ziff. 89). =Im 20. Jhdt. ging D höchst unterschiedlich mit den Nachbarn um: Wann, wie? (z.B. Ziff. 60, 67, 68)</p>
<p>30</p>	<p>Die <u>Französische Revolution 1789</u> – dabei als heroisches Ereignis für die Franzosen hervorgehoben:</p> <p>Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789</p> <p>... endet sie mit der Hinrichtung von Robespierre 1794 und dem Ende des Terrors – oder mit dem Kaisertum Napoleons?</p>	<p>Ein Staatsbankrott zwingt den König, eine Versammlung der drei „>Stände“ – Adel, Klerus und Bürgertum/Bauern einzuberufen. Der „>Dritte Stand“, die große Mehrheit der Steuerzahler, erklärt sich bei der Nationalversammlung zur Vertretung der Nation, am 14.7.1789 folgt der Sturm auf die >Bastille, das Pariser Stadtgefängnis. Die Revolution entwickelt sich in Stufen: Erst streben bürgerliche Gruppen eine Konstitutionelle Monarchie mit Freiheitsrechten an, dann kämpfen radikalere Republikaner („>Sansculotten“) für soziale Rechte und gegen die Bourgeoisie. >Robespierre, deren Sprecher, vertritt den Terror als Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft, der König und tausende „Feinde der Republik“ enden auf der >Guillotine. Gewaltsames Ende des Terrors 1794 und wieder eine bürgerliche Regierung, bis Napoleon nun General 1799 die Macht übernimmt. Angefangen hat er seine Laufbahn als korsischer Leutnant im Kampf gegen Royalisten im Inneren und später gegen die absolutistischen europäischen Mächte.</p> <p>Diese fürchten das Beispiel der Revolution für ihre Länder, wollten in Paris die Revolution niederschlagen - und führen vergeblich Krieg gegen das revolutionäre F und dessen von ihrer guten Sache überzeugten Soldaten. Die so verlorene >Kanonade von Valmy 1792 beobachtete als ziviler Begleiter seines Herzogs >J.W. von Goethe, der später schrieb: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“</p>	<p>In eine Revolution kommt es zu einem abrupten Umsturz der Herrschaftsform und der sozialen Verhältnisse. Die frz. Revolution ist das meistzitierte Beispiel einer Revolution, deren verschiedene Phasen finden sich oft in anderen Revolutionen wieder. Sie ist deshalb unterschiedlichen pol. Gruppen Vorbild. Bürgerlichen Liberalen geht es um Freiheit und politische Rechte, materiell Benachteiligte folgen den „Sansculottes“ und kämpfen für Umverteilung und Gleichheit zu Lasten der Reichen. Revolutionen betonen für die Geschichtserzählung oft eine Gewaltaktion als symbolisches Ereignis (Bastille), ein solches Ereignis prägt sich besser ein als kluge parlamentarische Beratungen; vgl. auch den >Sturm auf das Winterpalais 1917/ Schuss des Kreuzers Aurora) in R (Ziff. 50).</p> <p>=Gibt es in der deutschen Geschichte Revolutionen? =Gibt es in der deutschen Geschichte Ereignisse, die dem Bastille-Sturm vergleichbar wären? = Warum verurteilt der britische Politiker Edmund Burke 1790 die frz. Revolution als Pöbelherrschaft?</p>

<p>31</p>	<p><u>Napoleon Bonaparte</u> Kaiser der Franzosen</p> <p>Er baut Deutschland um, nach 1000 Jahren endet das „alte“</p> <p>Deutsche Reich</p> <p>Hamburg, die stärkste frz. Festung im ganzen französischen Empire</p>	<p><u>Napoleon Bonaparte</u> verspricht den Franzosen nach den politischen Kämpfen wieder Ordnung, die Vollendung der Revolution, eine Modernisierung des Landes (>„Code Napoléon“) und militärische Erfolge, er macht sich <u>1799</u> zum „ersten Konsul“, krönt sich <u>1804 selbst</u> zum Kaiser der Franzosen (vgl. Ziff. 11).</p> <p>Mit dem „<u>Reichsdeputationshauptschluss</u>“ ordnet er Deutschland neu. Er setzt den Rhein als frz. Ostgrenze, schafft mittelgroße dt. Staaten, die hunderte kleiner Herrschaften übernehmen dürfen, gründet mit diesen den Rheinbund, erhöht deutsche Fürsten zu Königen. Reaktion: <u>1806 löst der Habsburger Kaiser das Deutsche Reich auf</u> – 1000 Jahre nach der Gründung durch Karl d. Großen. Napoleon will Europa beherrschen, ein Russlandfeldzug scheitert; er wird besiegt (<u>1813</u>: Niederlage in der <u>Völkerschlacht bei Leipzig</u>; 1815: <u>Waterloo</u>).</p> <p>Hamburg wird 1806 von F besetzt und ist von 1811-1814 Teil des Empire Français, wird die stärkste Festung des frz. Reiches und in den „>Befreiungskriegen“ ab 1813 belagert, wobei zu Weihnachten 1813 bis zu 30.000 Arme aus der Stadt vertrieben werden. Der Handel leidet sehr unter der >Kontinentalsperre, aber <u>der Schmuggel blüht</u>.</p>	<p>=Wann endet die Französische Revolution, was hat sie wem gebracht: 1794? 1804? 1815 mit der >Restoration des Königtums und dem >Wiener Kongress?</p> <p>=Führen Revolutionen häufiger in den autoritären Staat?</p> <p>=Ist für heutige Franzosen Napoleon noch ein Vorbild?</p> <p>=Wie hat sich der Titel „Kaiser“ in 1000 Jahren verändert?</p> <p>In der >„Franzosenzeit“ wird Hamburg modernisiert, so erhalten die Katholiken und Juden das Bürgerrecht, der fortschrittliche >„Code Napoléon“, ein umfassendes Gesetzbuch, wird eingeführt.</p> <p>=Warum wird „die Franzosenzeit“ in Hamburg bis heute sehr unterschiedlich bewertet?</p>
<p>32</p>	<p><u>Preußische Reformen</u></p> <p>... ein Beispiel dafür, wie ein besiegtes Land „von oben“ erneuert wird.</p>	<p><u>Preußen</u> versucht sich Napoleon zu widersetzen, wird 1806 glanzlos besiegt, verliert große Gebiete im Westen und muss viel Geld zahlen. Der König veranlasst eine grundlegende Modernisierung: Die ><u>Stein-Hardenbergschen preußischen Reformen</u> sind beispielhaft für D. Sie betreffen wichtige gesellschaftliche Bereiche: Abschaffung der Leibeigenschaft/ >Bauernbefreiung, Aufhebung des <u>Zunftzwanges</u>, eine große ><u>Bildungsreform</u>, die >allgemeine Wehrpflicht, ><u>Judenemanzipation</u>, ><u>Selbstverwaltung der Städte</u>. Es gibt mehr Eigenverantwortung für die Menschen auf der lokalen Ebene – aber keine Volksvertretung, die die Regierung kontrolliert. Das Heer steht weiter unter dem Oberbefehl des Königs, die Offiziere gehören weiter dem großgrundbesitzenden Adel an.</p> <p>Die meisten deutschen Staaten geben in den folgenden Jahren den <u>Bauern die Freiheit</u>, die ><u>Gewerbefreiheit</u> i.d.R. sehr viel später.</p>	<p>Reformen von oben statt einer Revolution?</p> <p>Warum diese Abkehr vom aufgeklärten Absolutismus? Das alte Preußen Friedrichs II hat gegenüber der frz. Revolutionsarmee mit engagierten Soldaten nicht standgehalten – für Bauern und Handwerker endet das Mittelalter (Ziff. 13), aber die Vorrangstellung des Adels mit Großgrundbesitz und des Militärs bleiben bis 1918 (oder bis 1933?) bestehen.</p> <p>=Sind diese Reformen eine „Revolution von oben“?</p> <p>=Was bedeutet die <u>allgemeine Wehrpflicht</u> für das Verhältnis der Soldaten zum König?</p> <p>=In welchem Verhältnis stehen <u>Zunftzwang</u> und die beginnende Industrialisierung?</p>

<p>33</p>	<p><u>Wiener Kongress 1815 – Restauration der alten Ordnung?</u></p> <p>Das ehemalige Deutsche Reich ist nur noch ein <u>Deutscher Bund</u></p>	<p>Im <u>Wiener Kongress 1815</u> regelten die vier Siegermächte Österreich, Preußen, England, Russland und dazu Frankreich (obwohl F doch eigentlich Auslöser der Kriege und besiegt worden war...) als >Pentarchie die Verhältnisse in Europa neu für ein ><u>Mächtegleichgewicht</u>, den Frieden und gegen demokratische Volksbewegungen. Das Ziel: >Restauration und möglichst Wiederherstellung der alten Verhältnisse von vor 1789 – deshalb konnte F (jetzt wieder eine Monarchie unter dem vorrevolutionären Königshaus der Bourbonen, mit seinem König Ludwig XVIII) Partner unter den Siegern sein. Es gibt kein vereintes Deutschland, sondern nur einen losen >„Deutschen Bund“ mit anfangs 41 Mitgliedsstaaten.</p> <p>Keine Restauration wollen die von Napoleon geschaffenen <u>Mittelstaaten</u>, sie behalten die unter Napoleon aufgelösten vielen kleinen Herrschaften, <u>Bayern behält auch das 1806 von Napoleon gewährte Königtum</u>.</p>	<p>Noch heute glaubt man, dass Systeme mit fünf Mächten friedenserhaltend sein können, weil sich leicht 3 gegen 2 stärkere verbünden können. Vor allem die östlichen Monarchien (Ö, Pr., R als Vielvölkerstaaten) verbündeten sich, um im Innern nationale und demokratische Bewegungen zu unterdrücken.</p> <p>Der „Deutsche Bund“ ab 1815 ist ein loser Verbund, in ihm ist der österreichische Kaiser Vorsitzender, ansonsten aber nur ein Bundesfürst. Die freiwilligen Kämpfer der >Befreiungskriege gegen Napoleon sind frustriert.</p> <p>=Wofür hatten sie gekämpft? =Ist die deutsche Einheit mit mittelgroßen Staaten leichter oder schwerer erreichbar?</p>
<p>34</p>	<p>Ab 1820: <u>Lateinamerika wird unabhängig</u></p> <p><u>Entkolonialisierung</u> heißt üblicherweise, dass die >Indigenen ihr Land lenken, hier nicht.</p> <p>USA: eine neue Macht</p>	<p>Die spanischen und portugiesischen <u>Kolonien in Lateinamerika</u> erklären ihre <u>Unabhängigkeit</u> von den „Mutterländern“ ab 1820 (ihrerseits geschwächt von den napoleonischen Kriegen) und bilden eigene Staaten. Die eingewanderte europäische Oberschicht übernimmt die Macht, die indigene Bevölkerung bleibt unterdrückt und hat geringe Entwicklungsmöglichkeiten.</p> <p>Diese Bewegung unterstützen als neuer Akteur auf der Bühne die USA mit der Verkündung der >Monroe-Doktrin als außenpolitische Leitlinie: Keine europäischen Mächte dürfen mehr Kolonien auf dem Kontinent haben: Amerika den Amerikanern!</p>	<p>= Welche sind hier die berufenen „Amerikaner“? =Was bedeutet in diesem Zusammenhang der weiter benutzte Begriff Lateinamerika? =Wo bestimmt eine indigene Mehrheit die Politik? =Ist diese Unabhängigkeit vergleichbar mit der der schwarzafrikanischen Staaten in den 1960ern? =Welche Stellung haben die Indigenen in Australien? Die „jungen“ USA treten auf die weltpolitische Bühne und setzen einseitig ihre erste ><u>Doktrin</u>. =Gibt es weitere außenpolitische Doktrinen der USA und/oder anderer Staaten?</p>
<p>35</p>	<p><u>Industrielle Revolution:</u> Die Dampfmaschine ändert die Welt.</p> <p>Völlig neue Formen von Warenproduktion, Handel und städtischem Leben entwickeln sich.</p>	<p>Die >industrielle Revolution beginnt in England, wo das Zunftsyst<small>em</small> schon abgeschafft war. Privates Kapital war u.a. durch die Zuckerproduktion in den Kolonien (>Barbados) entstanden und mechanische Webstühle, neue Verfahren zur Stahlproduktion angelegt. ><u>James Watt</u> entwickelt in Glasgow in den 1780er Jahren eine leistungsfähige Dampfmaschine (Patent 1769). Diese neue, viel stärkere Kraftquelle leitet in Europa und Nordamerika die ><u>Industrialisierung</u> ein mit Großbetrieben, dem Entstehen neuen Bevölkerungsschichten oder ><u>Klassen</u> von meist nur <u>angelernten, schlecht bezahlten Arbeitern</u> und oft sehr reichen <u>Unternehmern (>Kapitalisten)</u>. >Karl Marx entwickelt eine Theorie zu dieser Entwicklung (vgl. Ziff. 37). Das Zunftwesen des MA endet in Europa. Waren werden in Massen produziert und billiger, einförmiger. Große Wohnhäuser mit vielen kleinen Wohnungen werden gebaut (später Mietskasernen genannt).</p>	<p><u>Auffällig:</u> Im parlamentarischen GB gibt es keine pol. Revolution, eine bürgerliche Kapitalwirtschaft floriert. =Ist dieser Prozess eine Revolution, wird eine alte Ordnung umgestürzt? =Was ändert sich durch diese <u>Produktionsverhältnisse</u> – sozial, politisch, bezogen auf die Arbeits- und Wohnverhältnisse, die Lebensweise, die Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht, den Grad der Selbstbestimmung der beteiligten Menschen? =Sind wir in 2021 in D noch in einer Industriegesellschaft, in der bes. das produzierende Gewerbe zählt? =Rückblick: Ist der Begriff „neolithische Revolution“ für die damals ganz neuen Verhältnisse berechtigt?</p>

<p>36</p>	<p>Der Eisenbahnbau rückt die deutschen Länder zusammen.</p> <p>... ein neues Verkehrsmittel mit enormen wirtschaftlichen und politischen Folgen.</p>	<p>Von Nürnberg nach Fürth führt 1835 die erste Eisenbahnlinie in Deutschland – die Maschinen sind ein Import aus England. Die Lokomotive revolutioniert das alte Transportwesen mit Pferdewagen und >getreidelten Kähnen, die vielen Grenzen im kleinstaatlichen Deutschland sind nicht mehr zeitgemäß. Die Zünfte sind in den meisten Ländern abgeschafft, die Bauernbefreiung setzt Landarbeiter für die Industrie in den Städten frei.</p> <p>Die Stahlindustrie wird eine Schlüsselindustrie. Der deutsche Zollverein von 1834 ist ein Vorläufer der späteren deutschen Einheit.</p> <p>50 Jahre später verstärkt das Dampfschiff den globalen Welthandel.</p>	<p>Die Eisenbahn als Transportmittel mit großem Kapitalbedarf zwingt zu größeren wirtschaftlichen Einheiten (>Aktiengesellschaften, Banken), ebenso wie zu größeren politischen – auch D. wird 1871 ein Nationalstaat. <u>Im 20. Jhdt. werden auch die Nationalstaaten zu klein</u>: 1957 wird die >EWG der 6 in Europa gegründet.</p> <p>=Hat der internationale Flugverkehr vergleichbare Folgen?</p>
<p>37</p>	<p>Zwei Klassen, Klassenkampf</p> <p>... nach Karl Marx führen die wirtschaftlichen Entwicklungen unweigerlich zur proletarischen Revolution und zum Kommunismus.</p> <p>... aber in die Parlamente gewählte Arbeiterparteien erreichen deutliche Verbesserungen – der Kapitalismus ist reformfähig.</p>	<p>Für den Deutschen >Karl Marx (gest. 1883 in London), Ökonom und Philosoph, treiben nicht die Menschen, sondern die materiellen Verhältnisse die Geschichte voran. Er erwartet, dass die industrielle Produktionsweise, der Kapitalismus, nur noch zwei Klassen bestehen lässt: die der Kapitalisten, Besitzer immer größerer Fabriken, und das Proletariat, das nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat und zunehmend verelendet. Der Mittelstand mit kleinen Betrieben kann sich nicht behaupten und geht unter. <u>Dieser für Marx zwangsläufige Ablauf</u> der Geschichte soll zu einer >proletarischen Revolution, für eine Übergangsphase zu einer >Diktatur des Proletariats und danach zum Kommunismus als Endzustand der Geschichte ohne Armut, Ausbeutung und gesellschaftliche Konflikte führen. Die von Marx gesehene ökonomischen Zwänge lassen keine Reformen des Kapitalismus zugunsten des Proletariats zu. 1848 veröffentlicht er das >„<u>Kommunistische Manifest</u>“. Er stellt seine Lehre dar in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ und erklärt, wie die Ausbeutung der Arbeiter funktioniert, denn der von ihnen erzeugte >Mehrwert schafft dem Kapitalisten neues Kapital, das noch mehr Menschen zu Proletariern macht.</p> <p>Auf Marx berufen sich neue >Arbeiterparteien in Europa, so in D die spätere >SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschland), 1875 mit Sitz in Hamburg von August Bebel mitbegründet als „Sozialistische Partei Deutschlands“</p>	<p>Marx' Voraussagen zum Gang der Geschichte waren schon im frühen 20. Jhdt. erkennbar falsch: Statt der vorausgesagten Verelendung erreichten Arbeiterparteien in den Parlamenten deutliche Verbesserungen (so die SPD in D). Die Entwicklung kleiner, billiger Elektro- und Benzinmotoren rettete den Mittelstand. <u>Dennoch ist der >„materialistische“ Marxismus im 20. Jhdt. und noch heute eine einflussreiche, >polarisierende Lehre</u>.</p> <p>Die politischen Anwendungen führten in Diktaturen, so in dem noch meist bäuerlichen R in die Diktatur der >Kaderpartei der >Bolschewiki. Die SU bleibt bis zu ihrem Zusammenbruch für manche ein Vorbild, für andere ein Feindbild.</p> <p><u>In keinem Industriestaat setzt sich Marx' Lehre durch.</u></p> <p>=<u>Ein Gedankenexperiment</u>: Ich zeige 2 Tage lang Marx die Stadt Hamburg: Was zeige ich? Was will er sehen, was fragt er, was wundert ihn?</p> <p>=Wie kann eine in der historischen Realität so deutlich gescheiterte Lehre so lange ihren Einfluss bewahren?</p>
<p>38</p>	<p>„Einigkeit und Recht und Freiheit – für das deutsche Vaterland“</p> <p>Ein „Lied der Deutschen“ wird gut 100 Jahre später zur Nationalhymne in D</p>	<p>Das >Deutschlandlied, das „Lied der Deutschen“ wird 1841 für die erhoffte <u>deutsche Einheit</u> von Hoffmann von Fallersleben geschrieben, Deutschland ist (1. Strophe) wichtiger als die absolutistischen Einzelstaaten, es wird definiert (2. Strophe) über die Verbreitung der Sprache und Kultur (der Teil beschreibt ein >„Großdeutschland“ mit Deutsch-Österreich), fordert (3. Strophe) mit <u>Recht und Freiheit</u> die Selbstbestimmung des Volkes – gegen das >„System Metternich“. Es nimmt romantische Traditionen und solche der >Freiheitskriege von 1813 auf. Diese 3. Strophe passt gut für die BRD, die ein freies und einiges Gesamtdeutschland wünscht. Sie wird 1952 nach langen Diskussionen die Nationalhymne der Bundesrepublik.</p>	<p>Auch Lieder haben ihre Geschichte: <u>Der Ansatz des >Deutschlandliedes</u> ist ein demokratischer, nationaler. Aber es wird nationalistisch missbraucht – im 1. Weltkrieg als Kampflied gegen Frankreich; die NS-Zeit schätzt die großdeutsche Aussage, aber verbietet die 3. Strophe. =<u>Warum?</u></p> <p>Diese 3. Strophe wird 1952 westdeutsche und 1990 gesamtdeutsche Nationalhymne.</p> <p>=<u>Reizvoll: der Vergleich von >Nationalhymnen</u>, (z.B. >Marseillaise), oft Marschlieder aus Kriegszeiten.</p>

<p>39</p>	<p><u>1848 Revolutionen in Europa</u></p> <p>In der Paulskirche in Frankfurt am Main tagt eine verfassungsgebende Versammlung für ganz D – eine Revolution von unten scheitert...</p>	<p>1848: Revolutionsversuche in Europa, in >Frankreich stürzt die Monarchie (aber es kommt ein neuer Bonaparte!), in >Österreich, in deutschen Kleinstaaten scheitern am Ende die Bewegungen. Es gibt anfangs bürgerliche, oft studentische Bewegungen, dann auch soziale Forderungen der neuen Industriearbeiterschaft (bes. in F und, weniger, in Südwestdeutschland).</p> <p>In D erarbeitet das Paulskirchenparlament 1848 in Frankfurt nach langen Beratungen eine Verfassung mit Gewaltenteilung und einem Katalog der Menschenrechte für ein kleindeutsches Kaiserreich ohne Österreich. Der preußische König lehnt diese demokratisch beschlossene Kaiserkrone aber – weil vom Volke angetragen – ab. Auch die Regierungen der anderen dt. Kleinstaaten fassen wieder Mut und unterdrücken die Bewegung. Diese Revolution scheitert, sie hätte in vielen kleinen Residenzstädten stattfinden müssen, wo der Fürst auch die kirchliche Autorität darstellte (vgl. Prinzip der protestantischen Landeskirchen Ziff. 21).</p>	<p>Revolutionen haben mehr Aussichten in der Hauptstadt eines Zentralstaates wie Frankreich.</p> <p>=Sind die dt. Kleinstaaten noch nicht so weit?</p> <p>Die „Paulskirche“ als Begriff steht noch heute für den Volkswillen hinsichtlich einer dt. Einheit und einer Verfassung mit Grundrechtskatalog, hierin ein Vorbild für das Grundgesetz von 1949 (Ziff. 80). Die Festlegung auf ein „kleines“, weitgehend „deutsches“ Deutschland ohne Ö. als Vielvölkerstaat war als konstitutionelle Monarchie von einem Parlament mit vielen Juristen und Professoren ohne eine breite Volksbewegung wie in F nicht durchzusetzen.</p> <p>=Die Revolution von 1848 in F verläuft ganz anders: Wie? Warum?</p>
<p>40</p>	<p><u>1871 Reichsgründung</u></p> <p>...ein zweites Deutsches Kaiserreich entsteht</p> <p>Erfüllt der Reichsgründer O. v. Bismarck die Forderungen der Revolutionäre von 1848?</p> <p>In Hamburg: ein 34 m hohes Bismarck-Denkmal</p>	<p>Schon 1862 hat Otto v. Bismarck erklärt, dass die großen nationalen Fragen nicht mit Reden, sondern mit „Eisen und Blut“ geregelt werden. Er gründet 1871 ein neues Deutsches Reich, mit Preußen als Vormacht, einer sehr starken Stellung für die Krone und die militärische Führung (Heer und Flotte) – nach einem siegreichen Krieg gegen Frankreich. Die Proklamation des Kaisers wird im Schloss von Versailles (Schloss Ludwigs XIV, Ziff. 23) vor Paris wie eine „Heeresversammlung“ der deutschen Fürsten in Szene gesetzt. Diese gründen das Reich – nicht ein gewähltes Parlament wie 1848. Aber: Im Reich gibt es ein gleiches Wahlrecht (nur für Männer), nicht wie in Preußen ein 3-Klassenwahlrecht nach Einkommen, das Lohnarbeiter meist ausschloss.</p> <p>D annektiert Elsass und Lothringen, F muss 5 Mrd. Goldfrancs(1450 To. Feindgold!) zahlen, leistet diese riesige Summe schneller als erwartet.</p> <p><u>Innenpolitisch bekämpfte Bismarck die politische Arbeiterbewegung als „marxistisch und terroristisch“, erfüllte aber soziale Forderungen</u> (Kranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung), was damals in Europa einzigartig war. Dennoch wächst die SPD und wird eine parlamentarische Partei.</p> <p>1984/85 leitet Bismarck in Berlin die Kongo-Konferenz, die große Teile Afrikas unter den europ. Mächten aufteilt, Hamburger Kaufleute fordern erfolgreich <u>Kolonien auch für D</u> (Ziff. 43).</p>	<p>Das Reich von 1871 hat einen anderen, klar autoritären >Gründungsmythos als der Versuch von 1848. Noch heute diskutiert: Hat diese „kaiserlich-preußische“ Verfassung des Reiches mit einem überforderten Kaiser Wilhelm II 1918 in den Untergang geführt und die Weimarer Republik belastet?</p> <p><u>Bismarck betreibt eine >Doppelstrategie gegenüber der SPD</u>: Politisch bekämpft er sie, aber deren wichtige soziale Forderungen werden „von oben“ zugestanden. Das gleiche Wahlrecht u. die Industrialisierung stärken die SPD, 1912 ist sie die stärkste Partei, hätte im Oktober 1918 den Kanzler stellen können (Ziff. 52)</p> <p>=Was bedeutet dies für eine >marxistische Partei?</p> <p>F empfindet die Annexion von Elsass-Lothringen als Raub, was die Vorstellung einer dt.-frz. „<u>Erbfeindschaft</u>“ in Europa bis 1945 zementiert.</p> <p>=Hat die Annexion von Elsass-Lothringen das Deutsche Reich gestärkt?</p> <p>= Was tun mit dem Bismarck-Denkmal in Hamburg?</p>

<p>41</p>	<p><u>Imperialismus und Kolonialismus</u></p> <p><u>Wettlauf um Afrika</u></p> <p>... Afrika wird im 19. Jhdt. fast vollständig von europäischen Mächten aufgeteilt.</p>	<p>Imperialismus und Kolonialismus beruhen auf der Überzeugung, dass Europäer rassistisch, kulturell und religiös überlegen sind und deshalb „von Natur aus“ das Recht und die schwere Aufgabe haben, ihre Werte weltweit zu verbreiten. >Cecil Rhodes spricht von „The white man’s burden“, betont aber auch, dass die Kolonien notwendig seien, um das eigene Proletariat in Arbeit und ruhig zu halten.</p> <p>Entscheidend sind ökonomische Ziele: Billige Rohstoffe und Exportmärkte für die eigenen Industrieprodukte.</p> <p>Wettlauf um Afrika der imperialistischen Mächte GB, F, Belgien, Portugal: In der zweiten Hälfte des 19. Jhdt. werden Handelsniederlassungen an den Küsten zu Kolonien erweitert. Bald ist der ganze Kontinent (außer dem <u>christlichen >Äthiopien</u>) unter den europäischen Mächten aufgeteilt, der Norden und Westen vor allem von F, der Osten und Süden von GB, das >Kongobecken von Belgien, kleiner Stücke des Kontinents besetzen Portugal und D.</p> <p>D als Nationalstaat wird erst 1871 gegründet und ist insofern „spät dran“, kann sich in den 1880er Jahren nur noch kleine Teile von Afrika sichern (vgl. Ziff. 43).</p>	<p>Die imperialistischen Mächte F und GB betrieben ihre Konflikte in Afrika, GB und R auch in Mittelasien und Indien. Das nach 1871 in die Konkurrenz eintretende D störte alle Beteiligten.</p> <p>=War der Kolonialismus ein Problem für die europäischen Arbeiterparteien? Warum?</p> <p>Auch nach der Unabhängigkeit der afrikan. Kolonien um 1960 bleiben die alten Kolonialmächte GB und F einflussreich (so >Commonwealth of Nations, >frz. Truppenpräsenzen, >frz. Währungsunion).</p> <p>Der Kolonialismus führte auch zu großen Verlusten regionaler Kulturschätze, heute <u>in europäischen Museen gezeigt</u>.</p> <p>=Was könnte/sollte mit diesen Beständen heute geschehen?</p>
<p>42</p>	<p><u>China und der Imperialismus des 19. und 20. Jhdt.</u></p> <p>Opfer der imperialistischen Mächte „<u>Opiumkriege</u>“</p>	<p>GB zwingt China ab 1840 in zwei ><u>Opiumkriegen</u>, den Freihandel und speziell den Verkauf der damaligen Volksdroge Opium, produziert in der englischen Kolonie Indien, zuzulassen. England und Frankreich zwingen <u>China ungleiche Verträge auf</u>, auch Russland, Japan und Deutschland (dt. Kolonie >Tientsin/Tianjin) besetzten Gebiete. Diese Mächte kämpfen auch ab 1900 gegen eine fremdenfeindliche Aufstandsbewegung („Boxerkrieg“), den die europäischen Truppen mit einem <u>massiven Kunstraub in Peking</u> abschließen. Auch nach der Ausrufung einer Republik 1912 bleibt der Einfluss von GB, F, USA, SU und Japan in >„Nationalchina“ groß, die Mächte fördern interne Konflikte und >„Warlords“. Im 2. Weltkrieg eroberte das rohstoffarme Japan große Teile Chinas.</p>	<p>Der Umgang der imperialistischen Mächte mit der alten Kulturnation China bis zur kommunistischen Revolution von 1949 unter <u>Mao Zedong</u> ist kein Ruhmesblatt westlicher Kultur und hat in China Traumata hinterlassen und ein Streben nach wirtschaftlicher und politischer Macht, damit sich solche Erniedrigungen nicht mehr wiederholen können. Dies wird für Europa eine Herausforderung des 21. Jhdt. werden (Ziff. 105):</p> <p>=Wenn heute ein Abiturient in Peking ein Referat darüber hält: Wie stellt er wohl die Zeit von 1840 bis 1950 für sein Land dar?</p>
<p>43</p>	<p><u>D als späte Kolonialmacht</u> kann in Afrika nur vier Gebiete erwerben.</p>	<p>Das Deutsche Reich als späte Kolonialmacht konnte sich in Afrika nur vier Kolonien sichern, >Kamerun, >Togo, am wichtigsten „<u>Dt. Ostafrika</u>“ (>Tansania) und „<u>Dt. Südwestafrika</u>“ (>Namibia). Letztere Kolonie wurde in D als <u>Siedlungskolonie</u> beworben, was bedeutete, dass Deutsche sich dort als Farmer niederlassen sollten, weshalb die indigene Bevölkerung Platz machen sollte. Dagegen wehrt sich die dort lebende Bevölkerung der <u>Herero und Nama</u>. Sie wird im Herero-Krieg ab 1905 vertrieben und oft vernichtet (Schlacht am >Waterberg). Dies gilt als erster >Genozid des 20. Jhdt. D hielt noch Tientsin (heute ><u>Tianjin</u>) in China und Schutzgebiete in der Südsee. Hamburg profitierte als wichtigster Hafen für die Seeverbindungen.</p>	<p>Die Kolonien waren für das dt. Reich ein teures finanzielles Zuschussgeschäft, waren aber von <u>Hamburger Kaufleuten von Bismarck gefordert worden und sehr profitabel für sie und den Hafenbetrieb</u>. 1919 verlor D. alle Kolonien. Von den 1960er Jahren an entwickeln D. und die ehemaligen Kolonien, nun als selbständige Staaten, engere Partnerschaften, aber es gibt auch Konflikte um eine Wiedergutmachung.</p> <p>=Wie soll die Stadt Hamburg umgehen mit den kolonialen Erinnerungen (Gebäude, Straßennamen)?</p>

44	<p><u>Erster Weltkrieg</u> <u>1914–1918</u></p> <p>...eine neue Art von sehr langem Krieg mit Massenheeren und großen industriellen Anstrengungen – in seiner Folge wird Europa umgebaut.</p>	<p><u>Der Erste Weltkrieg 1914–1918 eine Zeitenwende.</u> Den „Mittelmächten“ Deutschland, Österreich-Ungarn und anfangs Italien stehen die „Ententemächte“ Frankreich, England und Russland, später die USA gegenüber. Ein ganz neuer, industrieller Krieg mit Massenheeren kostet etwa 9 Mio. Soldaten (davon auf deutscher Seite mehr als 2 Mio. Gefallene und 4,2 Mio. Verwundete) und etwa 10 Mio. Zivilisten das Leben. Frauen übernahmen Industriearbeitsplätze, was ihre gesellschaftliche Stellung stärkte. <u>1918 stürzen Revolutionen die alten, autoritären Monarchien in Deutschland, Österreich-Ungarn (wie auch im verbündeten osmanischen Reich) und in Russland.</u></p>	<p>Dieser Krieg ändert radikal die >europäische Landkarte, schafft aus den alten Vielvölkermonarchien in Europa und dem Vorderen Orient neue Nationalstaaten – und neue Spannungen. Für F und GB und das Commonwealth ist dieser Krieg noch immer eine Heldensage, der 11.11., der Tag des Waffenstillstandes 1918, ist Feiertag – auch in Polen. Es war der erste Krieg mit Massenheeren. Die Soldaten wurden durch >Propaganda und das Erregen von Hass motiviert, was einen Friedensschluss und die Nachkriegspolitik belastete. =Dieser Krieg war kein „Kabinettskrieg“ mehr – warum?</p>
45	<p>Der Auslöser: <u>Ein Attentat in Sarajewo</u></p> <p>Die „<u>Kriegsschuldfrage</u>“ und die hohen Reparationen belasten die Nachkriegszeit.</p>	<p>Ein <u>Attentat auf den österreichischen Thronfolger am 28.6.1914</u> im damals österreichischen >Sarajewo löst den Krieg aus, Serbien will ein ><u>Großserbisches Reich auf dem Balkan</u> mit seinen vielen Völkern und Kulturen errichten. (Dies Ziel bewahrt Serbien auch noch nach 1995, Ziff. 102).</p> <p>Dass aus diesem regionalen Anlass ein großer Krieg wurde, illustriert die Spannungen zwischen den großen imperialistischen Mächten in Europa und die mangelnde Vorstellungskraft, wie ein moderner industrieller Krieg ablaufen würde. In D und F gibt es anfangs eine gewisse Kriegsbegeisterung. <u>D fühlte sich eingekreist und „zu kurz gekommen“.</u></p>	<p>Die ><u>Kriegsschuldfrage</u> entscheiden meist die Sieger – so auch in Paris ab 1919, politisch zulasten von D und Österr.-Ungarn, als Begründung für sehr hohe, ökonomisch wohl nicht leistbare ><u>Reparationszahlungen</u> nach 1919.</p> <p>Die Emotionen aus Kriegsleid und Friedensbedingungen haben vor allem das dt.-frz. Verhältnis schwer belastet.</p> <p>Bei welchen Seiten wie viel Verantwortung für den Kriegsausbruch liegt, ist noch 2014, nach 100 Jahren, unter Historikern strittig.</p>
46	<p><u>Stellungskrieg im Westen</u></p> <p>Neu: die Materialschlacht, Soldaten werden zu „Kanonenfutter“</p>	<p>Im Westen, in Frankreich scheiterte die unrealistisch geplante schnelle Einnahme von Paris durch D (>Schlieffen-Plan). Die neue Technik, Artillerie, >Maschinengewehre zwangen die Soldaten unter die Erde in Graben- und Bunkersysteme. Stellungskrieg. Munition wurde in gewaltigen Mengen industriell (oft auch – neu! – von Frauen, die Männer waren an der Front) gefertigt und verschossen. Um die frz. Festung >Verdun fällt in monatelangen Kämpfen statistisch auf jeden Quadratzentimeter eine Granate, in einer dortigen Gedenkstätte liegen die Gebeine von 130.000 nicht identifizierten deutschen und französischen Gefallenen. 1917 treten die USA gegen D in den Krieg ein, deren frische Truppen und industrielles Potential und eine neue Waffe, der >„<u>Panzer</u>“ (engl. Tank), entscheiden den Krieg.</p>	<p>Die politische und militärische Planung Ds. für den >Zweifrontenkrieg (D wollte erst F, dann R besiegen) sind gescheitert. Vor der blinden Macht der Technik verlor sich das traditionelle Ideal des persönlichen Heldentums, für den ><u>Stellungskrieg</u> gab es neue Begriffe: Knochenmühle, der Mensch als Kanonenfutter („chair à canon“, „canon fodder“). Der realistische Kriegsroman >„<u>Im Westen nichts Neues</u>“ (1928, Erich Maria Remarque) wurde von der politischen Rechten bekämpft und fiel unter die >Nazi-Bücherverbrennungen. Psychische Schäden galten als Schwäche, der heutige Begriff „>Posttraumatische Belastungsstörung“ existierte noch nicht.</p>

<p>47</p>	<p><u>Bewegungskrieg im Osten</u></p> <p>Zuerst bricht das Zarenreich zusammen:</p> <p>Revolutionen in R</p>	<p>Der Krieg gegen R im Osten ist ein <u>Bewegungskrieg</u>, die Truppen der Mittelmächte stoßen weit nach R vor, das sich gesellschaftlich und industriell als rückständig erweist und schwerste militärische und zivile Opfer erleidet. D hilft dem >Bolschewiki >Lenin, mit einem Sonderzug aus der Schweiz nach St. Petersburg zu kommen, wo er die Oktoberrevolution durchsetzt und 1918 mit D unter Übergabe großer Gebiete an D (Polen, Ukraine) einen Separatfrieden (>Brest-Litowsk) schließt. Die Niederlage Russlands kann den ebenfalls erschöpften Mittelmächten aber nicht mehr helfen.</p>	<p>Der industrielle Stellungskrieg im Westen lässt oft den <u>Krieg gegen R vergessen</u>, dabei hat dieser viel mehr Opfer gefordert, auch in der Zivilbevölkerung.</p> <p>Die dt. Hilfe für die Revolution der >Bolschewiki in R war für D nur kurzfristig ein Vorteil.</p> <p><i>=Bewährt sich verlässlich die Regel: Der Feind meines Feindes ist mein Freund?</i></p>
<p>48</p>	<p><u>Zerfall des osmanischen Reiches</u></p> <p>Von der Türkei noch immer bestritten:</p> <p>Genozid an den Armeniern</p>	<p>Mit D verbündet: das Osmanische Reich, ein vom Balkan bis zum Yemen reichender Vielvölkerstaat, wirtschaftlich und militärisch schwach. D unterstützt dieses Reich erfolglos (Kapitulation 1918) gegen GB mit Kriegsmaterial und militärischen Beratern; ebenso die neue (>„jungtürkische“) nationalistische Führung des Staates, die die wirtschaftliche oft erfolgreichen, deshalb oft beneideten christlichen >Armenier ab 1915 verfolgt und ermordet. In diesem armenischen >Genozid sterben bis zu 1,5 Mio. Armenier. Noch 2020 leugnet die türkische Regierung diese Ereignisse.</p> <p>Nach der Niederlage und der von den Siegern 1920 in Paris (Vorortverträge, vgl. Ziff. 54) geplanten Aufteilung (auch an Griechenland) erkämpft Kemal Atatürk die heutige Türkei als modernen, >laizistischen Staat.</p>	<p><u>Hitler hat mit Bezug auf die >„Endlösung“ der Judenfrage erklärt, an die Armenier denke doch auch niemand mehr.</u></p> <p>In beiden Ausrottungsaktionen kann sich die Bevölkerung am Besitz der Ermordeten bereichern.</p> <p>Die Judenverfolgung wird in D heute als Tatsache und als Schuld anerkannt. In der Türkei wird die Verfolgung der Armenier trotz erdrückender Beweise offiziell bestritten.</p> <p><i>=Wie sollte ein Land mit so großer historischer Schuld umgehen: zugeben oder leugnen? Warum?</i></p>
<p>49</p>	<p>GB und F begründen den <u>Nahostkonflikt</u></p> <p>Sie versprechen 1916/17 dieselben Gebiete drei verschiedenen Seiten und legen so die Grundlagen zum nun hundertjährigen Konflikt um Israel und Palästina</p>	<p>GB und F legen die <u>Grundlage für den Nahostkonflikt</u>. GB sucht Unterstützung für den Kampf gegen das Osmanische Reich, will die Araber gewinnen und verspricht dem >Scherifen von Mekka die Gründung eines arabischen Staates. Ein englischer Offizier (>„Lawrence von Arabien“) unterstützt den Arabischen Aufstand ab 1916. GB sagt aber 1917 in der >Balfour-Deklaration auch der jüdischen >„World Zionist Organization“ eine „nationale >Heimstätte in Palästina“ zu. Zeitgleich und geheim zu diesen sich widersprechenden Versprechen einigen sich GB und F (>Sykes-Picot-Abkommen) auf eine Aufteilung von Einflusszonen (für F: Libanon und Syrien, für GB: Palästina und Irak). 1947 zieht sich GB aus Palästina zurück, darauf folgt 1948 die <u>Gründung des Staates Israel</u>, der seither umfangreiche Hilfe aus den USA und D erhält, ein sehr moderner demokratischer Staat wird und um Einwanderer wirbt.</p>	<p><u>Der Dauerkonflikt des Staates Israel mit den muslimischen Nachbarn und der arabischen Bevölkerung in Palästina bleibt eine weltpolitische Konstante</u> im 20. und 21. Jhd. – mit drei ><u>Nahostkriegen</u>, Beteiligung der Großmächte und allseitiger Unversöhnlichkeit.</p> <p>D erkennt wegen der Schuld des Holocaust (Ziff. 69) ab 1952 eine Verpflichtung zur finanziellen und pol. Stützung Israels (>Wiedergutmachung) an. Israel wirbt um Einwanderer mit Hinweis auf den Antisemitismus in der Welt. Die deshalb notwendige israelische Siedlungspolitik geht zu Lasten der in den Gebieten ansässigen arabischen Palästinenser.</p> <p><i>=Zahlen die Palästinenser den Preis für die deutsche Schuld gegenüber den Juden?</i></p>

50	<p><u>Zwei Russische Revolutionen 1917 –</u></p> <p>Aus den Völkern des Zarenreiches entsteht unter Lenin die <u>Sowjetunion</u></p> <p>Stalin Diktator der SU</p>	<p>In Russland kommt es 1917 zu einer zweistufigen Revolution. Auf eine bürgerlich-liberale Februarrevolution folgt die kommunistische „Oktoberrevolution“ der kleinen Gruppe der >Bolschewiki.</p> <p>Nach Marx' Lehre ist das <u>Agrarland Russland</u> ohne viel Industrie und Arbeiterschaft soziologisch noch <u>nicht reif für eine proletarische Revolution</u>. Deshalb wird die Oktoberrevolution auch <u>Putsch</u> genannt.</p> <p>>Lenin führt die Bolschewiki, stützt sich auf die St. Petersburger Arbeiterschaft und revolutionäre Soldaten. Er löst gewaltsam eine neue, frei gewählte verfassunggebende >Duma (mit nur 25 % Kommunisten!) auf. Er formt aus dem alten Zarenreich mit seinen europäischen und asiatischen Besitzungen die <u>Sowjetunion</u> mit der KPdSU als Einheitspartei.</p> <p><u>1928</u> erringt Stalin die Macht und errichtet eine „Proletarische Diktatur“, die Millionen Menschen das Leben kostet (>„Säuberungen“ der Partei, >„Holodomor“: Hungertod von Millionen in der >Ukraine durch die >Kollektivierung der Landwirtschaft). Stalin herrscht totalitär, gestützt auf die Geheimpolizei (>NKWD): >Stalinismus. Die SU bringt sehr große Opfer im Kampf gegen das Nazi-Reich. Stalin stirbt 1953. Seine Nachfolger können das Land nicht reformieren, die >Zentralverwaltungswirtschaft bleibt ineffizient, die Kosten für die Rüstung einer Weltmacht sind zu hoch. Die SU löst sich 1991 auf.</p>	<p>=Vergleich frz. (Ziff. 30) und russ. Revolution?</p> <p><u>Die Bolschewiki wussten, dass es für sie bei allg. Wahlen im agrarischen Russland keine Hoffnungen auf die Macht gab</u>. Deshalb rechtfertigen sie Diktatur, Terror und Umerziehung der Menschen zur Durchsetzung einer besseren Welt.</p> <p>Aber: In den 1920er und frühen 1930er Jahren wurde die SU oft von westlichen Besuchern als Versuch gesehen, einen gerechten Staat mit Wohlstand und Kultur für alle zu schaffen. Die optimistische marxistische Rhetorik überzeugte, aber die Realität waren vor allem Unterdrückung und Not.</p> <p>=Viele Strukturen der sowjetischen und der Nazi-Diktatur stimmen überein, einerseits die energische industrielle Modernisierung ihrer Länder, andererseits die Geheimpolizei, das Lagersystem, die Verfolgung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen. <i>Kontroverses Thema?</i></p> <p>=„Linke“ Diktaturen werden oft positiver bewertet als „rechte“. Warum?</p>
51	<p>Die „Spanische“ Grippe</p> <p>1918-1920</p>	<p>Die sogen. >Spanische Grippe trat zuerst im Frühjahr 1918 in den USA auf und kam mit den US-Truppen nach Europa. Schnell entwickelte sich eine Pandemie, die mit 25-45 Mio. Opfern weltweit viel mehr Tote als der erste Weltkrieg fordert. Betroffen sind vor allem jüngere Menschen, häufiger Männer, zwischen 20 und 40 Jahren. Es gab keine Therapie, Viren waren unbekannt. In den kriegführenden Ländern traf die Krankheit auf eine durch schlechte Ernährung geschwächte Bevölkerung, die <u>Pressezensur</u> verschwieg die Katastrophe so weit wie möglich – bei bis zu 600.000 Opfern. Im freieren Spanien wurde über die Krankheit berichtet, nur daher der Name. Das >Genom des Virus ist durch Leichenfunde im Dauerfrostboden Grönlands bekannt.</p>	<p>Dies ist die bekannteste und schlimmste Pandemie des 20. Jhdt. Die Herkunft, Natur und Behandlung des Erregers waren unbekannt. Gegen sekundäre Erkrankungen wie die Lungenentzündung gab es noch keine Antibiotika. Quarantäne oder Abstandsregelungen waren als Mittel gegen Ansteckungen bekannt und lokal in den USA erfolgreich, aber in Europa – in einem Krieg mit Massenheeren, überfüllten Lazaretten und intensiver Fabrikarbeit – kaum anwendbar. Krieg und Revolution haben die Erinnerung in D überdeckt (vgl. ZEIT-Magaz.52/2020). (Zu COVID 2020 vgl. Ziff. 107).</p> <p>=Welche Maßnahmen konnten demgegenüber im Verlauf der Covid-19-Krise 2020/1 ergriffen werden?</p>

52	<p>Am 09.11.1918: Die Deutsche Republik</p> <p>... Waffenstillstand am 11.11.1918</p> <p>Zwei Modelle zur Wahl: Eine parlamentarische Republik oder eine Diktatur des Proletariats als russischer „Roter Oktober“.</p>	<p>Das dt. Reich war erschöpft durch Hunger (>Seeblockade), Rohstoffmangel, die Grippe. Die <u>deutsche militärische Führung</u> unter <u>Hindenburg</u> und Ludendorff <u>forderte im September 1918 plötzlich von der politischen Führung die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen</u> auf der Grundlage von Vorschlägen („>14 Punkte“) des US-Präsidenten >Wilson. Dennoch wollte die Marineführung noch eine große Seeschlacht zur Rettung der Ehre der im Krieg kaum eingesetzten <u>Schlachtschiffe der >Hochseeflotte</u>. Dies löst einen Aufstand der Kieler Matrosen aus, die nicht sinnlos geopfert werden wollen – und führt überall in Deutschland zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und zu <u>Revolutionen</u>: In Berlin erfolgt am 9.11. die Ausrufung der deutschen Republik durch den Sozialdemokrat <u>Philipp Scheidemann</u>. <u>Kaiser Wilhelm II</u> dankt ab (und auch alle anderen deutschen Reichsfürsten). Waffenstillstand am 11.11.1918. (noch immer staatlicher Feiertag in Frankreich und Belgien)</p> <p>Aber: Eine verpasste Alternative? Um Wilsons Forderungen nach einer Demokratisierung zu erfüllen, trat am 28.10.1918 eine Verfassungsänderung in Kraft, nach der der Reichskanzler eine Mehrheit im Parlament haben musste. <u>Damit war D plötzlich eine parlamentarische Monarchie</u>. Friedrich Ebert hatte mit der SPD und anderen Parteien eine Mehrheit. Hätte er sofort das Kanzleramt fordern und auch den Flottenvorstoß Ende Oktober absagen können...?</p>	<p>Viele Deutsche verstanden nicht, warum D verloren haben sollte, denn kein feindlicher Soldat stand auf deutschem Boden. Für viele Deutsche hat deshalb <u>der Aufstand „der Linken, der Roten“</u> die Niederlage gebracht, <u>„den Dolchstoß in den Rücken“</u> der ungeschlagenen Armee. Die >Dolchstoßlegende, in den 1920er Jahren ein Kampfbegriff der Rechten gegen die politische Linke, steht noch heute für einen hinterhältigen Angriff. Noch heute streiten Historiker darüber, ob in 1918/19 genug umgestürzt wurde.</p> <p>=War die deutsche Revolution von 1918 eine „richtige“ Revolution? (vgl. Ziff. 39)</p> <p>=Oder fehlen ihr wichtige Merkmale? Wenn ja, welche? (Vergleich mit der frz. und russ. Revolution)</p> <p>=Womit endeten jeweils die drei Revolutionen?</p> <p>=Eine spekulative Frage: Hätte mit der Oktoberreform 1918 eine „Revolution von oben“ beginnen können statt der Revolution vom 9.11.1918? Welche Kräfte waren dafür, welche dagegen?</p>
53	<p>In der Nationalversammlung 1919:</p> <p>... allgemeine Wahlen ergeben eine Mehrheit für eine parlamentarische, pluralistische Republik</p>	<p>Der „<u>Rat der Volksbeauftragten</u>“ beschließt als provisorische revolutionäre Regierung Ende November die Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.01.1919, mit allgemeinem gleichem Wahlrecht, auch für Frauen, für Parteienlisten nach Verhältnismahlrecht. Die SPD unter Friedrich Ebert wollte eine parlamentarische, pluralistische Demokratie. Die linke marxistische Bewegung wollte die proletarische Revolution sofort. Beide Seiten wussten, was sich ein Jahr zuvor in R gezeigt hatte: Bei Wahlen würden die Kommunisten nie eine Mehrheit bekommen. Deshalb unternahmen Spartakus und die neugegründete KPD, um diese Wahlen zu verhindern, den kommunistischen >Spartakusaufstand in Berlin Anfang Januar 1919. Die SPD beauftragte rechtsgerichtete >„Freikorps“, den Aufstand niederzuschlagen, was diese mit Härte taten. Die Wahlen am 19.01.19 ergaben für die großen, die Republik tragenden Parteien eine klare republikanische Mehrheit: >SPD 38%, >Zentrum (katholisch) 20% >DDP (liberal) 19%, > USPD (linkssozialistisch) 7,6%.</p>	<p>Noch heute eine strittige Frage: =Durfte die damalige SPD sich gegen die kommunistischen Arbeiter auf „rechte“, antidemokratische Truppen stützen? Alternativen?</p> <p><u>Das Wahlergebnis war für die SPD enttäuschend</u>, sie gewann keine absolute Mehrheit, viele katholische Arbeiter (z.B. an der Ruhr) wählten als katholische Partei das >Zentrum, das auch für die Republik war.</p> <p>Das schwache Wahlergebnis der >USPD, später mit >KPD vereint, bestätigte, dass nur der gewaltsame Umsturz mit Unterdrückung der anderen Kräfte die Herrschaft einer „Partei des Proletariats“ möglich machen kann, denn auch im industriellen D hatte die Arbeiterklasse nach Marx keine Mehrheit. = Viele kleine Angestellte gingen nicht zur SPD – warum?</p> <p>=<u>Gedankenexperiment</u>: Friedrich Ebert rechtfertigt gegenüber K. Marx die Politik der SPD 1918/19.</p>

54	<p><u>Neue Nationalstaaten in Osteuropa</u></p> <p>das Selbstbestimmungsrecht der (Mehrheits-)Völker kann sehr hart für die Minderheiten wirken.</p>	<p>Ab 1919 wird in Paris Europa neu geordnet: In einer Serie von Konferenzen der Sieger im Raum Paris (>“Vorortsverträge“) entstehen Nationalstaaten aus Teilen des Habsburger, des Deutschen und des Russischen Reiches, so <u>Polen</u>, <u>die Tschechoslowakei</u>, <u>Ungarn</u>, <u>Jugoslawien</u>, dazu aus dem zerlegten Osmanischen Reich die <u>Türkei</u>. Es soll das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker (>Wilson) gelten, aber einheitliche Siedlungsräume sind in Mitteleuropa selten, kulturelle Minderheiten werden anschließend oft unterdrückt. Als Verlierer fühlt sich besonders Ungarn, das (vor 1918 seinerseits auch ein Vielvölkerstaat!) im Vertrag von <u>Trianon</u> 2/3 seines Vorkriegsgebietes abtreten musste.</p> <p>GB und vor allem F wünschte diese Staaten als >“<u>Cordon Sanitaire</u>“, als Sicherheitszone, gegenüber der beunruhigenden, revolutionären SU.</p>	<p>Neugegründete Nationalstaaten betonen die eigene <u>nationale Identität</u> zu Lasten von Minderheiten, was z.B. für die >Sudetendeutschen in der >Tschechoslowakei galt – die Westmächte überließen sie 1938 dem Druck Hitlers (Ziff.65).</p> <p><u>Noch heute leben wir mit den Folgen von 1919: Das serbisch bestimmte >Jugoslawien</u> war auch 1990 noch nicht zusammengewachsen und zerfiel daraufhin in blutigen Kriegen (Ziff. 102). Manche <u>Ungarn</u> trauern noch heute verlorener Größe nach:</p> <p><i>=Zur Diskussion: Noch heute zeigt eine Karte hinter dem Rednerpult im Budapester Parlamentssaal Ungarn in den Grenzen von vor 1918. Bewertung?</i></p>
55	<p><u>Versailles – für D ein Friedensvertrag oder ein „Diktat“?</u></p> <p>In F heißt es: „L’Allemagne payera!“ (Deutschland bezahlt)</p> <p>Kriegsschuldfrage</p>	<p>Den <u>Friedensvertrag (das „Diktat“) von Versailles 1919</u> kann D nicht wirklich verhandeln. Die Regierungen der Sieger stehen unter dem Druck der >Revanche fordernden Bevölkerung und hoher Schulden. In F heißt es: L’Allemagne payera! Große Gebietsabtretungen (u.a. Elsass-Lothringen, Nordschleswig, Westpreußen, Posen, Oberschlesien und Danzig) liefert >Industrieerzeugnisse, >Vieh, >Patente; D tritt alle Kolonien ab und zahlt auf Jahrzehnte hohe >Reparationen. Zudem darf es nur ein kleines Heer von 100.000 Mann haben (die Folge: viele arbeitslose Offiziere, die, oft verbittert, in die – rechte – Politik gehen). Deutschland trägt die alleinige Kriegsschuld. Dieser Vertrag ist eine enorme politische, wirtschaftliche und psychologische Belastung für die neugegründete Republik. So wirkt auch >Art. 215 des Vertrages als Kränkung: Dort wird festgestellt, dass D unfähig gewesen sei, Kolonien zu verwalten – was auch die Meinung der von D beherrschten Völker sei... (Eine Befragung hatte weder in den dt. noch den frz. oder engl. Kolonien stattgefunden!).</p>	<p>Politik funktioniert auch über Symbole:</p> <p>Das „Diktat“ von Versailles wurde verkündet in dem Spiegelsaal, in dem 1871 das dt. Reich gegründet wurde (Ziff. 40).</p> <p>Schon in den 1920er Jahren kritisierte >J.M. Keynes, dass für D große <u>Reparationszahlungen</u> ökonomisch zu einer Rezession führen müssten, nicht leistbar wären und negative politische Folgen hätten, vor allem auch, wenn deutsche Exportprodukte z.B. in F boykottiert wurden (>„Made in Germany“).</p> <p>=Legte Versailles die Saat für den 2. Weltkrieg?</p> <p><i>=Warum wurde D 1945 und danach, obwohl ganz unstrittig für den Ausbruch des 2. Weltkriegs verantwortlich, ganz anders behandelt als 1919?</i></p>

56	<p><u>Die große Inflation</u> bis 1923</p>	<p>Ab 1919 wird in D eine <u>Inflation zur Hyperinflation</u>, sie entstand aus kreditfinanzierten Kriegskosten und weiteren Haushaltsdefiziten nach 1919. Zum Schluss kostete ein Dollar 4,2 Billionen Reichsmark, es gab >Briefmarken zum Nennwert 50 Mrd. Mark. Die Inflation endete 1923 durch die Ausgabe einer neuen >„Rentenmark“ mit dem deutschen Grundbesitz als (fiktive) Deckung.</p> <p>Die Folgen waren erheblich: Sparer verarmten, Menschen mit Schulden und auch der Staat waren entschuldet. Der Mittelstand verlor sein Spargeld (auch die patriotisch gezeichneten >Kriegsanleihen!) und das Vertrauen in die Republik. Die Besitzer von Immobilien, Aktien und Sachwerten waren die Gewinner. Menschen ohne Ersparnisse (so die damalige Arbeiterschicht) hatten wenig zu verlieren. Der >Mittelstand fühlte sich zwischen „Großkapital“ und dem „Proletariat“ >deklassiert. Oft sahen diese Menschen beim „internationalen Finanzkapital“ wie auch in den „marxistischen Gewerkschaften“ Juden am Werk (>Antisemitismus).</p>	<p>Die >Finanzierung eines großen Krieges ist in einer Marktwirtschaft ohne Inflation nicht möglich. Hohe Steuern wurden 1914 aus politischen Gründen nicht gefordert. Für viele Deutsche war nicht das Kaiserreich, sondern die Republik für alle Verluste verantwortlich.</p> <p>Die Angst vor einer Geldentwertung durch hohe Schulden des Staates ist seither in D tief verankert und bestimmt (als >Trauma) noch aktuell die deutsche Politik in der EU und für den Euro. Die stabile, „harte“ D-Mark bedeutete für viele Menschen seit den 1950er Jahren Sicherheit und stand für das >Wirtschaftswunder (Ziff. 78).</p> <p><i>=Welche anderen europäischen Länder haben andere Traditionen und akzeptieren mehr Inflation?</i></p>
57	<p>Die erste deutsche Republik dauert 14 Jahre:</p> <p><u>Weimarer Republik</u> <u>1918-1933</u></p> <p><u>... sie hatte nur zwei sehr gegensätzliche Reichspräsidenten:</u></p> <p>Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg</p>	<p>Die <u>Weimarer Republik 1918–1933</u> war die erste deutsche Republik, ihren Namen verdankt sie dem ersten Tagungsort der Nationalversammlung in Weimar – in Berlin herrschten Unruhen. Die Verfassung gab dem Reichspräsidenten eine starke Stellung durch das Recht, Notverordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Der erste Reichspräsident war Friedrich Ebert, SPD, (1919-1925), sein Nachfolger der ehem. kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (parteilos, im Herzen kein Demokrat, 1925-1934); er gab dem Mittelstand ein Gefühl von Sicherheit in einem oft ungeliebten Staat. Er ernennt Hitler 1933 zum Reichskanzler – nach den Regeln der Weimarer Verfassung.</p> <p>Der <u>gescheiterte „Hitler-Putsch“ am 9.11.1923</u>, ein laienhafter Versuch, >Mussolinis Marsch auf Rom 1922 mit der schwachen NSDAP in Richtung Berlin nachzuspielen, ist trotz 20 Toter in dieser Zeit mehr eine Fußnote. Rechtlich war es >Hochverrat. Ein schlechtes Vorzeichen: Der verständnisvolle Umgang der bayrischen Justiz mit dem Hochverräter wegen dessen „vaterländischer Gesinnung“. Der >zweite 9. November in der schicksalhaften Serie von Vieren.</p>	<p>Die Weimarer Verfassung war nicht krisenfest, zu optimistisch. Der Präsident war ein Ersatzkaiser, die Regierung leicht zu stürzen, die Gewaltenteilung (vgl. 1933) zu leicht auszuhebeln. Das Grundgesetz 1949 (GG) sichert der Republik mehr Stabilität, auch gegen ihre Gegner.</p> <p><i>=Vergleiche der beiden Verfassungen: >Stellung des Reichskanzlers/des Bundespräsidenten, nur >konstruktives Misstrauensvotum, ein >Verfassungsgericht, >Art. 20 GG: Diese Verfassungsgrundsätze sind mit keiner Mehrheit änderbar.</i></p> <p>Hitler kann seine nur <u>neunmonatige ehrenvolle Festungshaft</u> zum Verfassen des ersten Teils seiner Programmschrift „Mein Kampf“ nutzen.</p> <p><i>= Welche rechtl. Behandlung Hitlers wäre angemessen gewesen?</i></p>

58	<p>„<u>Gute Zeiten</u>“, „<u>Schlechte Zeiten</u>“ – diese überwogen in der Zeit der Weimarer Republik</p> <p>Inflation bis 1923/4</p> <p><u>Weltwirtschaftskrise ab 1929</u></p>	<p>„Schlechte Zeiten“. Die 14 Jahre der Republik verlaufen wirtschaftlich in drei gut vierjährigen Abschnitten: Die <u>Inflation</u> 1919–1924, die „<u>guten Jahre</u>“ 1924–1928 – aber mit wachsender Verschuldung auch gegenüber dem Ausland (z.T. >Rückfluss der Reparationsgelder über F und GB als Kredite aus den USA) –, zuletzt die von einer >Spekulationsblase in Aktien von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise, die 1929–1933 eine internationale >Deflationskrise (>Great Depression) wird. In D beginnt sie mit einer Bankenkrise 1931, dann wachsender Arbeitslosigkeit, Sparpolitik, fallenden Einkommen für alle Schichten, verzweifelte, sozial wenig abgesicherten Menschen und Zulauf zu den extremen Parteien bis 1933.</p> <p>Ab 1933 führt Präsident >Roosevelt mit dem >„<u>New Deal</u>“ eine Ausgabenpolitik ein im Sinne von Keynes, u.a. mit großen Infrastrukturprojekten (>Tennessee Valley-Authority-Projekt).</p>	<p>Wirtschaftsgeschichtlich ist die Weimarer Zeit ein Lehrbuchfall: Sie durchlebt die beiden klassischen Krisentypen >Inflation und >Deflation mit jeweils fatalen sozialen und politischen Folgen. Maßnahmen gegen die Deflation waren bekannt: >Keynes: deficit spending, d.h. höhere Staatsausgaben, waren D nicht erlaubt. Hitler dagegen betrieb ab 1933 verdeckt diese Politik für Investitionen, so für die >Autobahnen und vor allem die >Aufrüstung – die Deutschen waren froh, es gab Arbeit, und fanden, es „gehe aufwärts“.</p> <p>=Zum Vergleich: Welche Reaktionen wurden zur Bewältigung der Finanzkrise von 2008 und der Corona-Krise 2020 ergriffen?</p>
59	<p>Die <u>Goldene Zwanziger Jahre</u></p> <p>... Kulturell eine Zeit des Aufbruchs – aber für viele Menschen schockierend.</p>	<p>Goldene Zwanziger Jahre nennen viele noch heute die kulturell lebendigen Jahre 1924–1929, geprägt, <u>vor allem in Berlin</u>, von großen Filmen in neuen großen Kinos (Fritz Lang: >„Metropolis“), von einer neuen Mode (kurze Kleider, auffälliger Schmuck, lange Zigarettenspitzen), von einem neuen, selbstbewussten Auftreten von Frauen (kein >Korsett mehr, >„Bubikopf“), von neuen, „erotischen“ <u>Tänzen</u> (Jazz, Swing, Tango!), von frechen Chansons (>Comedian Harmonists/ >YouTube), einer „Neuen Sachlichkeit“ in der Malerei, von einem neuen schnörkellosen, funktionalen Baustil (>Bauhaus), von einem freieren Umgang von Männern und Frauen miteinander – welch' ein (viele Menschen verunsichernder) Kontrast zu den strengen >Konventionen der Kaiserzeit, die meist in den kleineren Städten, „der Provinz“, fortleben.</p>	<p>Diese Idealisierung ist kulturgeschichtlich gerechtfertigt und leuchtet uns heute als <u>Befreiung ein</u>. Für viele Menschen vor allem in der Provinz trugen diese abrupten Veränderungen zur Beunruhigung bei und verstärkten die Distanz zu dieser Republik. „Schockierende“ Beispiele: Frauen in freizügigen Badeanzügen, ein Foto des Reichspräsidenten >Ebert in der Badehose in den Zeitungen: Die Reizschwellen lagen noch sehr tief...</p> <p>=Der Film als neue Kunstform bewegt viele: Beispiele?</p>
60	<p><u>Locarno:</u></p> <p>Verständigung mit Frankreich</p> <p>Außenminister Stresemann versucht sie gegen Widerstand von rechts – und nicht mit Polen.</p>	<p>Politik der Westverständigung. <u>Gustav Stresemann</u> schließt als dt. Außenminister (in Locarno) 1925 einen Sicherheitspakt mit Frankreich ab, in dem er die deutsche Westgrenze anerkennt, also den Verzicht auf Elsass-Lothringen akzeptiert. (Die Anerkennung der Ostgrenze gegenüber Polen lehnt er ab, sie würde den Verzicht u.a. auf Westpreußen, Posen und Oberschlesiens bedeuten.) Stresemann wird wütend von den rechten Parteien (so >DNVP) und von den Zeitungen des ><u>Hugenberg-Pressekonzerns</u> angegriffen, die die „Erbfeindschaft“ zwischen D und F heftig vertreten.</p> <p>Hitler wird <u>Elsass-Lothringen 1940</u> wieder dem Reich anschließen, 1945 fällt es zurück an Frankreich. Danach tauchen deutsche Rückforderungen nicht mehr auf.</p>	<p>Auch Adenauer sucht schnell mit Frankreich eine Verständigung (><u>Elysee-Vertrag 1963</u>).</p> <p>=Ist die <u>Locarno-Politik gegenüber F zu vergleichen mit der >„Neuen Ostpolitik“ von Willy Brandt, die den Verzicht auf die an Polen gefallenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie bedeutet?</u></p> <p>Brandts Politik war mit vergleichbaren politischen und >medialen Frontlinien in der BRD hoch umstritten (vgl. Ziff. 89).</p>

<p>61</p>	<p><u>Ende der Republik</u> eine „<u>Republik ohne Republikaner</u>“?</p> <p>Die Parteien auf dem Weg zum Untergang der Republik</p>	<p>Eine „<u>Republik ohne Republikaner</u>“? Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Republik, folgen einem Trend zu den Extremen, viele wählen die <u>Kommunisten</u>, die den Weg der <u>Sowjetunion</u> gehen wollen, andere gehen weit nach rechts, sind gegen die Republik, viele Ältere wollen als <u>Monarchisten</u> Kaiser und Kolonien zurück (so die >DNVP), viele Jüngere sind <u>Antisemiten</u>, wählen die <u>NSDAP</u> und deren <u>Führer Adolf Hitler</u>, dessen „junge Bewegung“ <u>Nationales und Soziales zu vereinigen verspricht</u>.</p> <p>Die Extreme bekämpfen sich auf den Straßen, wollen und können aber nach der Verfassung gemeinsam im Reichstag die Regierung stürzen.</p> <p>>Josef Goebbels, später Propagandaminister Hitlers, schreibt 1928: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. (...) Wir kommen als Feinde.“ – und die Weimarer Republik lässt das zu.</p> <p>Die <u>republikanischen Parteien verlieren bei den Reichstagswahlen 1930 die Mehrheit im Parlament</u>. Die Regierungen sind auf den Erlass von ><u>Notverordnungen</u> durch den Reichspräsidenten angewiesen.</p>	<p>Wie konnte die Weimarer Republik scheitern? In Kenntnis des folgenden Grauens kann man den Kopf schütteln über die mangelnde Voraussicht damaliger Akteure, die momentane Konflikte zu ernst nehmen, taktisch statt strategisch handelten, die die Feinde der Republik und deren Worte (<u>vgl. Hitlers Buch >„Mein Kampf“</u>) nicht wörtlich nahmen.</p> <p>Warum Geschichte lernen: <u>Geschichtliche Erfahrungen helfen, die Gefährlichkeit national-populistische Bewegungen zu erkennen</u>.</p> <p>=Könnte eine Partei wie die NSDAP heute in D arbeiten?</p> <p>=Die liberale Bundesrepublik wird auch eine „wehrhafte“ Demokratie genannt. Ist dies ein Widerspruch?</p>
<p>62</p>	<p><u>Nazi-Machtergreifung 1933 –</u></p> <p>Ein Regierungswechsel wird zum Weg in die Diktatur von Hitlers NSDAP (Nationalsozialistische Deutsch Arbeiterpartei).</p>	<p><u>Machtergreifung</u> als Ablehnung des Parteienstaats oder auch „nationale Revolution“ nennen die Nazis die verfassungskonforme Berufung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 31.1.1933 durch den Reichspräsidenten. Hitler als Kanzler und „<u>Führer</u>“ der ><u>NSDAP</u> lässt das Parlament auflösen, entfacht Terror auf den Straßen, bringt die Polizei (die schon oft gern dazu bereit war) auf seine Linie, lässt nach dem ><u>Reichstagsbrand</u> (Täterschaft noch kontrovers) die Grundrechte aufheben. Nach der Reichstagswahl am 5.3.1933, die unter Terror Hitler eine Mehrheit bringt, lässt er die KPD-Mandate „einziehen“, den neugewählten Reichstag ein ><u>Ermächtigungsgesetz</u> beschließen, das die Gewaltenteilung aufhebt und Hitler als Kanzler das Erlassen von Gesetzen erlaubt. Sein Propagandaminister (ein neues Ministerium) wird >Josef Goebbels. Viele Deutsche sind erleichtert: Auf den Straßen herrsche wieder Ruhe. Nun wollen sehr viele Menschen der NSDAP beitreten, deshalb verhängt die NSDAP im April 1933 eine Aufnahmesperre (die eilig Beigetretenen nannte man ironisch >„<u>Märzgefallene</u>“).</p>	<p>Die handstreichartige, rechtswidrige Übernahme aller Hebel der Macht durch eine <u>entschieden auftretende Person, die in geschickten Inszenierungen vorgibt, an alte preußische Traditionen anknüpfen zu wollen – all dies beunruhigt zu wenige Deutsche, viele waren erleichtert</u>.</p> <p>Der Begriff „Ermächtigungsgesetz“ wird häufig übertreibend in politischen Auseinandersetzungen von denen benutzt, die durch eine Regelung um ihr Mitwirkungsrechte fürchten. <u>Dieses Ermächtigungsgesetz war bis 1945 die eigentliche Verfassung des NS-Staates</u>. Die Nazis gossen oft für die Fassade offenkundiges Unrecht in formal korrekte klingende Gesetzestexte.</p> <p>=Welche Maßnahmen der Nazis bei der schrittweisen Einrichtung der NS-Diktatur schließt das GG mit welchen Artikeln aus?</p>

<p>63</p>	<p>D marschiert im Gleichschritt:</p> <p><u>Gleichschaltung</u> bedeutet, dass Landesregierungen, kommunale Gremien und die Vorstände von Organisationen und Vereinen so umgebildet werden, dass die Nazis die Mehrheit haben.</p>	<p>Mit der umgehenden <u>Gleichschaltung der Länder und aller gesellschaftlichen Organisationen</u> und Vereine setzt Hitler in allen Reichsländern noch im März 1933 (ohne eigene neue Wahlen) entsprechend der Mehrheit im Reichstag neue Nazi-geführte Regierungen ein, alle anderen Parteien müssen sich auflösen, die neuen Vorstände aller Vereine eine Nazi-Mehrheit haben, jüdische und Nazi-kritische Beamte und Professoren werden aus dem Amt gedrängt, die Gewerkschaften von der NSDAP übernommen. Auf die Kirchen wird in diesem Sinne erheblicher Druck ausgeübt. Die Gestapo (Geheime Staatspolizei), die SS unter Heinrich Himmler als Leiter des schnell aufgebauten Unterdrückungs- und Mordapparates mit den ersten Konzentrationslagern (KZ), sichern das Regime. Die >Hitler-Jugend (HJ) vereinnahmt Kinder und Jugendlichen ab 10 Jahren. Die Presse wird „gleichgeschaltet“.</p> <p>Aber: Der Druck wird wenig gebraucht, das Regime kann sich auch auf viel Zustimmung oder mindestens duldendes Schweigen in der Bevölkerung verlassen.</p>	<p>Das Grundgesetz von 1949 will in seinen >Artikeln 1-21 einen solchen brutal professionellen Umbau ausschließen und <u>setzt speziell mit >Art. 20 auch durch größte Mehrheiten nicht änderbare Verfassungsgrundsätze</u> und ein Widerstandsrecht für jeden Deutschen fest.</p> <p>Wer Nazi-kritisch ist, muss sich jetzt überall isoliert fühlen. Der Begriff „Gleichschaltung“ ist noch heute ein politischer Begriff, der eine rechtswidrige Vereinheitlichung kritisiert.</p> <p>Die HJ als Pflichtorganisation war ein Mittel zu Erziehung im NS-Sinne, eher anti-intellektuell, auf Distanz zu den Normen bürgerlicher Elternhäuser und den traditionellen Bildungsinhalten der Schule. Das Erziehungsziel für Jungen: „Zäh wie Leder, flink wie ein Windhund, hart wie Kruppstahl!“</p>
<p>64</p>	<p>Ab 1933: Beginn der <u>Judenverfolgung</u></p> <p>... nicht im Verborgenen, sondern durchaus für alle sichtbar</p> <p>„Reichskristallnacht“: Ein zynischer, verharmlosender Begriff für ein >Pogrom.</p>	<p>Die deutschen Juden werden sofort verfolgt und schrittweise aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Das Regime kann auf eine vielfältig motivierte antisemitische Grundzustimmung zählen bei der Verdrängung der Juden (die sind auch Konkurrenten!) aus Wirtschaft und Kultur. Etappen sind: der Boycott jüdischer Geschäfte schon im April 1933; die Verdrängung von Juden aus dem Beamtenstand und den Hochschulen (dadurch werden plötzlich viele Planstellen für junge Leute frei!); die >„Nürnberger Gesetze“ 1935, die Juden rassistisch über die Religion (!) definieren, ihnen das Bürgerrecht und das der Ehe mit Nichtjuden nehmen. Organisierte Gewalt sind die >Novemberpogrome (zynisch genannt „Reichskristallnacht“) am 9. Nov. 1938, wo Synagogen und jüdische Geschäfte zerstört, ca. 30.000 Juden in >Konzentrationslager (KZ) gesperrt und viele ermordet werden. Juden werden gezwungen, ihren Besitz und Firmen sehr billig an Deutsche zu verkaufen (>„Arisierung“). Mit Beginn des Krieges geht das Regime dann zum organisierten Massenmord über, zuerst in Polen.</p>	<p><i>=Braucht es Mut, um 1933 an schimpfenden >SA-Männern vorbei in ein wohlbekanntes, jetzt boykottiertes jüdisches Geschäft zu gehen und einzukaufen?</i></p> <p><u>Nach 1945 war die schnelle Verdrängung der deutschen Juden aus der Öffentlichkeit ein Tabu-Thema</u>, oft auch in den Familien. Oft wurde dann behauptet, man habe davon nicht gewusst. Dabei wusste man, wenn ein Lehrer plötzlich nicht mehr unterrichten durfte – und das auch in der <u>HJ-Gruppe</u> begrüßt wurde.</p> <p><i>=Lektürevorschlag: >Ralph Giordano, Die Bertinis: Eine stark autobiographische Darstellung der Jugend eines Jungen aus jüdischer Familie in Hamburg vor und im Krieg.</i></p> <p><i>=Ist Antisemitismus im 20. Jhdt. nur ein deutsches Problem?</i></p>

65	<p>Das Ziel der NS-Außenpolitik 1933 bis 1939:</p> <p>„Großdeutschland“ und Kriegsvorbereitung</p> <p>GB setzt dagegen die >Appeasement- Politik („Beschwichtigung“) ... hier eklatant erfolglos!</p>	<p>„Großdeutschland“ und die Vorbereitung des Krieges sind die Ziele der Nazi-Diktatur: >Wiedereinführung der allg. Wehrpflicht, Aufrüstung, auch Ankurbelung des >Anschlusses Österreichs im März 1938, Besetzung der >Sudetengebiete zu Lasten der Tschechoslowakei; England und Frankreich stimmen diesen <u>Verstößen gegen Versailles</u> in der <u>Münchener Konferenz (29.9.1938)</u> zu – für GB und F ein Friedensabkommen, aber sie verraten einen Staat aus dem von ihnen 1919 gewollten >„Cordon Sanitaire“. Und trotz der Absprachen erpresst und besetzt Hitler im März 1939 die Rest-Tschechei. Er schließt ein Bündnis mit dem faschistischen <u>Italien unter Mussolini</u>.</p> <p>Gegenüber Polen fordert Hitler eine Landverbindung nach Ostpreußen und die Zustimmung zur Rückkehr des seit dem Versailler Vertrag neutralen >Danzig ins Reich.</p> <p>Im Mai 1939 erneuern F und Polen ihren Beistandspakt, darin erhaltene Zusagen löst F im August 1939 nicht ein. Polen steht im September 1939 ganz allein gegen D und die SU.</p>	<p>Wie hätten die Westmächte mit dem aggressiven Diktator umgehen sollen? Hitler mischt Friedensgesten (>Nichtangriffspakt mit Polen 1934, >Konkordat mit dem Papst, glanzvolle >Olympische Spiele 1936) mit klaren Rechtsbrüchen: >Dt. Truppen im Rheinland, Einführung der >allg. Wehrpflicht direkt nach der Olympiade, Anschluss Österreichs, Besetzung Tschechei. Die Appeasement-Politik von GB und F bestätigt den Diktator in seiner Meinung, dass die für ihn „schwachen“, „degenerierten“ westlichen Demokratien ihm dieses <u>Doppelspiel</u> weiter_durchgehen lassen werden.</p> <p><i>=Was hätten die westlichen Mächte tun sollen/können?</i></p> <p><i>=Gibt es aktuelle Beispiele für eine solche politische Doppelstrategie?</i></p>
66	<p><u>Beginnt der 2. Weltkrieg 1937 im Osten, in China?</u></p>	<p>Beginnt der 2. Weltkrieg 1937 in Ostasien? In <u>China</u> herrscht in den 1930er Jahren ein Bürgerkrieg zwischen einer bürgerlichen Regierung und den Kommunisten unter >Mao Zedong. <u>Japan</u> ist mit D verbunden, betreibt eine ähnliche Politik, besetzt 1931 die chinesische Mandchurei als Kolonie. Japan beginnt im Juli 1937 den (2.) Japanisch-chinesischen Krieg, erobert die Hauptstadt >Nanking und richtet dort ein grausames Massaker an. Die USA richten Handelssanktionen gegen Japan, rüsten auf und geben ihre <u>>isolationistische Politik</u> auf. Am 7.12.1941 zerstört Japan US-Schlachtschiffe in <u>>Pearl Harbour/Hawai</u>, die USA treten in den Weltkrieg ein.</p>	<p><u>Das mit Deutschland verbündete autoritäre und rohstoffarme > Kaiserreich Japan</u> will, vergleichbar der Nazi-Parole vom „<u>Lebensraum im Osten</u>“, in China ein Kolonialreich erobern, ein Konflikt mit den USA baut sich auf.</p> <p><i>=Inwiefern sind Japan und Deutschland in den 1930er Jahren vergleichbar?</i></p> <p><i>=Können diese Erfahrungen die aktuelle Politik Chinas lenken?</i></p>

<p>67</p>	<p>Hitler-Stalin-Pakt: Zwei an sich verfeindete Diktatoren teilen sich Polen – ein Schock in Europa</p> <p><u>Dt. Angriff auf Polen 1939</u></p> <p><u>Beginn des 2. Weltkriegs</u> in Europa</p>	<p>Der Hitler-Stalin-Pakt (Aug. 1939): Ein Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatz, in dem die Diktatoren sich <u>Polen aufteilen</u>, erlaubt Deutschland den Überraschungsangriff auf Polen am 1.9.1939, mit dem in Europa der <u>Zweite Weltkrieg</u> beginnt. Die UdSSR marschiert etwas später von Osten in Polen ein. <u>England und Deutschland erklärten Deutschland den Krieg, eröffnen aber keine Feindseligkeiten und lassen so das verbündete, schnell besiegte Polen allein.</u></p> <p>Hitlerdeutschland braucht keinen Zwei-Fronten-Krieg zu befürchten, und Stalin kann zusehen, wie sich die kapitalistischen Staaten gegenseitig schwächen – eine diplomatische Meisterleistung?</p>	<p><u>Das Abkommen der feindlichen Diktatoren zu Lasten Polens war eine böse Überraschung für die Westmächte wie die europäische Linke.</u> Durch Hitlers Angriff auf die SU 1941 wurde diese nur zwei Jahre später dennoch Bündnispartner der Alliierten gegen Nazi-Deutschland. Nach 1945 versuchte die SU diesen Pakt aus dem nationalen Bewusstsein zu verdrängen, wie auch das Massaker an polnischen Reserveoffizieren (>Katyn). Beide Diktatoren wollen die polnische Bildungsschicht dezimieren.</p> <p><i>=Der Pakt war ein Schock für die politische Linke in D und Europa – und für die Geschichtslehrer in der späteren DDR. Warum?</i></p>
<p>68</p>	<p>Blitzkriege Erstaunliche militärische Erfolge scheinen Hitler Recht zu geben, sie entmutigen den Widerstand in D, aber die Überdehnung der Kräfte zeichnet sich ab.</p> <p><u>„Russlandfeldzug“</u></p>	<p>In damals so genannten Blitzkriegen ist Deutschland anfangs erfolgreich, nach Polen besetzt D 1940 Dänemark und Norwegen, besiegt Holland, Belgien, Frankreich (Kapitulation 22.6.1940), wo eine Regierung unter >Pétain in >Vichy mit Deutschland >kollaboriert. GB steht in Europa allein. General de Gaulle organisiert von London aus auch den frz. Widerstand. Besetzt werden zusammen mit Italien Libyen, der Balkan und Griechenland, das von England unterstützt wird. Pläne einer Invasion in England gibt D auf, der Luftkrieg mit Angriffen auf zivile Ziele (>Coventry) ist erfolglos. Der „Russlandfeldzug“ ab Juni 1941 führt deutsche Truppen zu Winteranfang bis vor Moskau – aber sind damit die deutschen Kräfte schon überdehnt? Im Winter 1942/42 verliert D in der Niederlage von Stalingrad eine ganze Armee mit 250.000 Toten und Gefangenen – das ist der Wendepunkt.</p> <p>Im Dez. 1941 dt. Kriegserklärung an die USA – <u>im Bündnis mit Japan</u> nach dessen Angriff auf >Pearl Harbor. Die Kriege im europäischen Westen und in Ostasien führen zusammen zu einem wirklichen Weltkrieg.</p>	<p>Die militärischen Erfolge Hitlers sind erstaunlich, sie geben ihm in den Augen vieler Deutscher Recht.</p> <p><i>=Wie stellt sich im Herbst 1940 die Lage für die Briten dar?</i></p> <p>Ein erlaubter Vergleich?: Hitler und Napoleon wollen beide Europa beherrschen, können England als Insel nicht erobern, greifen R/die SU an und scheitern an der Größe des Raums.</p> <p><i>=Unter welchen Gesichtspunkten ist dieser Vergleich zulässig? Unter welchen nicht? Kann er Franzosen kränken?</i></p> <p><i>=Ist der Dezember 1941 der Wendepunkt des Krieges für D? Wer unter welchen Gesichtspunkten hätte das Ende 1941 in D erkennen können/wollen/dürfen?</i></p>

<p>69</p>	<p><u>Ausschwitz</u> steht als Begriff für die industrielle Vernichtung von Menschen als deutsche Schuld.</p> <p><u>Der 27. Januar ist der Holocaust-Gedenktag.</u></p>	<p>Der „Judenstern“ als öffentliche Kennzeichnung von Juden wird in D und in besetzten Gebieten am 1.9.1941 eingeführt und macht deren Ausstoßung aus der Gesellschaft und Verfolgung öffentlich. In der Wannseekonferenz (20.1.1942) wird die Ermordung der europäischen Juden beschlossen. Neben Konzentrationslagern (als oft tödliche Arbeitslager) werden für die industrielle Ermordung von Juden und Roma und Sinti vor allem in Polen Vernichtungslager betrieben.</p> <p>Ausschwitz steht für ein Arbeitslager (dt. Chemieindustrie, >I.G.Farben AG) wie auch für einen Ort sofortiger Vernichtung von nicht-Arbeitsfähigen. Dort sterben ca. 1,1 Mio. Menschen, vor allem durch ein Giftgas zur Schädlingsbekämpfung, das >Zyklon B von einer Hamburger Firma. Das KZ wird am <u>27.1.1945 von der Sowjetarmee befreit</u>. Dieser 27. Januar ist der internationale Gedenktag des Holocaust (von altgriechisch: „Verbrennung“) bzw. der Shoa, (hebr. „Großes Unglück“). Dem Massenmord in deutschem Namen fielen insgesamt etwa 6 Mio. europäische Menschen zum Opfer (neben Juden auch >Sinti und >Roma).</p>	<p><u>Die Vernichtung von Juden in Europa ist ein einzigartiger industrieller Genozid – der dritte, schrecklichste des Jahrhunderts?</u></p> <p>Das große Leugnen nach 1945: Die Hamburger konnten im Krieg vom Holocaust wissen! Die zu deportierenden Juden marschierten mit (wenig!) Gepäck öffentlich bewacht zu den Sammelpunkten (z.B. zur Moorweide in HH ab Oktober 1941). Der Besitz von >Deportierten wurde nach öffentlicher Ankündigung in Hamburg, gelegentlich sogar in deren verlassenen Wohnungen, formgerecht zugunsten der Hamburger Finanzverwaltung ersteigert und sauber abgerechnet. Die Wohnungen wurden sofort neu vermietet, oft an >„Ausgebombte“, die froh waren.</p> <p><i>=Wie kann man sich die Gespräche der neuen Mieter vorstellen, wenn sie die Schubladen der übernommenen Möbel aufziehen?</i></p>
<p>70</p>	<p><u>Deutscher Widerstand:</u> An zwei ganz verschiedene Personen sollten wir uns erinnern: <u>Schreiner Georg Elser</u> <u>Oberst Graf Stauffenberg</u> Eine Studentengruppe, vor allem in München: Die Weiße Rose</p>	<p>Der Widerstand gegen die Nazis in Deutschland kann das Nazi-Regime nicht gefährden. Es bewahrt erstaunlich lange die Zustimmung oder mindestens das disziplinierte Mitmachen der Bevölkerung, geschickte Propaganda und Gewalt (>Gestapo) isolieren kritische Gruppen. So die Studenten der >„Weißer Rose“ in München, sie verteilen Flugblätter, die Begründer sterben 1943 unter der Guillotine. Zwei Attentate waren fast erfolgreich: Ganz allein, viel zu wenig bekannt, handelte der Schreiner >Georg Elser mit einer Bombe gegen Hitler im November 1939 im Hofbräuhaus in München. Aussichtsreicher konnte ein Attentat aus dem Militär sein, durchgeführt am <u>20.7.1944 von >Claus Graf Stauffenberg</u>. Dessen Bombe im Hauptquartier verletzt Hitler nur leicht. Der Aufstand bricht schnell zusammen. Alle Widerständler müssen sterben.</p> <p><u>In allen von D besetzten Ländern gibt es politischen und militärischen Widerstand (Partisanen)</u>, der gnadenlos bekämpft wird. Allerdings gibt es freiwillig oder unter Druck auch Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern, dann oft bei der Verfolgung der Juden – was nach 1945 heftig gelehrt wird.</p>	<p><i>=Wie ist zu erklären, dass so viele Deutsche ohne aktiven Widerstand bis zum letzten Moment mitgemacht haben?</i></p> <p>Der Widerstand in isolierten Gruppen war wirkungslos. War die Diktatur zu perfekt? Hatten die, die von den deutschen Gräueltaten wussten, Angst vor der Rache der Sieger?</p> <p><i>=Entmutigte die alliierte Absprache von der >„Bedingungslose Kapitulation“ den Widerstand?</i></p> <p>Betroffen macht die relativ geringe Personalstärke der <u>Gestapo</u> im Vergleich zur <u>Stasi der DDR</u>. Noch lange nach 1945 galten Widerständler für manche Deutsche als Verräter.</p> <p><i>=Sind sie heute als Vorbilder bekannt und anerkannt?</i> <i>=Haben sie die Ehre Deutschlands gerettet?</i></p>

<p>71</p>	<p><u>Kapitulation am 8.5.1945</u></p> <p>Über 7 Mio. Deutsche haben ihre Leben verloren, viele Besitz und Heimat.</p> <p>Bedeutet dieser Tag eine Niederlage oder eine Befreiung?</p>	<p>Ab 1943 ist D überall auf dem Rückzug. In Russland (><u>Stalingrad</u>), mit der >alliierten Invasion am <u>6.6. 1944 in der Normandie (D-Day)</u>. Industrie, Verkehrswege und Städte werden durch Tag- und Nachtangriffe großer Bombergeschwader zerstört: von Hamburg (>Operation Gomorrha mit dem „Feuersturm“ im Juli 1943, ca. 34.000 Opfer) bis >Dresden im Februar 1945 mit ca. 24.000 Opfern. Der U-Bootkrieg gegen den alliierten Nachschub über den Atlantik bleibt auch angesichts des gewaltigen US-amerikanischen industriellen Potentials (Fertigstellung eines >Liberty-Frachters pro Tag) erfolglos.</p> <p>Dennoch leistet die dt. Kriegsindustrie durch rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Reserven Erstaunliches: Die Produktion von Panzern und Flugzeugen erreichte ihr Maximum im Juni 1944.</p> <p>Hitler und Goebbels begehen Selbstmord im von den Sowjets eroberten Berlin. <u>Kapitulation Deutschlands am 8.5.1945</u>; es wird vollständig besetzt. Japan kapituliert am 15.8.1945 nach Atombombenabwürfen auf ><u>Hiroshima</u> und ><u>Nagasaki</u> mit Hunderttausenden ziviler Opfer.</p> <p>Die Bilanz des Krieges ist bedrückend, er forderte 60-65 Mio. Opfer, viel mehr Zivilisten als Soldaten, davon wohl 23 Mio. Bürger der SU (davon 13 Mio. Soldaten), sie hat mit Abstand am meisten gelitten. D verlor über 5 Mio. Soldaten und über 2 Mio. Zivilisten.</p>	<p>Die der NS-Führung träumte bis zum Schluss von einem Zerfall des alliierten Bündnisses und davon, dass die Westmächte mit D zusammen gegen die SU würden ziehen wollen; USA, GB und SU hatten schon während des Krieges Absprachen zur Behandlung Deutschlands getroffen. Wichtig dabei: Die vollständige Besetzung von D und die Formel „Bedingungslose Kapitulation“. Diese Absprachen waren in D bekannt und haben evtl. ein längeres Weiterkämpfen bewirkt.</p> <p>Kein Krieg der Weltgeschichte hat mehr Opfer gefordert.</p> <p>Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8.5.1985 betont der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer großen Rede sein Wissen von den Leiden der Deutschen im Krieg, aber erklärt:</p> <p>„<u>Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.</u>“</p> <p>=<i>Dies war eine sehr belastenden Feststellung – für wen?</i></p>
<p>72</p>	<p>Die drei Siegermächte teilen D auf, sie nehmen F in ihren Kreis auf, Generäle übernehmen die Verwaltung</p> <p><u>Potsdamer Konferenz 1945:</u></p> <p><u>4 Zonen und 4 Sektoren</u></p>	<p>In der <u>Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945</u> regeln die Sieger USA (Roosevelt), SU (Stalin), GB (Churchill) endgültig die europäische Nachkriegsordnung. Deutschland ist kein Staat mehr und wird in vier von Militärs verwaltete <u>Besatzungszonen</u> aufgeteilt (Frankreich erhält den dt. Südwesten), Berlin liegt in der sowjetischen Zone und wird noch einmal in <u>4 Besatzungssektoren</u> geteilt. Preußen wird in mehrere Länder aufgeteilt, kleinere dt. Länder werden zusammengelegt. Einseitig übergibt die SU die <u>Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen</u> – und nimmt sich größere ostpolnische Gebiete. Vor und nach Kriegsende fliehen Millionen von Deutschen nach Westen oder werden vertrieben, viele verlieren dabei das Leben. Flucht und Vertreibung – ein ><u>Trauma</u> für Millionen.</p> <p>Deutsche Minderheiten außerhalb D gibt es nicht mehr – anders als nach 1918.</p> <p>Anders als 1918 ist es nun klar: D hat diesen Krieg verloren. Es ist kein Staat mehr, trägt große Schuld, ist geteilt, wird von Generälen verwaltet (vgl. Ziff. 55).</p>	<p>Die Alliierten haben die Besatzung Ds vorbereitet, sie sind auch vorbereitet auf Nazi-Widerstand aus dem Untergrund, der nicht kommt. Der „totale Krieg“, von Goebbels 1943 proklamiert, hat den Deutschen die totale Niederlage gebracht. In jeder Stadt gibt es Offiziere, die über die Deutschen und deren Verwaltung die Aufsicht führen. Preußen, der vorgebliche Musterstaat, wird zerlegt, mittelgroße Länder werden gebildet, die noch heute bestehen.</p> <p>Polen erlebt eine Westverschiebung. Polen verwaltet so etwa ein Viertel des alten deutschen Reiches. Stalin will so durch eine deutsch-polnische Feindschaft Polen an die SU binden. Viele Polen aus deren Ostgebieten werden in den deutschen Ostgebieten angesiedelt, sie sind auch Vertriebene.</p> <p>=<i>Wie können Menschen leben, was hoffen, wenn alles zu Ende scheint?</i></p>

<p>73</p>	<p><u>Wohnungsnot und Demontagen</u></p> <p>Hamsterfahrten: „<u>Perserteppiche im Kuhstall</u>“</p> <p>Keine „Stunde Null“: Die Startchancen in die neue Zeit waren sehr unterschiedlich.</p>	<p>Die wirtschaftliche Lage in D ist sehr schlecht, in den Städten sind viele Häuser zerstört (in HH 53 % des Wohnraums!), heimkehrende Soldaten und Flüchtlinge aus dem Osten haben keine Wohnung oder Arbeit, werden zwangsweise „einquartiert“, es fehlen Güter, das Geld ist entwertet, ><u>Schwarzmarkt</u>, ><u>Zigarettenwährung</u>, Städter fahren aufs Land und tauschen bei Bauern Wertsachen gegen Nahrungsmittel (>„<u>Hamsterfahrten</u>“). D soll keine Reparationen zahlen, aber die Siegermächte dürfen ><u>Demontagen von Industrieanlagen</u> als Ersatz für Zerstörungen im eigenen Land vornehmen, was die UdSSR besonders aktiv betreibt. Der Winter 1946/47 ist extrem kalt, Brennstoff fehlt, Kohlenzüge werden gestürmt. Es gibt auch Nahrungsmittelhilfe von privaten Hilfsorganisationen zur Verteilung an besonders Bedürftige, aus den USA (>CARE-Pakete, oft mit 40.000 Kalorien) oder aus neutralen Staaten, z.B. die >Schwedenspeisung für Kinder: ein guter Eintopf, für den die Mütter mit ihren Kindern weit gingen.</p>	<p><u>Durch die Demontagen wird die Arbeitslosigkeit in D weiter erhöht, es gibt Proteste in den Westzonen, dort werden die Demontagen bald eingestellt.</u> Die Aufnahme der Flüchtlinge ist oft unfreundlich (sie werden oft in einzelne Zimmer belegter Wohnungen zwangseinquartiert). Die Bauern haben meist wenig verloren, aber sie geben nun wenig Nahrung im Tausch für angebotene Wertsachen, was böses Blut machte. (>„<u>Perserteppich im Kuhstall</u>“). Deutlich wurde, wie verschieden die Deutschen vom Krieg betroffen waren. Viele hatten durch Bomben oder Vertreibung alles verloren, viele anderen hatten Haus und Hof und Möbel behalten.</p> <p><i>=Wäre eine Umverteilung von erhaltenem Besitz sinnvoll oder denkbar gewesen?</i></p>
<p>74</p>	<p>Reeducation:</p> <p>Die erklärten Ziele der Sieger nach Potsdam:</p> <p><u>„Entnazifizierung, Demokratisierung, Demilitarisierung“</u></p> <p>Ganz unterschiedlich angewandt... ... im Westen....</p>	<p>Die Besatzungsmächte regeln jeweils in ihren Zonen die <u>Entnazifizierung, Demokratisierung und Demilitarisierung</u>, viele Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt, die prominentesten überlebenden Naziführer (>Göring, >Hess, >Keitel, >Speer) werden als Hauptkriegsverbrecher in den ><u>Nürnberger Prozessen 1945/46</u> abgeurteilt, die meisten zum Tode. Alle <u>Erwachsenen</u> der amerikanischen Zone mussten einen >Fragebogen ausfüllen, >„Spruchkammern“ entschieden, ob sie öffentliche Ämter behalten durften. Zu Internierungen kamen „Belastete“ auf Zeit auch in ehemaligen KZs. Allerdings fanden viele NSDAP-Mitglieder Freunde, die sie entlasteten – mit Bescheinigungen, die man ironisch >„<u>Persilscheine</u>“ nannte. Die Westmächte lassen mit dem Ziel der <u>Demokratisierung</u> in ihren Zonen verschiedene politische Parteien (SPD, CDU, FDP) und unabhängige Medien zu (Rundfunk, z.B. NWDR, Zeitungen, z.B. 1946 in Hamburg „Die Welt“, die „ZEIT“) und kontrollieren diese. Sie setzen Ministerpräsidenten in den Ländern ein, Offiziere überwachen die Tätigkeit der deutschen Verwaltung.</p> <p>Die westlichen Alliierten begründen und überwachen ein liberales, pluralistisches Mehrparteiensystem, in dem alte Nazis nur bei voller Anpassung an demokratische Prinzipien überleben können. Diese Politik heißt „Reeducation“.</p> <p>Die Alliierten hatten anfangs ihren Soldaten jeden persönlichen Kontakt mit Deutschen, Männern wie Frauen, verboten. Dies war nicht durchzuhalten, Deutsche durften in die Soldatenclubs, sahen das entspannte Verhalten der Besatzer, mochten die Musik, Kinder bekamen Schokolade geschenkt. Diese Lebensweise war attraktiv.</p>	<p>Nürnberg, für die Nazis Stadt ihrer Parteitage, war ein symbolisch gewählter Ort für die Kriegsverbrecher-Prozesse. Der >Internationale Strafgerichtshof in Den Haag setzt seit 1988 den Anspruch von Nürnberg fort, er behandelt Verbrechen wie Völkermord.</p> <p>Viele Haftstrafen ehemaliger NS-Mitglieder wurden schon Ende der 1940er Jahre verkürzt. Viele haben sich als fachlich qualifizierte Beamte dem demokratischen System angepasst. Das Prinzip „Reeducation“ war recht erfolgreich. Für politische Ämter unter Kontrolle der Alliierten wurden in den Westzonen demokratische Politiker der Weimarer Zeit eingesetzt, so >Max Brauer als Erster Bürgermeister in Hamburg.</p> <p>Wichtig: Unabhängige kritische Zeitungen wurden zugelassen und beaufsichtigt, ein <u>Rundfunk</u> (z.B. der NWDR, dann >NDR) nach <u>Muster der >BBC</u>.</p> <p><i>=Wie konnten Beamte, die das Nazi-Reich getragen haben, zu Trägern der demokratischen Bundesrepublik werden?</i></p> <p><i>=Was wäre passiert, wenn man sie alle entlassen hätte?</i></p> <p><i>=War die US-Politik nach 2003 im >Irak erfolgreich?</i></p>

<p>75</p>	<p>... und im Osten: Eine <u>Einheitspartei</u> wird durchgesetzt:</p> <p><u>Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)</u></p> <p>20 Jahre an der Macht: <u>Walter Ulbricht</u></p>	<p>Nach Berlin entsendet Stalin schon Ende April 1945 – unter Leitung des kommunistischen Funktionärs <u>Walter Ulbricht</u> – eine Gruppe, die in der <u>sowjetischen Besatzungszone (SBZ)</u> die KPD wieder aufbauen soll mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats, d.h. eine Diktatur im Sinne Stalins (>Stalinismus). Die im Volk viel stärkere SPD wird im April 1946 zur Vereinigung mit der KPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) gezwungen, die Parteizeitung >„<u>Neues Deutschland</u>“ wird gegründet und die SPD-Vertreter werden schnell an die Wand gedrückt. Das Schulwesen wird umgebaut und erhält sowjetische Inhalte. Über die anfangs offene Zonengrenze nach Westen und in die Berliner Westsektoren beginnt eine Fluchtbewegung.</p> <p><u>Ulbricht</u> wird nach Gründung der DDR bis 1971 <u>Chef der SED</u>, zuletzt auch <u>Vorsitzender des Staatsrates der DDR</u>.</p>	<p><u>Stalin hat, entsprechend dem Oktober 1917, die Umgestaltung der eigenen Zone schnell und radikal durchgesetzt</u>, mit Druck und Tricks – so erhielt z.B. die SPD kaum Papier für Wahlwerbung. Die <u>Entnazifizierung</u> ist für die Sowjets ein Hebel zum Umbau der Gesellschaft, Großgrundbesitzer und „Kapitalisten“ werden pauschal als „Faschisten“ enteignet. Sehr viel mehr Menschen werden aus dem öffentlichen Dienst als Nazis entlassen, auch wenn sie nur die SU kritisieren. Die SED erklärte die sozialistische „Volksdemokratie“ zu der wirklichen Demokratie, als Einheitspartei führt sie die Arbeiterklasse, also „das Volk“. Die Diktatur ist notwendig gegen ihre Feinde.</p> <p>=Was kann in dieser Lage ein Mitglied der SPD tun?</p>
<p>76</p>	<p><u>Polen, Teil des Ostblocks</u></p> <p>... wird nach Westen verschoben und sowjetisch.</p> <p>Churchill: „<u>Eiserner Vorhang</u>“</p>	<p>Für die Freiheit Polens waren die Westmächte 1939 in den Krieg eingetreten, 1945 wird das Land, nach 6 Millionen Todesopfern durch Krieg und dt. Besatzung, von der SU besetzt und eine kommunistische Regierung (>Lubliner Komitee) eingesetzt. Die vor 1939 noch demokratisch gewählte Londoner >Exilregierung ist chancenlos. Freie Wahlen gibt es in Polen nicht mehr. Kommunistische Parteien beherrschen schrittweise, gestützt auf die sowjetische Armee, auch die anderen osteuropäischen Staaten. Ein Ostblock entsteht in Europa.</p> <p>Im April 1946 erklärt >Churchill, dass man nicht mehr erkennen könne, was im Machtbereich der SU vorgehe, hinter einem >„Eisernen Vorhang“. Hier prägt er einen noch heute vielbenutzten Begriff für eine undurchlässige Grenze.</p>	<p>Der >„Kalte Krieg“, der die Weltpolitik bis in die 1980er Jahre beherrscht, kündigt sich an (Ziff. 84). Die SU schafft sich eine Linie von Satellitenstaaten von den Baltischen Republiken bis nach Bulgarien, die erst 1989/90 wieder ihre Selbstbestimmung erhalten.</p> <p>Der Begriff „Eiserner Vorhang“, den alle >Theater als Feuerschutz haben, teilt Europa und bestimmt den <u>Ost-West-Konflikt</u> in der Europäischen Politik bis 1990.</p> <p>=Warum war es nach 1945 so viel leichter als heute, eine Diktatur zu errichten und abzuschirmen?</p>

77	<p>Ein US-Plan zur Förderung von Investitionen kurbelt die eigene Wirtschaft und die in Europa an:</p> <p>Der Marshallplan löst in D das Wirtschaftswunder aus.</p> <p>Grundlage hierfür 1944: Bretton Woods, eine neue Währungsordnung</p>	<p>Der >Marshallplan mit 12,4 Mrd US \$ wird von dem Außenminister der USA 1948 für den Wiederaufbau in Europa zugesagt, aus Sorge vor möglichen politischen Unruhen oder kommunistischen Tendenzen, auch als wichtiger Nachfrageschub für die eigene Industrie durch Lieferungen nach Europa. Die drei dt. Westzonen erhalten 1,4 Mrd. an Waren und Krediten. Volkswirtschaftlich war es >„deficit spending“ nach >Keynes. Diese Summe treibt ökonomisch und psychologisch den Aufschwung an, sichert die Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Systems auch in den Westzonen und trägt bei zu dem deutschen >„Wirtschaftswunder“, mit dem ein schneller Wiederaufbau der Städte und der Industrie gelingt.</p> <p>Die osteuropäischen Länder und die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) müssen die Teilnahme ablehnen.</p> <p>Mit dem Marschall-Plan und mit der Einführung der D-Mark endet die noch im Potsdamer Protokoll vorgesehene wirtschaftliche Einheit Deutschlands – in der SBZ gehen die Reparationsleistungen und Demontagen weiter.</p>	<p>Der auf die westl. Zonen entfallende Betrag entsprach kaufkraftvergleichen nur etwa den Summen, die nach 1990 pro Jahr in die ehemalige DDR flossen.</p> <p>=War der Marshall-Plan ein Geschenk der USA?</p> <p>Mit dem viel zu wenig beachteten Abkommen von >Bretton Woods 1944 hatten die USA eine völlig neue Währungsordnung geschaffen, in der 1 Unze Gold 35 US\$ entsprach – das galt bis 1971 (>Vietnam-Krieg). Damit wird der US-Dollar >Weltreservewährung, was den USA lange >Leistungsbilanzdefizite erlaubte.</p> <p>=Werden die Westzonen radikal anders behandelt als D nach 1918? Warum? Auf welchen Feldern?</p> <p>=Warum erlaubt die SU den Ostblockländern nicht die Teilnahme am Marshall-Plan?</p>
78	<p>Die D-Mark in „Trizonesien“</p> <p>Dieses neue, wertvolle Geld macht optimistisch, motiviert zur Arbeit und erlaubt endlich Konsum.</p> <p>Ludwig Erhard und die „Soziale Marktwirtschaft“</p>	<p>„Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“ (>Schlager 1948/ >YouTube): 1948 fassen die Westalliierten wirtschaftlich ihre Besatzungszonen zur „Trizone“ zusammen. Am 20.6.1948 wird überraschend in einer Währungsreform die wertlose Reichsmark umgetauscht in eine „Mark deutscher Länder“, bald D-Mark genannt. Jeder Deutsche erhält an diesem Tag 40 DM – und dafür lang ersehnte Waren, die plötzlich reichlich in den Läden sind; eine dramatisch positive Erfahrung.</p> <p>Ludwig Erhard, Volkswirtschaft-Professor (sein beruhigendes Markenzeichen war eine dicke Zigarre) gilt als Vater der D-Mark, er führt das für Westdeutschland wichtige Leitbild der >Sozialen Marktwirtschaft ein, die liberale Marktwirtschaft und sozialen Ausgleich ohne direkte staatliche Eingriffe durch Gesetze verbinden kann – als Mittelweg zwischen dem Zentralverwaltungs-Sozialismus im Osten und einer unregelmäßig freien Marktwirtschaft, in der Arbeitnehmer leicht den Kürzeren ziehen. Diese stärken Sozialgesetze und Betriebsräte und starke Gewerkschaften mit Verhandlungsmacht.</p>	<p>Sind 1948 alle West-Deutschen gleich? Sicher nicht, die Flüchtlinge und die Ausgebombten hatten meist alles verloren. Wessen Haus oder Fabrik im Westen zufällig heil geblieben war oder wer Aktien besaß, hatte mehr. Deshalb wurde ab 1952 ein >Lastenausgleich durchgeführt durch eine Zwangsabgabe über 30 Jahre an Kriegsgeschädigte. Sicher ist: Die Einführung der D-Mark wurde als unvermeidlich empfunden – aber sie <u>war seitens des Westens formal ein Bruch des Potsdamer Abkommens</u> und zementierte die Teilung.</p> <p>=Kann die Soziale Marktwirtschaft einen Mittelweg zwischen Marktliberalismus und sozialistischer Wirtschaft darstellen?</p> <p>Wie kann dieser Ausgleich erreicht werden?</p>

79	<p><u>Die Luftbrücke</u> und die Berliner Blockade</p> <p>Sie bringt den Westalliierten Sympathie und Anerkennung in der „Frontstadt Berlin“.</p>	<p>Die alliierte Luftbrücke (Juni 1948 – 12.5.1949) war die unerwartete westliche Reaktion auf die Berliner Blockade, die plötzliche Sperrung der Landwege nach Westberlin durch die sowjetische Zone (SBZ) als Reaktion auf die <u>Einführung der D-Mark auch in Westberlin</u>. Fast ein Jahr lang werden 2,2 Mio. Westberliner von amerikanischen und englischen Transportflugzeugen („Rosinenbomber“) versorgt – sogar mit Kohle für die Kraftwerke. Angebote zur Übersiedlung in den Ostsektor oder die SBZ nehmen die Berliner trotz Leidens unter Hunger und Kälte nicht an. Das entwickelt den Mythos der tapferen „Frontstadt Berlin“.</p>	<p>Diese imponierende Transport- und Organisationsleistung schafft in den Westzonen und vor allem in Berlin eine ganz neue Sympathie für die westlichen Besatzungsmächte, schweißt die Westberliner Bevölkerung zusammen. Die Blockade wird zu einer Niederlage der SU, politisch, psychologisch wie wirtschaftlich für deren Besatzungszone, so dass die SU aufgibt. <u>Für die USA ist dies ein enormer technischer und moralischer Prestigegewinn in D, aus den Besatzern werden Freunde.</u></p>
80	<p><u>23.5.1949</u></p> <p><u>Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD)</u></p> <p>in den drei westlichen Zonen</p> <p>Erste Kanzler: Konrad Adenauer (CDU)</p>	<p>1948 haben die Westalliierten den unterdes gewählten Länderparlamenten der Trizone den Auftrag gegeben, einen <u>Parlamentarischen Rat</u> zu besetzen, der die Verfassung einer demokratischen westdeutschen Bundesrepublik verfassen sollte. Mit Genehmigung der Militärgouverneure und Zustimmung durch die Bundesländer wird das Grundgesetz (GG) am <u>23.5.1949</u> verkündet, die Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit der <u>Hauptstadt Bonn</u> gegründet.</p> <p>>Konrad Adenauer (CDU) wird erster Bundeskanzler (bis 1963) und betreibt die ><u>Westintegration</u> der Westzonen. Der neue Staat ist nicht >souverän, die westlichen Alliierten behalten Aufsichtsrechte bis 1955 und Stationierungsrechte für ihre Truppen bis 1968, in Berlin bis 1990.</p> <p>Das Grundgesetz (GG) will in Erwartung einer Wiedervereinigung keine endgültige Verfassung sein (>Präambel GG). Auch Bonn als Hauptstadt soll Provisorium sein. So nennt man die SPD-Bundeszentrale in Bonn bis 1990 „die Baracke“ – auch nach dem Bezug eines Neubaus. Bonn wird auch aus militärischen Gründen Hauptstadt. Angesichts der Sorge vor einem sowjetischen Angriff schien eine Hauptstadt hinter dem Rhein sicherer.</p> <p>Die ersten 19 Artikel des GG sind ein Grundrechtskatalog, der die folgenden Regeln für Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung direkt bindet. Art. 20 legt durch <u>keinerlei Mehrheit veränderbare Verfassungsgrundrechte</u> fest: Den demokratischen und sozialen Bundesstaat, die Gewaltenteilung, ein persönliches Widerstandsrecht gegen Kräfte, die diese Ordnung umstürzen wollen.</p> <p>Ludwig Ehrhard entwirft die Wirtschaftsordnung der BRD im Sinne der >„Sozialen Marktwirtschaft“, deren Grundprinzipien auch das GG festschreibt (Art. 14 u. 15): Privateigentum ist geschützt, aber es bedeutet eine soziale Verpflichtung. Das „muskulöse“ GG lernt aus den bösen Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung (Ziff. 52 u. 62, 63)</p>	<p><u>Die Westmächte haben die Gründung der BRD</u> durchaus überwacht, behielten ihre <u>Besatzungsrechte</u>, Berlin gehörte nicht zur BRD, somit war die neue Republik auch nicht souverän. Das war für die Westdeutschen nicht unbequem: Sie konnten Geld verdienen, ohne weltpolitische Verantwortung oder Kosten zu übernehmen. 1990 wurde D erwachsen.</p> <p>In der >Präambel des GG wird betont, das deutsche Volk wolle „seine nationale und staatliche Einheit wahren“ und „in einem vereinten Europa dem Frieden dienen“. Adenauer hat immer den Willen zur Wiedervereinigung betont (Bonn als Provisorium), wirtschaftlich die Verbindung zu den westlichen Marktwirtschaften entwickelt und politisch ab 1950 – anfangs eher geheim – den Aufbau einer westdeutschen Armee vorbereitet (>Amt Blank).</p> <p>Außenpolitisch beansprucht die BRD bis 1969, ganz Deutschland zu vertreten. ><u>Hallstein-Doktrin</u> (Ziff. 89).</p> <p><i>=Konnte diese Politik in der Realität der damaligen Zeit zu einer Wiedervereinigung führen?</i></p> <p><i>=Unter welchen Bedingungen konnte bei dieser Politik eine Wiedervereinigung eintreten?</i></p> <p><i>=Die SPD kritisierte die starke Westorientierung der CDU. Welche Handlungsalternativen hatte sie? Wie attraktiv waren diese in der damaligen Innenpolitik?</i></p>

<p>81</p>	<p>Auch in der SBZ wird am 7.10.1949 ein neuer Staat gegründet, die <u>Deutsche Demokratische Republik (DDR)</u></p> <p>... Jahrzehntlang wurde die DDR vom Westen als Staat nicht anerkannt und weiter SBZ genannt.</p> <p>DDR erkennt die Oder-Neiße-Grenze 1950 an</p>	<p>In der SBZ findet zeitparallel unter Aufsicht der >Sowjetischen Militäradministration (SMAD) Vergleichbares statt: Über eine Einheitsliste – geführt von der SED – wird ein <u>Volkskongress</u> gewählt, der eine Verfassung annimmt für eine Deutsche Demokratische Republik – DDR, die am <u>7.10.1949</u> mit der Hauptstadt in (Ost-) Berlin gegründet wird. Ziel der DDR ist ein demokratisches, das heißt hier sozialistisches Gesamtdeutschland. Erster Ministerpräsident wird Otto Grotewohl (SED, in der Weimarer Zeit >USPD und SPD), >Walter Ulbricht ist Generalsekretär des Zentralkomitees des SED, die machtvollste Person der DDR. 1950 werden alle Parteien (so z.B. auch die Ost-CDU) zur „Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus“ verpflichtet und als „<u>Blockparteien</u>“ (ironisch: „Blockflöten“) zur „Einheitsliste der Nationalen Front“ zusammengeschlossen. Diese erhält – nach offizieller Zählung bei der Volkskammerwahl 1950 – 99,3 % der Stimmen.</p> <p>Am 23.6.1948 wurde in der SBZ eine <u>eigene Währung</u> eingeführt, die spätere Mark der DDR. Die wirtschaftliche Lage blieb kritisch, durch fortgesetzte umfangreiche >Demontagen. Später wurden große Fabriken als >SAG (Sowjetische Aktiengesellschaften) zugunsten der SU enteignet und betrieben.</p> <p>Die DDR erkennt 1950 in einem Vertrag mit Polen die >Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze an, was in der BRD scharf kritisiert wird.</p>	<p>In den beiden deutschen Staaten wird der Begriff „demokratisch“ sehr verschieden verstanden: Für die BRD mit verschiedenen Parteien und einem gesellschaftlichen >Pluralismus, also der Anerkennung der Existenzberechtigung verschiedener Interessengruppen in der Gesellschaft – und für die DDR im Sinne eines einheitlichen sozialistischen Volkswillens, den die SED als Partei der progressiven Arbeiterklasse im Sinne von Marx' Lehre erkennt, vertritt und in der Form <u>der Diktatur des Proletariats</u> durchsetzt. <u>40 Jahre lang bestimmt der Streit um den Demokratiebegriff die deutsche Politik.</u> Sehr lange erkennt die BRD die DDR als Staat nicht an, genannt wird sie weiter SBZ, oder kurz die „Zone“.</p> <p><i>=Wie wird aus Sicht der DDR die westdeutsche „Soziale Marktwirtschaft“ bewertet?</i></p> <p>Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze leistet die BRD konfliktreich erst 1970 unter Willy Brandt (vgl. Ziff. 89).</p>
<p>82</p>	<p>Zwei deutsche Staaten, zwei Nationalhymnen:</p> <p><u>BRD:</u></p> <p>„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“</p> <p>DDR: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“</p>	<p>Die beiden deutschen Staaten haben auch zwei deutsche <u>Nationalhymnen:</u></p> <p>BRD: >„<u>Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland</u>“, die dritte Strophe des Deutschlandliedes (>Hoffmann von Fallersleben 1842) die erste Strophe war mit „Deutschland, Deutschland über alles“ nationalistisch missbraucht worden, wünschte aber ursprünglich eine rechtsstaatliche deutsche Einheit gegen die Kleinstaaterei. (Ziff. 38)</p> <p>DDR: >„<u>Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt</u>“ (Text: Johannes R. Becher, Musik: Hanns Eisler, 1949) wünscht auch ein einiges Deutschland, aber eines, das „des Volkes Feind“ schlägt. Text und Rhythmus fordern deutlicher von dem Singenden politisches Handeln. Als die DDR 1974 in ihrer 3. Verfassung (>Verfassungen der DDR) den gesamtdeutschen Anspruch aufgibt und nur noch ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ sein wollte, wird der Text nicht mehr gesungen, sondern nur noch konzertant geboten.</p>	<p>Man sollte beide Hymnen anhören.</p> <p><i>=In welcher Weise passen Melodie und Texte zur realen Gegenwart und den Zukunftswünschen des jeweiligen deutschen (Teil-)Staates und dessen politischem System?</i></p> <p>Viele Nationalhymnen anderer Staaten sind erkennbar Marschlieder aus kriegerischen Zeiten (vgl. die >Marseillaise).</p> <p><i>=Sind die beiden deutschen Hymnen als Marschlieder geeignet?</i></p> <p><i>=Bei welchen Gelegenheiten singt man die Nationalhymne?</i></p>

83	<p><u>Aufstand des 17. Juni 1953</u></p> <p>... der 17. Juni ist in der BRD bis 1989 Nationalfeiertag.</p>	<p>Am 17. Juni 1953 gibt es einen <u>Aufstand in der DDR</u> (SBZ in damaliger westlicher Sprachregelung); anfangs revoltieren am 12. Juni die Bauarbeiter, die in Ostberlin die >Stalin-Allee (heute Frankfurter Allee) als sozialistische Prachtstraße bauen und denen man die >Arbeitsnormen, die zu erbringende Arbeitsleistung, einseitig erhöht hat. Streiks, Demonstrationen und Besetzungen offizieller Gebäude der SED und des Staates breiten sich spontan auf viele Städte aus. Die SU ruft am 17. Juni das Kriegsrecht aus, sowjetische Panzer schlagen die Unruhen nieder (39 Tote, davon 34 Demonstranten 5 DDR-Sicherheitspersonen). Die Fluchtbewegung aus der DDR über die offene Grenze in Berlin (>Viermächte-Status) verstärkt sich.</p> <p>In der BRD wird der 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ bis 1989 Nationalfeiertag, ab 1990 unter demselben Namen ersetzt durch den 3. Oktober.</p>	<p>Der 17. Juni wird für die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der DDR und damit für die SU (>Stalin ist am 5.3.1953 im Amt verstorben) ein Krisenzeichen. Der Wettbewerb mit einem florierenden marktwirtschaftlichen zweiten deutschen Staat bei einer offenen Grenze ist für die DDR nicht zu gewinnen.</p> <p>=Konnte der 17. Juni der Beginn einer Revolution darstellen?</p> <p>=Der 17. Juni 1953 und danach der 3. Oktober 1990 waren Nationalfeiertage unter demselben Namen (Tag der deutschen Einheit) – wie kann das sinnvoll sein?</p>
84	<p>Die hochgerüsteten Bündnisse des „Kalten Krieges“:</p> <p><u>NATO</u></p> <p>und</p> <p><u>Warschauer Pakt</u> (aufgelöst 1991)</p>	<p>Angesichts einer Bedrohung durch die SU (so der Bürgerkrieg 1946-1949 in >Griechenland) erklären die USA 1947 die >Truman-Doktrin, unter Führung der USA 1949 schließen sich zwölf Länder zur >NATO (North Atlantic Treaty Organization) zusammen, darunter GB und F als Atomkräfte. Die BRD baut die >Bundeswehr auf und tritt 1955 der NATO bei. Die SPD ist gegen die Wiederbewaffnung. Die DDR baut zeitgleich die Nationale Volksarmee auf.</p> <p>Die SU baut mit dem Warschauer Pakt ihr Bündnissystem aus – mit den (von kommunistischen Einheitspartien gelenkten!) osteuropäischen Staaten. Die DDR baut die Nationale Volksarmee auf und tritt bei. Ein „politisches Schutzversprechen“ erlaubt der SU, bei Volksaufständen, so in der DDR (1953), in <u>Ungarn (1956)</u>, in der <u>Tschechoslowakei (1968)</u> einzugreifen und die jeweilige kommunistische Partei an der Macht zu halten (offiziell erklärt durch die >Breschnjew-Doktrin 1968).</p> <p>Hochgerüstet stehen sich die beiden Blöcke gegenüber. Aber: Der Kalte Krieg wird in Europa nicht heiß. Die Linie des „<u>Eisernen Vorhangs</u>“ war für beide Seiten unantastbar. Die Angst vor der anderen Seite stabilisierte die Pakte.</p>	<p>Die beiden Doktrinen machten das Verhalten der <u>Mächte berechenbar</u>, sie sicherten den >Status Quo in Europa. Aber: Das System bleibt nur sicher, wenn beide Seiten sich rational verhalten.</p> <p>Die Frontlinie des „Kalten Krieges“ führte mitten durch <u>Deutschland</u>, ein „heißer“, dann sicher auch atomarer Krieg hätte D wohl zum Schlachtfeld und für Jahrhunderte unbewohnbar gemacht. Erstaunlich: Die Bedrohung war so abstrakt, dass sie von den Menschen weitgehend verdrängt wurde.</p> <p>=Unter welchen Bedingungen sichert der Irrsinn eines möglichen Atomkrieges den Frieden?</p> <p>(Immer war da auch die <u>Sorge vor dem Fehler, dem Missverständnis</u>: so einmal das Radarecho des Mondes, das anfliegenden Raketen ähnelte...)</p>

<p>85</p>	<p>Nach zwei schlimmen Kriegen beginnt 1957 der Einstieg in ein vereintes, friedliches Europa:</p> <p><u>Die Römischen Verträge</u></p> <p>1957 wird die EWG gegründet und wird in 40 Jahren schrittweise über die EG (Europäischer Gemeinschaft) zur EU (Europäische Union)</p>	<p>Die Römischen Verträge begründen 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit 6 Mitgliedern (Italien, F, BRD, Benelux) als erster Schritt zu EU. Ein langjähriger Traum von einer europäischen Friedensgemeinschaft wird aufgenommen (>Churchill). Der Gedanke: Gemeinsame Industrien schaffen Wohlstand, machen Kriege undenkbar, weil alle Seiten gemeinsame Interessen haben und kaum noch Geheimnisse voreinander. In diesem Sinne ist die >Montanunion (1951) eine Vorläuferorganisation für die Schwerindustrie. Wichtig für die EWG sind die Bereiche Landwirtschaft (bes. für F, anfangs 50 % des EWG-Budgets!) und Industrie (bes. für die BRD).</p> <p>Ebenfalls 1957 wird als konkurrierende reine Freihandelszone die >EFTA gegründet: mit GB und nordeuropäischen Staaten.</p> <p>Eine historische Konstante: Die distanzierte Haltung von GB gegenüber europäischen politischen Integrationsplänen mit Beitritt (1973) und Austritt (>Brexit-Prozess 2016 – bis zum endgültigen Austritt 2020).</p>	<p>Die sechs Staaten entsprechen weitgehend dem Reich von Karl d. Großen von 800 n.</p> <p>=Eine historische Kontinuität? Ein Zufall?</p> <p>Das besondere Verhältnis von BRD und F auf der Grundlage dieses Interessenausgleichs zeigt sich bereits hier, unterstützt von einem guten Verhältnis von >Adenauer und >Charles de Gaulle (frz. Präsident ab 1959), der sich in Europa ein Gegengewicht zu den sehr dominanten USA wünscht. Zur dt.-frz. Freundschaft: >Elysée-Vertrag 1963, eine erstaunliche Entwicklung nach 150 Jahren >„Erbfeindschaft“. Sehr wirksam das >Deutsch-französische Jugendwerk.</p> <p>=Warum nacheinander drei Namen für die Gemeinschaft: EWG, EG, EU?</p>
<p>86</p>	<p>Um 1960 werden viele Kolonien selbständig.</p> <p>Die <u>UNO (United Nations Organization)</u> verdoppelt ihre Mitgliederzahl, die alten Kolonialreiche enden – aber die alten Kolonialmächte behalten manche Vorrechte.</p>	<p>Die <u>UNO (United Nations Organization)</u> wurde 1945 in Nachfolge des wenig erfolgreichen Völkerbundes als amerikanische Initiative mit 50 Mitgliedsstaaten und Sitz in New York gegründet. Ihr Auftrag: Den Frieden in der Welt erhalten. Nach ihren Statuten spiegelt die UNO die Machtverhältnisse von 1945 wider: Die 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sind die Sieger von 1945 (US, GB, F, SU, China), jede dieser Mächte kann mit ihrem >Vetorecht sie störende Beschlüsse verhindern. Zehn weitere Länder im Sicherheitsrat ohne Veto wechseln zweijährig. Die UNO hat die Auflösung der alten Kolonialreiche gefördert. Von 1957 bis 1968 gewann die UNO allein in Afrika 37 neue, unabhängige ehemalige Kolonien als Mitglieder. Sie hat jetzt über 190 Mitglieder. Die UNO kann >Blauhelme für Friedenseinsätze entsenden.</p>	<p>Die Zeit um 1960 markiert das Ende der großen Kolonialmächte GB und F und das Wachsen der UNO.</p> <p><u>Der UNO-Sicherheitsrat mit den fünf ständigen Vetomächten ist bis heute nicht reformierbar</u>. Seit dem Beginn des >Kalten Krieges lähmt dieses Vetorecht Friedensaktionen, wenn einzelne Veto-Mächte eigene, gelegentlich recht unfriedliche Ziele verfolgen. Die Generalversammlung aller Mitglieder kann Resolutionen beschließen, die jedoch, anders als die des Sicherheitsrates, nicht verbindlich sind.</p> <p>=Gibt es aktuelle Beispiele für Blockaden im Sicherheitsrat, die auf machtpolitischen Zielen einzelner Mächte beruhen?</p> <p>=Welche >UN-Blauhelmeinsätze laufen gegenwärtig?</p>

87	<p>Die <u>Berliner Mauer</u> 1961</p> <p>... auf der westlichen Grenze des sowjet. Sektors von Berlin. Das letzte Loch im Eisernen Vorhangs wird geschlossen.</p>	<p>Der Bau der <u>Berliner Mauer</u>, der <u>13.8.1961</u> begann, war länger geplant, aber für die Menschen in Ost und West absolut überraschend – und für die DDR unvermeidlich.</p> <p><u>Zwischen 1949 und 1961 flohen 2,6 Mio. Menschen aus der DDR, waren meist jünger und gut ausgebildet.</u> Gründe waren die >Kollektivierung der Landwirtschaft, die >Verstaatlichungen von Betrieben, Warenknappheit, die geringe Meinungsfreiheit. Allein am 12.8.1961, dem Tag vor dem Mauerbau, flohen 3.190 Personen nach Westberlin. Dieser Aderlass ist für die DDR nicht aushaltbar. Mit Zustimmung der SU und unter Bruch von Regelungen von 1945 baut die DDR in wenigen Tagen durch Berlin eine Mauer, einen „antifaschistischer Schutzwall“ auf der Grenze zwischen den drei Westberliner Sektoren und ihrem Ost-Sektor, genannt „demokratisches Berlin/Hauptstadt der DDR“ (DDR-Sprachgebrauch). Zuvor war die Flucht aus der DDR in Berlin leicht, man fuhr unkontrolliert mit der S-Bahn von Ost- nach Westberlin. Die ehemalige Zonengrenze zwischen BRD und DDR dagegen war schon seit 1949 sehr gesichert. Die Kontrollrechte der westlichen Alliierten waren nicht betroffen.</p>	<p>Die DDR hatte mit dem Mauerbau den offenen <u>Systemwettstreit zwischen >Marktwirtschaft und >Zentralverwaltungswirtschaft</u> oder auch >Kapitalismus und >Sozialismus verloren gegeben, sie rechtfertigt die Mauer mit <u>westlicher Abwerbung und Sabotage</u>. Aus westlicher Sicht war die Mauer eine politische >Bankrotterklärung. Die westlichen Alliierten griffen nicht ein, da deren Rechte nicht eingeschränkt wurden. Bis 1989, dem Jahr des >„Mauerfalls“, wurden vermutlich 140 Flüchtlinge an der Mauer erschossen, im Westen >„Maueropfer“ genannt.</p> <p><i>=Heute in Berlin zu besichtigen und abzulaufen: Die Linie der Mauer, die eine Stadt zerschnitt, ist in das heutige Straßenpflaster eingelegt.</i></p> <p><i>=Welche Gründe für oder gegen den Bau der Mauer wurden vermutlich in der DDR-Führung diskutiert? Gab es Alternativen?</i></p>
88	<p>Eine Jahreszahl steht für eine „<u>Kulturrevolution</u>“ in vielen westlichen Ländern:</p> <p>„<u>1968</u>“ – eine weltweite <u>Studentenbewegung</u></p>	<p>>„<u>Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren</u>“ – ein aufmüpfiges Banner, bei einer offiziellen akademischen Feier in Hamburg 1967 präsentiert – steht für die westdt. Studentenbewegung ab 1967. Ausgehend vom <u>Widerstand gegen den Vietnamkrieg</u> ab 1964 in den USA (>Jimi Hendrix: >National Anthem/ >YouTube) entwickelt sich in Europa eine kritische Studentenbewegung für Reformen im Bildungswesen und in der Gesellschaft, die das politische Leben <u>insgesamt demokratisieren</u> will. In der BRD geht es zusätzlich um den kritischen Umgang mit dem Erbe der NS-Zeit, mit den Judenverfolgungen, erweitert um sozialistische, antikapitalistische Kritik am System BRD, oft auch mit einem positiveren Blick auf die DDR als alternatives Modell.</p> <p>Die DDR hat die Bewegung verdeckt im Westen gefördert – aber vergleichbare kritische Ansätze und Menschen im eigenen Lande unterbunden.</p>	<p>„1968“ ist ein Kürzel für einen tiefgreifenden <u>kulturellen Wandel in der BRD und weltweit</u>. Der Begriff „Achtundsechziger“ bezeichnet eine Generation (soziologisch eine >Kohorte), einflussreich in vielen gesellschaftlichen Bereichen (>„Der Marsch durch die Institutionen“). Traditionelle soziale und moralische Normen verlieren an Gewicht, die Gleichberechtigung von Frauen kommt voran, neue Formen von Mitbestimmung und Protest werden akzeptiert, das Bildungswesen wird reformiert. Eine Gruppe von Aktivisten entwickelte sich zu <u>Terroristen</u>, Stichworte >RAF-Morde, >Heißer Herbst 77.</p> <p><i>=Idee für eine kleine Befragung: Was hat „1968“ für Dich/Sie und für D gebracht?</i></p>

<p>89</p>	<p>Nach „1968“: Kanzler Willy Brandt (SPD) führt eine neue Mehrheit:</p> <p>Neue Ostpolitik:</p> <p>Verständigung mit den östlichen Nachbarn</p>	<p>Willy Brandt war 1969–1974 Bundeskanzler einer neuen sozialliberalen Koalition (SPD u. FDP). Eine neue Mehrheit im Bundestag vertrat jüngere, weniger traditionsbestimmte Jahrgänge. Seine Devise: „Mehr Demokratie wagen“ stützte sich auch auf die 68er Bewegung.</p> <p>Die „Neue Ostpolitik“ von Brandt betreibt die Anerkennung der DDR als Staat und Kontakte auf vielen Ebenen mit dem umstrittenen Ziel „Wandel durch Annäherung“. Viele Besuche für Westdeutsche in der DDR wurden möglich – eigene Bürger ließ die DDR wegen der Fluchtgefahr kaum ausreisen. Diese Begegnungen ließen viele DDR-Bürger fragen, wozu die Abgrenzungen denn nötig und warum die Realeinkommen in der DDR so viel niedriger sein mussten.</p> <p>Gegenüber der SU und Polen erreicht er Entspannung durch Anerkennung der Nachkriegsgrenzen. Diese Politik wurde von der CDU, Vertriebenenverbänden und dem Springer-Pressekonzern bekämpft („Aufgabe des deutschen Ostens“).</p> <p>Eine emotionale Geste: Brandts >Kniefall vor dem Denkmal der Ghetto-Opfer.</p>	<p>Zu den griffigen Formeln der neuen Politik gehörte der Wandel durch Annäherung (>Egon Bahr) gegenüber der DDR. Der Vorwurf: Brandt wolle die BRD im Sinne der DDR verändern – tatsächlich musste die DDR vielen neuen persönlichen Begegnungen zwischen beiden dt. Staaten zustimmen. Brandts Politik raubte der DDR wie auch Polen das Feindbild des aggressiven Kapitalismus, das die >repressive Innenpolitik dieser Diktaturen rechtfertigte.</p> <p><i>=Hat diese Politik die Revolutionen von 1989 vorbereitet?</i></p> <p><i>=Sind Brandts Ostpolitik und Stresemanns Locarno-Politik vergleichbar? (vgl. Ziff. 60)</i></p>
<p>90</p>	<p>Nach dem Mauerbau und gegenüber einer „neuen Ostpolitik“:</p> <p>Kann oder will oder darf die DDR sich liberalisieren?</p> <p>DDR ein Stasi-Staat?</p> <p>... oder ein „Unrechtsstaat“?</p>	<p>Walter Ulbricht lenkte die DDR von 1949 bis 1971, ihn ersetzte mit Zustimmung der SU Erich Honecker als Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR. Dieser hatte den Mauerbau organisiert und sollte die zentralverwaltete Wirtschaft effizienter machen, ohne das Prinzip aufzugeben. Dies gelang nicht, auch weil die DDR zu ihrem Nachteil in den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe COMECON (RGW)“ des Ostblocks eingebunden war, wo die einzelnen Länder ihre Industrien zu spezialisieren hatten – zugunsten der SU. Honecker regierte bis zum Zusammenbruch der DDR Ende 1989.</p> <p>Die politische Unterdrückung der Bürger in der DDR nahm zu, Erich Mielke war von 1957 bis 1989 Minister für >Staatssicherheit. Die „Stasi“ war, zusätzlich zur teuren Grenzsicherung, ein riesiger und teurer Kontroll-Apparat, vor 1989 mit ca. 90.000 Hauptamtlichen (d.h. einem auf 188 Einwohner!) und ca. 200.000 nebenamtlichen „informellen Mitarbeitern“ (IM), hier ein Verhältnis von 1:85. Dieser hohe Aufwand überrascht, denn das aufwändige Sozialsystem der DDR (keine Arbeitslosigkeit, umfassendes kostenloses Gesundheitssystem, umfassende Kinderbetreuung) hätte eigentlich die Zufriedenheit der DDR-Bürger sichern sollen.</p> <p>1989 leistet dieser Riesenapparat zur Verteidigung des Sozialismus gegenüber einer friedlichen Revolution keinen Widerstand (vgl. Ziff. 96).</p>	<p>Die Stasi band in der DDR, ökonomisch betrachtet, bei einer Bevölkerung von 17 Mio. erstaunlich viele Kräfte: Wenn man das Verhältnisse Hauptamtliche und IM zu Bürgern in der DDR (ca.1:189 und 1:85) auf die 82 Mio. Einwohner im heutigen D bezieht, hätte die Stasi ca. 435.000 hauptamtliche und 960.000 nebenamtliche Beschäftigte gehabt.</p> <p>Zu denken gibt der Vergleich mit der Gestapo der Nazi-Zeit: Die soll 1941 im viel größeren Reich „nur“ 14.800 Hauptamtliche gehabt haben. Hatte das NS-Regime mehr Rückhalt in der Bevölkerung, oder sparte dessen offenere Brutalität Personal?</p> <p>Denn vor allem nach 1972 überwachte die Stasi „feindliche Elemente“ länger und aufwändiger, und oft wurden diese „nur“, aber mit traumatischen Folgen, >„psychologisch Zersetzte“ (>„operative Psychologie“). Dazu betrieb die Stasi eine aufwändige Aktenführung, die Opfer ab 1990 einsehen konnten – und damit erfahren, wer sie bespitzelt hatte.</p> <p><i>=Darf man die ehemalige DDR pauschal einen Unrechtsstaat nennen? Welches sind die Kriterien?</i></p>

91	<p>Die EU entwickelt sich weiter: Abkommen von „Schengen“ 1985: offene Grenzen die Europafahne ab 1986 neben der Nationalfahne</p>	<p>„Freude schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium“ (Ludwig van Beethoven): Dies ist ab 1972 Hymne der Europäischen Gemeinschaft, mit deutschem Text oder nur orchestral. 1973 treten <u>Großbritannien</u>, (Austritt „Brexit“ 2020), <u>Dänemark</u> und <u>Irland</u> der EG bei. Die europäische Gemeinschaft macht in den 1970 und 1980er Jahren Fortschritte in Hinblick auf die Integration. Ab 1985 Reisen ohne Grenzkontrollen zwischen viele Mitgliedsstaaten (><u>Schengener Abkommen</u>), die Schweiz schließt sich an, aber nicht GB und Irland. Ab 1986 hängt die Europäische Fahne, blauer Grund mit goldenen Sternen, jeweils neben der Nationalfahne.</p>	<p>Der Wegfall von Personenkontrollen an vielen Binnengrenzen war ein großer Schritt und ist heute eine Selbstverständlichkeit, wie der <u>europäische Reisepass</u>. Allerdings haben die Flüchtlingskrise 2015 (Ziff. 106) und die Corona-Krise 2020 (Ziff. 107) zeitweilig zur Aufhebung der Schengen-Regeln geführt.</p> <p>=<i>Welche Motive, Kritikpunkte hatte GB für den Austritt/Brexit?</i></p>
92	<p>Mehr Sicherheit in Europa durch massive atomare Abschreckung? Das atomare Gleichgewicht</p>	<p>Das „Atomare Gleichgewicht der beiden Großmächte“ (SU und USA) beruhte seit den 1950er Jahren auf der Fähigkeit, durch interkontinentale Raketen mit nuklearen Sprengköpfen das Kernland des jeweiligen Gegners zu zerstören (>„massive retaliation“). Aber die eingebunkerten Raketen dieses Gegners konnten immer noch einen Gegenschlag ausführen, so dass auch die andere Seite (und der Rest der Welt?) zerstört oder atomar verseucht werden konnte. Abkommen (>SALT) begrenzten wenigstens die Arsenale.</p> <p>In den 1970er Jahren führt die SU Mittelstreckenraketen ein, die nur Europa bedrohen, so dass im Angriffsfall die USA sich heraushalten könnten. Damit würde Europa extrem erpressbar. Bundeskanzler <u>Helmut Schmidt (SPD)</u> setzte 1983 durch, dass auch der Westen Mittelstreckenraketen aufstellte, wenn die SU nicht ihre Raketen abbaut (>NATO-Doppelbeschluss) – gegen den Widerstand der Friedensbewegung und der neugegründeten „Grünen“ Partei. Ab 1985 kommt es zu beidseitiger Abrüstung. Europa bleibt von dem US-Nuklearschirm abhängig.</p>	<p>Das bittere Motto der atomaren Logik war: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter. Dieses Gleichgewicht des Schreckens sicherte offenbar den Frieden in Europa, erlaubte aber den Großmächten das Führen von konventionellen <u>Stellvertreterkriegen</u> in anderen Weltgegenden, so die in <u>Vietnam</u> und in <u>Afghanistan</u>, wo die SU 1979 einmarschiert war und sich verlustreich 1989 zurückzog.</p> <p>Das Prinzip lebt weiter, das neue R betont die eigene Rolle als atomare Weltmacht. <u>Weltweit hat die Zahl der >Atomkräfte zugenommen</u>, manche Länder geben den Besitz nicht zu (>Atomwaffensperrvertrag).</p> <p>=<i>Sollten Atomwaffen weltweit abgeschafft werden?</i> =<i>Warum ist dies bisher nicht gelungen?</i></p>

<p>93</p>	<p>„Die Grünen“ eine neue Umwelt-Partei gründet sich in Deutschland.</p> <p>Zwei Nuklearkatastrophen beschleunigen den Atomausstieg in D:</p> <p>Tschernobyl 1986</p> <p>Fukushima 2011</p> <p>eine <u>internationale Klimaschutzbewegung</u></p>	<p>>„Die Grünen“, eine neue Partei, entstand 1980 aus der Anti-Atomkraft-, der Umweltschutz- und der Friedensbewegung. Die Forderung nach Abschaltung der Atomkraftwerke erhält einen großen Schub durch zwei Ereignisse:</p> <p>>Tschernobyl, eine Nuklearkatastrophe in der SU (heute Ukraine) am 26.4.1986 mit nuklearer >Kontamination in weiten Teilen Europas, zeigt die Risiken dieser Technologie, wie auch die technischen Schwächen der SU und deren Reformunfähigkeit. Der >GAU von >Fukushima 2011 in Japan, einem angenommenen Hochtechnologie-Land, hat dann weitreichende Folgen: D beschließt in breitem Konsens den Ausstieg aus der der Atomkraft – allerdings folgen wenige andere Länder dem dt. Beispiel. F hat (2019) 58 AKW, D noch 7, weltweit sind 450 im Betrieb, Tendenz steigend.</p> <p>1988 Gründung des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ >IPCC;</p> <p>>Interaktive Zeittafel zu Klimaverhandlungen (vgl. Seite des Europaparlaments);</p> <p>>Internationale Konferenzen vereinen Wissenschaftler und Politiker: > Kyoto-Protokoll 2005, >Pariser Klimaabkommen 2015.</p> <p>Aber: Selbstverpflichtungen der Staaten sind nicht immer verlässlich:</p> <p>>Zielkonflikte zwischen ökologischen, ökonomischen, sozialen Zielen.</p>	<p>1972 erschien ein weltbewegendes Buch: >„Die Grenzen des Wachstums“, ein Bericht des ><u>Club of Rome</u>, der mit der Berechnung eines ersten ökonomischen und ökologischen Weltmodells die teilweise Unbewohnbarkeit der Welt für die Mitte des 21. Jhdts. voraussah. Dieser Ansatz löste weltweit ökologische Bewegungen mit neuen Begriffen (>„Treibhausgas“) und ersten Umsteuerungen aus.</p> <p>Ein internationales Krisenbewusstsein entsteht, <u>im UN-Rahmen werden verbindliche Reduktionsziele bes. für CO² gesetzt</u>: Aber: >Zielkonflikte brechen auf, in und zwischen Staaten, bezüglich der Ziele Klimaschutz, Vollbeschäftigung, Wachstum, dazu auch der Anspruch vieler Entwicklungsländer, erst einmal, auch mit mehr CO², auf den Stand der reichen Länder der „ersten Welt“ zu kommen.</p>
<p>94</p>	<p>Michail Gorbatschow</p> <p>will ab 1985 die Sowjetunion reformieren und scheitert:</p> <p><u>... Zerfall der Sowjetunion 1991 – die Russische Republik</u> übernimmt das Erbe, auch die Atomwaffen.</p>	<p>Michail Gorbatschow wurde 1985 als Reformer zum Generalsekretär der KPdSU und so zum Chef der SU gewählt. Die SU war wirtschaftlich und militärisch am Ende, <u>Tschernobyl</u> war ein Symbol dafür. Mit den Begriffen <u>Glasnost (Offenheit)</u> für die Informationspolitik und <u>Perestroika (Umbau)</u> für die Wirtschaft will er die Union modernisieren, aber er scheitert. Er erklärte 1989: „Der Kalte Krieg ist vorbei“.</p> <p>Die SU löst sich 1991 auf, 14 ehemals sozialistische Teilrepubliken der SU mit etwa 100 Mio. Einwohnern in Europa und Mittelasien (so Ukraine, Belarus, Kasachstan), vor 1917 wichtige Teile des >Zarenreiches, werden selbstständig, z.T. mit betont nationalen, autoritären Regierungen. <u>Boris Jelzin</u> wird Präsident der kleineren Russischen Republik, diese übernimmt die <u>Rechtsnachfolge der SU und auch deren Atomwaffen aus allen neugegründeten Republiken gegen eine Garantie der Grenzen</u> (Vertrag von 1994, gebrochen von R 2014: ><u>Krimkrise</u>). Die politische und wirtschaftliche Desorganisation bringt der russischen Bevölkerung Verarmung und Chaos, einigen „><u>Oligarchen</u>“ außerordentlichen Reichtum.</p> <p>In 2000 erhält Wladimir Putin die Macht, er schafft wieder die Ordnung im Lande, die die Bevölkerung will. 2005 nennt Putin in einer offiziellen Rede den Zerfall der SU die >„größte geopolitische Katastrophe des 20. Jhdts“.</p>	<p>1990 erhält Gorbatschow den Friedensnobelpreis. Gorbatschow („Gorbi“), genießt im Westen und speziell in D hohes Ansehen wegen seines Einsatzes für die Selbstbestimmung der Völker. In Russland sehen viele ihn dagegen als den Verursacher der wirtschaftlichen Probleme in den 1990ern und als Totengräber der Weltmachtstellung Russlands.</p> <p>Diese bitteren Gefühle greift Putin auf, er unterdrückt 20 Jahre lang zunehmend jede Opposition im Inneren, handelt außenpolitisch als Großmacht. Er reorganisiert die Armee, erobert die ><u>Krim</u> zurück, unterstützt militärisch >Separatisten in der <u>Ostukraine</u>, nutzt die >Erdgasexporte als außenpolitische Waffe. Er greift ein in die Kriege in Syrien und Libyen. Aus R erfolgen >Cyber-Angriffe.</p> <p>=Welche Politik ist gegenüber R unter Putin angesagt? Verständnis? Aufzeigen von Grenzen?</p> <p>=Unterstützung der demokratischen Entwicklung in den Staaten der ehemaligen SU?</p>

95	<p>Gorbatschow erlaubt den ostdeutschen Staaten, eigene Wege zu gehen:</p> <p>Der <u>Ostblock löst sich auf.</u></p>	<p>Gorbatschow erlaubte den osteuropäischen Ländern des Warschauer Paktes, ihre Regierungsform selbst zu wählen (Aufgabe der <u>>Breschnjew-Doktrin (Ziff. 84) zugunsten einer >„Sinatra-Doktrin“: „I did it my way“</u>). Das Ergebnis sind ab 1989 friedliche Revolutionen in den osteuropäischen Staaten (zuerst Polen und Ungarn) und der <u>Zerfall des Warschauer Pakts</u>. Die sechs kleineren osteuropäischen Staaten haben ihre kommunistischen Einheitsparteien abgewählt.</p> <p>Die Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft >COMECON löst sich auf. 1999 treten die meisten Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts (zuerst Polen, Tschechien, Ungarn) der NATO bei, 2004 der EU.</p>	<p>Unter Politikern und Historikern ist es strittig, ob <u>Gorbatschow</u> bei den Verhandlungen zur Deutschen Einheit die Zusage erhalten habe, dass die <u>osteuropäischen Staaten nicht der NATO beitreten</u> würden, wie dies R bzw. Putin aktuell erklärt. Aber: Die freigewählten Parlamente der Staaten wollten die Westbindung.</p> <p>=Wer und mit welchem Mandat hätte für die osteuropäischen Staaten Gorbatschow die obige Zusage machen können?</p> <p>=Welche Wertmaßstäbe stehen sich hier gegenüber?</p>
96	<p>Die DDR-Führung steht allein:</p> <p><u>DDR: friedliche Revolution</u></p> <p>Gorbatschows berühmtes Zitat, weiter viel benutzt:</p> <p><u>„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“</u></p>	<p>Die <u>überalterte Führung der DDR</u> (>Mielke ist 81 Jahre alt und seit 32 Jahren Minister für die Stasi!) ist angesichts der <u>Reformen in der SU</u> und freier Wahlen in <u>>Polen</u> verunsichert, eine <u>politische und ökologische Bürgerrechtsbewegung</u>, oft in den Kirchen angesiedelt, fasst Mut. Grotesk gefälschte Ergebnisse bei den <u>>Kommunalwahlen im Mai 1989 (98,85 % für die SED-Einheitsliste!)</u>, die beginnende Flucht über die <u>offene Westgrenze >Ungarns</u>, die Jubelfeiern für den <u>40. Geburtstag der DDR am 7.10.1989</u> mit hohen sozialistischen Staatsgästen und zeitgleichen Gegendemonstrationen auf den Straßen – alles dies lähmt das <u>>Politbüro</u>. Und zu einer militärischen Niederschlagung des Aufruhrs gibt der zur Feier anwesende Gorbatschow die sowjetischen Truppen nicht frei. Er sagt auf der Straße ein seither berühmtes Wort: <u>„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“</u>. (vgl. Ziff. 83)</p> <p>Die Welt beobachtet mit Sorge die Ereignisse in der DDR – im Wissen um das <u>>Massaker auf dem Peking >Tian An Men-Platz</u> wenige Monate zuvor am 4. Juni 1989, wo eine studentische Reformbewegung in <u>China</u> mit Panzern niedergeschlagen wurde – mit tausenden Todesopfern.</p>	<p>>Stasi, >Betriebskampfgruppen, > Grenztruppen und >Volksarmee hatten sich jahrelang auch auf die Abwehr des „Angriffes des Klassenfeindes“ im Inneren vorbereitet – und machen nun nicht einmal den Versuch einer Gegenwehr, sie sind demoralisiert. Die Demonstranten riefen nur <u>„Keine Gewalt!“</u> Die DDR erlebt eine <u>friedliche Revolution</u>.</p> <p>=Was ist gleich, was ist anders beim Vergleich des Juni 1953 und des Oktobers 1989?</p> <p>=<u>Gedankenexperiment</u>: Wie hätten Adenauer und die Kritiker seiner Deutschlandpolitik aus der Sicht von 1955 die Ereignisse von 1989 kommentiert?</p> <p>=Welche Merkmale einer Revolution sind 1989/90 erfüllt, was läuft anders als bei anderen europäischen Revolutionen?</p>

<p>97</p>	<p>Die DDR-Führung erlaubt ihren Bürgern das Reisen in den Westen:</p> <p>9. Nov. 1989: „Die Mauer fällt“</p> <p>„Wir sind ein Volk“</p>	<p>Die SED löst Erich Honecker am 18. Okt. als Staatschef ab. Weitere Großdemonstrationen erzwingen am Abend des 9. Nov. 1989 die „Öffnung der Mauer“ in Berlin, d.h. das visumfreie spontane Reisen zwischen DDR und BRD. Im Sommer hatte Ungarn seine Westgrenze zu Österreich auch für DDR-Bürger geöffnet. Die seit Jahrzehnten geforderte <u>Reisefreiheit</u> für DDR-Bürger ist erreicht. In Massen werden West-Berlin und die BRD erkundet – bis zum 20. Nov. schon 11 Mio. Besucher. Sie erhalten im Westen ein „Begrüßungsgeld“ von 100 DM pro Besuch.</p> <p>Im Oktober bildete die SED eine neue Regierung, die aber von einem „Runden Tisch“ (wie zuvor in Polen) aus unabhängigen Bürgern kontrolliert wird. Die Stasi wird aufgelöst, deren versuchte große <u>>Aktenvernichtung gebremst</u>.</p> <p>Die Slogans der „Demonstrationen wechseln von dem gegen die SED gerichteten „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“.</p>	<p>Das Nebeneinander von alter Regierungsgewalt und Revolution (Runder Tisch) hält nicht lange. Schnell wird erkennbar, dass nur wenige Aktive in Ost und West wünschten, dass die DDR weiterbesteht, um einen besseren Sozialismus zu erproben. Die Mehrheit in der DDR will schnell die Vereinigung und die D-Mark. Viele DDR-Bürger, oft jüngere, aktivere, gehen sofort in den Westen, die DDR ist in Gefahr auszubluten.</p> <p><i>=Hat das Folgen für die längerfristige ökonomische und kulturelle Entwicklung der bald wiedergegründeten alten >„Länder“ in der DDR? Welche?</i></p> <p><i>=Ähneln die Abläufe ab November 1918 denen ab November 1989?</i></p>
<p>98</p>	<p>DDR-Volkskammerwahlen:</p> <p>Ein Parlament mehrheitlich für die Einheit</p> <p><u>Helmut Kohl als Kanzler der Einheit</u></p> <p>Schnelle Einführung der DM, Kurs 1 : 1</p> <p><u>3. Okt. 1990: Tag der Deutschen Einheit</u></p>	<p>Die westdeutschen Parteien, Verbände und Gewerkschaften haben mit Geld, Personal und Organisationsroutine intensiv für die Rechtsordnung der BRD und ihre jeweiligen Ziele unter den DDR-Bürger geworben. Parteien nach westdeutschem Muster haben sich gebildet, die SED als Einheitspartei hat Konkurrenz, wird >PDS.</p> <p>Die erste und letzte freie Volkskammerwahl am 18.3.1990 macht die CDU mit 40 % zur stärksten Partei, die PDS (ex-SED) erhält 16 %. (SPD 22 %, Bündnis 90 und Grüne gemeinsam 5 %). Der CDU hilft, dass Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sich ab November 1989 energisch und mit Überzeugungskraft national und international für die Einheit einsetzt. Diese Volkskammer stimmt dem zwischen DDR und BRD ausgehandeltem Einigungsvertrag und dem Grundgesetz zu.</p> <p>Am 1.7.1990 wird die DM in der DDR eingeführt, der Umrechnungskurs DM zu „Ostmark“ ist 1 : 1 für Preise und Löhne. Dieser Kurs ist politisch, aus Gründen der menschlichen Gleichwertigkeit, gesetzt. Aber wirtschaftlich ist er fatal: Die alten DDR-Produkte sind zu DM-Preisen weder in der DDR oder der BRD noch auf ihren osteuropäischen Märkten abzusetzen (so z.B. der >„Trabi“).</p> <p>Am 3. Oktober 1990, Tag der Deutschen Einheit, treten die wiedergegründeten Länder der DDR der Bundesrepublik und dem GG bei.</p>	<p><u>Für die Zusammenführung einer florierenden Marktwirtschaft mit einer heruntergewirtschafteten Planwirtschaft gab es keinerlei Erfahrungen.</u></p> <p>Die nach der Vereinigung sofort einsetzende Umstellung zur Marktwirtschaft, die >Privatisierung oder auch die Schließung vieler unrentabler Betriebe durch die >Treuhandaanstalt, die schnell folgende Arbeitslosigkeit für viele, der Zwang zur beruflichen Neuorientierung, ein neues Rechtssystem – das war für die Menschen in der DDR eine extrem belastende Zeit. Viele Beamte aus dem Westen halfen im Osten in den Verwaltungen bei der Umstellung auf das neue westliche Rechtssystem – und wirkten manchmal wie „<u>Besserwessis</u>.“</p> <p><i>=Was hätte konkret anders geregelt werden können?</i></p> <p><i>=Mit der DDR verschwand auch die Garantie eines sicheren Arbeitsplatzes – wenn auch bei geringerem Einkommen... die erhoffte Verbesserung?</i></p>

<p>99</p>	<p>Eine schwierige diplomatische Leistung: <u>1990: Internationale Zustimmung für ein größeres Deutschland.</u></p> <p>Kohl und Genscher können 2 + 4 verhandeln –</p> <p>„Potsdam“ ist Geschichte</p>	<p>Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sind die Motoren der <u>internationalen Absicherung der Einigung</u>, die auch den Abschluss eines Friedensvertrages nach dem 2. Weltkrieg darstellt. Die USA sind sofort für die Einheit, GB und F beunruhigt ein größeres Deutschland, aus ökonomischen wie aus historischen Gründen. Die SU ist geschwächt.</p> <p>Kohl erreicht, dass „2 + 4“-Verhandlungen geführt werden: Die beiden deutschen Staaten einigen sich, und die vier alten Siegermächte stimmen den Ergebnissen zu. Die drei westlichen Mächte werden <u>beruhigt durch die deutsche Zusage einer weitergehenden Integration in eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion und in die NATO.</u> Die SU mit Gorbatschow durchlebt große politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, sie will ein Gesamtdeutschland nicht in der NATO sehen. Eine Einigung kann durch relativ hohe Geldzahlungen (als Abzugskosten für die sowjet. Truppen) erreicht werden. Gegenüber Polen wird dessen Westgrenze (die Oder-Neiße-Linie von 1945) noch einmal von allen Vertragsteilnehmern bestätigt – d.h. die von der BRD kritisierte Anerkennung durch die DDR in 1950.</p> <p>Den politischen Akteuren in West- und Ostdeutschland war klar, dass die Dynamik der Ereignisse ein enges Zeitfenster öffnete, das Tempo erforderte, sie ergriffen die Chance.</p>	<p>Die Lösung 2 + 4 hätte sich in Potsdam 1945 niemand vorstellen können! Kohl und Genscher haben das freundliche Profil der BRD in Europa und die Gelegenheit der Schwäche der SU genutzt.</p> <p><u>Das einige D wurde mit 82 Mio. Einwohnern der größte Staat und die stärkste Volkswirtschaft in der EG, aus historischen Gründen war auch die Sorge vor D als militärischer Macht verständlich – für GB wie für F und Polen. Hier war die politische Vorarbeit von Adenauer für die dt.-frz. Verständigung und die Einbindung in Europa und die NATO wie auch die Ostpolitik von Brandt mit den >Ostverträgen unverzichtbar, um Ängste vor einem großen Deutschland zu zerstreuen.</u></p> <p>Glaubhaft wurde: Dieses neue D ist nicht das >Großdeutschland des >Deutschlandliedes von 1841 oder von >1938 („Anschluss“ von Österreich).</p> <p><i>=Welche spezifischen Sorgen haben jeweils GB, F und Polen gegenüber Gesamtdeutschland, wie können sie jeweils historisch begründet werden?</i></p>
<p>100</p>	<p>Ist die Zeit um 1990 mit dem Ende des „Kalten Krieges“ eine weltgeschichtliche Zeitenwende, kommt ein <u>„Goldenes Zeitalter“</u>??</p> <p><u>1990: Das Ende der Geschichte?</u></p>	<p>><u>Francis Fukuyama</u>, amerikanische <u>Politikwissenschaftler</u>, sah 1992 in einem vielbeachteten Buch >„<u>Das Ende der Geschichte</u>“ angebrochen. Für ihn hatte „der Westen“, hatten die liberalen, marktwirtschaftlich organisierten Länder, vertreten vor allem von den USA, nach dem Zusammenbruch der SU den großen Wettbewerb der gegensätzlichen politischen Systeme dauerhaft gewonnen.</p> <p>Wenn sich nun ein überlegenes System herausgebildet hat, so wäre denkbar, dass nun die politische und die gesellschaftliche Entwicklung abgeschlossen, der Frieden erreichbar seien. Der Autor hat wenige Jahre später zugegeben, dass er wichtige neue Kräfte nicht erkannt hatte. Diese Idee war eine aufschlussreiche Illusion.</p>	<p><i>=Was denken wir 20 Jahre später von dieser Prognose?</i></p> <p>Steht hinter diesem Ansatz der alte, ursprünglich christliche Traum von einem tausendjährigen Friedensreich (>Chiliasmus, >Millenarismus)? Den haben uns auch sehr weltliche Ideologien des 20. Jhdt. angeboten in Form des kommunistischen Endzustandes oder des NS-Tausendjährigen Reiches.</p>

<p>101</p>	<p>Eine gemeinsame Währung in Europa:</p> <p><u>2002: Der Euro</u> ... ein Club der 19</p> <p>... eine einheitliche Währung, aber keine einheitliche Haushalts- (Schulden-)Politik</p>	<p>Die Europäische Gemeinschaft entwickelt sich weiter zu einer <u>Europäischen Union (EU)</u>. Im Vertrag von Maastricht 1992 werden die Währungsunion, mehr Recht für das Parlament sowie eine gemeinsame Außenpolitik beschlossen. 1995 treten Österreich, Schweden, Finnland bei.</p> <p>Am 1.1.2002 wird der Euro die gemeinsame Währung für 19 Staaten. Diese einigen sich auf einheitliche Regeln für die >Haushaltsdisziplin mit Obergrenzen für das jährliche Defizit im Staatshaushalt (max. 3 %) und für die Staatsschulden (nicht über 60 % des >BIP), aber nicht auf eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik – durch die oft die Defizite in den nationalen Haushalten entstehen. Viele Länder (anfangs auch D) schaffen (oder wollen) diese Disziplin nicht.</p> <p>Ein Problem: Kredite in Euro kosten Staaten mit geringer >Haushaltsdisziplin geringere Zinsen als früher in der eigenen Währung, die abgewertet werden konnte (alle €- Länder garantieren gemeinsam den Wechselkurs). So können Defizit-Länder mehr Schulden machen bei geringeren Zinskosten. Bei Ländern mit hohen Schulden wird die Fähigkeit zur Rückzahlung bezweifelt, sie bekommen keine neuen Kredite mehr und brauchen plötzlich einen >„Rettungsschirm“ der Europäischen Zentralbank.</p> <p>So entwickeln sich europakritische Parteien, denn eine gemeinsame Währung bedeutet einen Verlust an Souveränität – oder Kosten für die sparsamen Staaten.</p>	<p><u>Mit der Einführung des Euro löst D auch seine Zusagen aus der Zeit der Wiedervereinigung ein.</u></p> <p>In D fürchten viele Menschen mit der Aufgabe der DM eine EU als Inflationsgemeinschaft – das alte dt. Trauma von 1923 (Ziff. 56) und 1948 lebt. Nach der internationalen >Finanzkrise ab 2008 müssen Länder von den EU-Partnern vor dem Staatsbankrott gerettet werden.</p> <p>Ab 2013 entsteht in D eine neue rechtspopulistische, €- und europakritische Partei, die „Alternative für Deutschland“ (AfD), ab 2015 auch fremdenfeindlich.</p> <p><i>=Ist der Euro für D vorteilhaft, oder muss D zu viel zahlen? Welche politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte gelten hierfür?</i></p> <p><i>=Ist eine „starke, harte“ Währung von Nutzen für Länder, deren Produkte international weniger nachgefragt sind?</i></p>
<p>102</p>	<p>Der Balkan: seit 200 Jahren und noch heute ein Krisenherd</p> <p><u>Jugoslawien zerfällt in Balkankriegen</u> ... in 7 Einzelstaaten</p> <p>... was eine Flüchtlingswelle auslöst.</p>	<p>Der <u>Vielvölkerstaat >Jugoslawien</u> wird 1918 als Königreich gegründet, der Norden gehörte zu Ungarn in der Habsburger Doppelmonarchie. Der serbische König wird König des Gesamtstaates. Das Land entsteht neu im Partisanenkampf gegen die dt. Besatzer ab 1943, wieder als serbisch bestimmte Föderation, autoritär von >Josip Tito und seiner kommunistischen Einheitspartei gelenkt.</p> <p>Doch hier leben (Ziff. 8) weiterhin orthodoxe Serben, katholische Kroaten und Slowenen, muslimische Bosniaken, Albaner und Kosovaren oft in gemischten Siedlungsgebieten. Diese Völker wollen ab 1991 jeweils ihre kulturelle und politische Autonomie, Serbien dagegen versuchte, militärisch die Einheit des Staates unter seiner Vorherrschaft (>Balkankriege) zu erhalten – durch Kriege in >Bosnien-Herzegowina 1992–1995 mit Zehntausenden von Toten, (>Belagerung von Sarajewo, serbisches Massaker von >Srebrenica 1995 an Muslimen), Krieg im Kosovo mit Eingreifen der NATO gegen Serbien. Nach Mitteleuropa kommen viele Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge mit den verschiedenen Nationalitäten.</p>	<p>Nach Jahrhunderten eher milder türkischer Herrschaft auf dem Balkan drängt der aufkommende >Nationalismus im 19. Jhdt. das osmanische Reich zurück. Die Serben kämpfen für ein >Großserbien, was auch den 1. Weltkrieg auslöst (>Sarajewo), Ziff.45) und erhalten die Vorherrschaft. Die Konflikte der Volksgruppen bestehen nach 1995 weiter, fördern die Korruption, lähmen die wirtschaftliche Entwicklung. <u>Die aktuell 7 Einzelstaaten wünschen jeweils die Mitgliedschaft in der EU.</u></p> <p><i>=Welche Lösung kann für den Balkan gefunden werden?</i></p> <p><i>=Welche Kriterien sollten für einen Beitritt in die EU gelten?</i></p>

103	<p>... und die EU erweitert sich ab 2004 durch die Beitritte der ehemaligen Ostblockstaaten:</p> <p><u>Osterweiterung der EU</u></p>	<p>Ab 2004 treten viele der zuvor von der SU abhängigen osteuropäischen Staaten der EU bei. Diese haben nach Jahrzehnten der Diktaturen nur gut 10 Jahre gehabt, um eigene nationale und demokratische Traditionen zu entwickeln.</p> <p><u>Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn</u> suchen den Schutz der NATO gegenüber R, den langjährigen Unterdrücker, sie wollen die wirtschaftliche Förderung in der EU, sehen aber oft nicht die EU als Wertegemeinschaft, was z.B. die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz als Dritter Gewalt betrifft. In der deshalb gebildeten >Visegrád-Gruppe nutzen sie die Veto-Rechte in EU-Gremien, um Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit abzuwehren. Für die jetzt heterogenere <u>EU</u> wird die <u>Einstimmigkeit problematisch</u> bei Beschlüssen zum Haushalt und zur Außenpolitik.</p>	<p>Um 2020 ist nach allgemeiner Ansicht in Polen und Ungarn das Prinzip der „Gewaltenteilung“ durch national-populistische Mehrheiten in Gefahr. Solche Bewegungen gibt es – minderheitlich – auch in anderen EU-Ländern. Hier zeigen sich Risiken für die liberale, offene Wertetradition der EU.</p> <p>=aktuelle <u>Sachstandsberichte</u>: Ungarn und die >„<u>illiberale Demokratie</u>“? Polen: Abbau der <u>Unabhängigkeit der >Judikative/Dritten Gewalt</u>?</p> <p>=Welche Haltung nehmen die vier Staaten zur Frage der Lasten durch die <u>Aufnahme von Geflüchteten</u> ein?</p>
104	<p>In 50 Jahren vom Transistor zur weltweiten Vernetzung:</p> <p><u>Das Smartphone ab 2007</u></p> <p>ändert das Leben, Lernen, Zusammenleben der Menschen weltweit – digitale Revolution weltweit</p>	<p>Das <u>Smartphone (2007) ändert die Welt</u>. Es wird von der <u>US-Firma Apple</u> auf den Markt gebracht. In den 1950ern wurde der ><u>Transistor</u> zu einem wichtigen Schaltelement, auch als Massenprodukt in >hochintegrierten Schaltungen (><u>Chips</u>, 1960: ><u>Bürorechner</u> von IBM). Ab den 1980er Jahren verändern bereits das sich entwickelnde >Internet und die Digitalisierung die Produktionsprozesse und die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen Beziehungen der Menschen und der Staaten. Große, von wenigen Menschen geleitete Firmen sind mächtiger als Nationalstaaten, können solche erpressen.</p> <p>Aktuell haben Milliarden von Menschen über ihr <u>Smartphone</u> scheinbar unbegrenzten Zugang zu Informationen und Kommunikation – und können umfassend überwacht werden. Denn geldwerte Dienstleistungen im Netz kosten oft kein Geld – aber die Nutzer bezahlen mit Informationen über sich, ihre Daten werden zur Ware, sie selbst <u>durch unbekannte Algorithmen</u> steuerbar.</p> <p>Wir erleben die digitale Revolution. Der Zugang zum Internet für alle Menschen wird zu einem Grundrecht für alle Menschen werden.</p>	<p>Das Smartphone als Zugang zum Netz verändert das Alltagsleben der Menschen, den Umgang miteinander, macht sie weltweit erreichbar. Suchmaschinen berechnen und verstärken Interessen, durch gelenkte Zuführung von Informationen in riesigen Mengen, darunter auch Lügen und Manipulationen. Ein wertebasiertes Orientierungswissen ist unverzichtbar für den Erhalt der Autonomie.</p> <p>Diese digitale Revolution ist vergleichbar mit der <u>jungsteinzeitlichen</u> (neolithischen, Ziff. 2) und der <u>industriellen Revolution</u> (Ziff. 35). In ihr verändern sich wieder einmal die sozialen, politischen, kulturellen, internationalen Beziehungen der Menschen.</p> <p>=Wird das Leben als selbstbestimmtes Wesen mit dem Smartphone und seinen Möglichkeiten leichter?</p>

China: in 40 Jahren zur Weltmacht

Offensive Weltpolitik

Die **Volksrepublik China**, 1949 von **Mao Zedong** gegründet, wurde von diesem auch in schwere Krisen (>Großer Sprung nach vorn, >Kulturrevolution) geführt. Seine Nachfolger erprobten mit der >„**Reform- und Öffnungspolitik**“ **ab 1978** unter >**Deng Xiaoping** ein Entwicklungsmodell mit einer Einheitspartei, die sich kommunistisch nennt, mit einem staatswirtschaftlichen Sektor und einem privaten, der Einzelpersonen den Erwerb großer Vermögen ermöglicht. Ökonomisch ist das Modell erfolgreich, seit langem ist China mit 1,4 Mrd. Einwohnern die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die **KP China** (ca. 80 Mio. Mitgl.) wird zentral geführt.

Xi Jinping (*1953) wird 2012 als chinesischer Partei- und Staatschef gewählt – und 2018 als solcher auf Lebenszeit bestätigt (>„Xi Jinping-Ideen“, >Personenkult). Unter ihm wird die digitale Kontrolle der Bürger vollständig, religiöse und ethnische Minderheiten (>Uiguren) werden unterdrückt. China rüstet auf und betreibt unter Xi wirtschaftlich und machtpolitisch Weltpolitik, beansprucht und befestigt fast das ganze südchinesische Meer (>„Nine-dash-line“-Karte), sichert sich weltweit den Zugang zu Rohstoffen und landwirtsch. Anbauflächen und gewinnt auch politischen Einfluss über ein weltweites Investitionsprogramm (>„Neue Seidenstraße“) zu Land und zur See. Dieses gilt auch für Länder in der EU mit Verschuldungsproblemen.

In dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Landes trägt die chinesische Bevölkerung die Wirtschafts- und imperiale Außenpolitik wie auch ihre umfassende digitale Kontrolle mit. Dabei hilft eine alte Kultur, die Autoritäten anerkennt (>Konfuzius) und das Wissen von der Erniedrigung des eigenen Landes durch die europäischen Mächte im 19. und 20. Jhd. In vielen Ländern kann das chinesische Modell attraktiv sein, sicher für Autokraten, weil sein wirtschaftlicher Erfolg bei der Armutsbekämpfung autoritäre Herrschaft mit enger Kontrolle aller Bürger rechtfertigt, aber in vielen Ländern fehlt der gesellschaftliche Konsens, der China auszeichnet. China vergibt Entwicklungskredite, ohne, wie z.B. die EU-Länder, besonders auf demokratische Formen zu drängen. Das gefällt vielen Machthabern.

=pro und contra: Chinas Politik wird, gerade in Afrika, als neokolonialistisch bezeichnet – warum?

=Zeigt der Umgang Chinas mit der COVID-19-Krise ab 2020 die Überlegenheit des chines. Systems?(Ziff. 107)

Ist D ein Einwanderungsland?

2015: Eine europäische Flüchtlingskrise?

Angela Merkel:
 >„Wir schaffen das!“

Wegen der Kämpfe in >Afghanistan, Krieg und >Bürgerkriegen im Irak ab 2003 und in Syrien ab 2011 suchen Flüchtlinge in Europa **politisches Asyl** oder **Schutz vor Bürgerkrieg** – dieses versprechen deutsches und europäisches Recht nach Prüfung des jeweiligen Einzelfalls. Viele Menschen fliehen aber auch vor Hunger und Armut, so aus dem >Maghreb und Schwarzafrika. Skrupellose Schlepper organisieren zu hohen Preisen den Transport, z.B. über das Mittelmeer nach Griechenland oder nach Italien, was tödlich enden kann. Diese Erstaufnahme-Länder müssen nach dem **>Dublin-Abkommen** die Anträge der Flüchtlinge rechtssicher prüfen, sind aber bei hunderttausenden von Bewerbern überfordert. Sie lassen die Menschen im Sommer 2015 oft unkontrolliert auf der >Balkanroute nach Norden ziehen.

Ende August 2015 verbreitet sich viral das Gerücht, D nehme Syrer ohne Asylprüfung auf, so dass sich Anfang September Zehntausende über Ungarn und Österreich auf den Weg machen. **Angela Merkel als Kanzlerin** entscheidet, die Menschen erst einmal unkontrolliert über die Grenze zu lassen – wohl über 1 Million, davon stellen ca. 850.000 einen Asylantrag. Sie wird zitiert mit dem Ausspruch „**Wir schaffen das!**“. Im September bauen Ungarn und die Balkanstaaten gegen die EU-Regeln Grenzzäune auf, was kritisiert wird, aber den Strom bremst.

Die Folgen sind vielfältig: Innenpolitisch entstehen in D hohe Kosten und eine enorme Hilfsbereitschaft überall, aber auch eine fremdenfeindliche Bewegung und Wiederbelebung der >AfD. Europapolitisch folgen fortdauernde Konflikte um die Aufnahme von Geflüchteten und die Hilfe für Griechenland und Italien. International: Merkel verhandelt für die EU einen Vertrag mit der Türkei, die gegen hohe EU-Zahlungen Geflüchtete im Lande hält. Danach sind die Flüchtlingszahlen über die Ägäis zurückgegangen. Aus >Libyen (ein Bürgerkriegsstaat im Zerfall) kommen weiter Boote – und Menschen ertrinken.

= *Welche konkreten Handlungsalternativen hatte D Anfang September 2015 angesichts einer Masse von Männern, Frauen und Kinder vor den Grenzen?*

Innenpolitisch waren die Anstrengungen enorm, schneller Aufbau von Unterkünften, Spenden von Kleidung und Zeit für Deutschkurse – aber auch ausländerfeindliche Aggressionen unter den Parolen „Kontrollverlust“, „Überfremdung“.

Heftig umstritten: **Ist D ein Einwanderungsland?** Dabei wird die Tatsache mehrerer erfolgreich aufgenommener größerer Migrationswellen nicht beachtet, so von ca. 4 Mio. Gastarbeitern und deren Familien in den 1960er Jahren, Zuwanderer aus der zusammenbrechenden SU ab 1990 und ab 1991 Geflüchtete vom Balkan (Ziff. 102). Auch zu beachten: Die geringen Geburtenzahlen in D stellen ein demografisches Risiko für die Zukunft des Sozial- und Rentensystems dar.

Sorgen, dass die Zuwanderer wegen geringer Bildungsstände keinen Platz auf dem deutschen Arbeitsmarkt finden würden, haben sich nach 5 Jahren sehr vermindert.

=*Welches ist Ihre persönliche Meinung in dieser Frage?*

=*Was tun angesichts der Welt-Überbevölkerung, die einen Wanderungsdruck erzeugt?*

**2020: COViD-19/
Corona-Virus**

Ab Februar 2020 läuft in wenigen Monaten die globalisierte Welt in eine **Weltkrise**.

Diese Krise ist eine Bewährungsprobe für die politische und wirtschaftliche Kraft aller Staaten, für deren innenpolitischen Konsens – und in der EU für die Solidarität.

Parallel dazu erleben 2020 die **USA** (Ende der Präsidentschaft >Trump), und **GB** (>Brexit-Schlussverhandlungen) lähmende **innenpolitische Krisen**.

Im Dezember 2019 springt das Virus COVID-19 in Wuhan (China) von Tieren auf Menschen über (>Zoonose), was anfangs die chinesische Führung verheimlicht. In der globalisierten Welt bewirkt das Virus in wenigen Monaten eine Pandemie. Im Januar 2020 gibt es die ersten Fälle in Eu., bald sind Krankenhäuser in Norditalien überfordert. Anders als das Virus der „Spanischen Grippe“ (1918, Ziff. 51) sterben vor allem ältere Menschen. Die Pandemie bewirkt eine erste Welle auf der Nordhalbkugel in den Monaten März bis Juni, mit improvisierten „Lockdowns“ und Grenzschließungen, ab September 2020 breitet sich weltweit eine tödlichere und umfassendere zweite Welle aus. Medikamente sind unwirksam. Schutz bieten nur Hygiene- und Abstandsregeln („AHA“ in D), Kontaktverbote, Quarantäne, zeitweilige Schließung vieler Betriebe, Geschäfte, Schulen. Die ökonomischen Folgen sind erheblich.

Kulturelle Unterschiede zeigen sich beim Einhalten der Schutzregeln. Eher populistische Regierungen (USA, GB) mögen den Bürgern nur ungern Lasten zumuten, da steigen die Opferzahlen schnell. Auch die EU-Länder erleben den Konflikt zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten, so auch dem Datenschutz (>Corona-App). China nutzt sein hochentwickeltes digitales Kontrollsystem und hat mit radikalen Einschränkungen nach 6 Monaten mit geringeren Wachstumsverlusten die Pandemie angehalten. Je nach ökonomischer Kraft entwickeln die Staaten große ökonomische Hilfspakete, verschulden sich enorm, so auch die EU.

Erste Impfstoffe internationaler Firmenverbände sind schon im Dezember 2020 einsatzbereit, das „Durchimpfen“ von 60–70 % der gesamten Bevölkerung ist eine einzigartige industrielle und logistische Herausforderung – schon für die Industrieländer. Viele Entwicklungsländer sind überfordert, ihnen zu helfen ist ein moralisches und medizinisches Gebot.

Die Pandemie wird auf Dauer Veränderungen im Umgang der Menschen haben und international die Kräfteverhältnisse zwischen Staaten verschieben und evtl. die Anziehungskraft der freiheitlich-liberalen Grundordnungen mancher Länder weniger attraktiv erscheinen lassen.

Die Pandemie bewirkt in kürzester Zeit enorme gesellschaftliche, politische, ökonomische, kulturelle, persönliche, zwischenmenschliche Veränderungen. Neue Begriffe breiten sich aus: Social distancing, Lockdown, Slowdown, AHA-Prinzip, homeworking, Distanzunterricht, Webinar. Hände werden nicht mehr geschüttelt, Familien treffen sich per ZOOM, Restaurants, Schulen, nicht lebensnotwendige Geschäfte, Clubs, Kinos, Theater, Museen, Reisebüros schließen monatelang. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird auf eine schwere Probe gestellt. Hier einige *Einzelaspekte:

*Das Virus wird sofort (anders als bei der Pest im 14.Jhdt./ Ziff. 16 und der Grippe von 1918 (Ziff. 51) erkannt, die öffentliche internat. wissenschaftliche Diskussion verhindert aber nicht Verschwörungstheorien, die den Konsens bei Schutzmaßnahmen und die Akzeptanz der Schutzimpfung mindern.

*Da die Todesopfer weit überwiegend Ältere sind, verbreitet sich unter Jüngeren eine gewisse Sorglosigkeit. Populistische Politiker sprechen verharmlosend von einem „Grippchen“.

*In der Krise müssen sich die Staaten bewähren, was Zusammenhalt, Disziplin, politische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrifft.

*In der EU brauchen die Südländer Hilfen für überfällige und jetzt akzeptierte Strukturreformen, gewaltige Beträge werden bereitgestellt.

*China leugnet ab Frühjahr 2020 die Herkunft des Virus, betont aber die Überlegenheit seines autoritären Systems, bietet zu günstigen Preise Ländern der 3. Welt einen eigenen Impfstoff an. Es stellt sich manchen Menschen die Frage, ob China ein Vorbild sein kann.

Nachspann für bildungspolitisch-Interessierte - und Technisches:

Widerspricht nicht die Idee eines Bildungs-„Kanons“ mit verbindlichen Inhalten der Hamburger Tradition der „Kompetenzorientierung“?

Nein, er gehört nur als ein Element in einen umfassenden, auch fachlich detaillierten, Bildungsplan.

Im Jahr 2021 ist festzustellen, dass die Zeit seit 2008 bildungspolitisch weitergegangen ist.

Zur Erinnerung: Nach welchen Richtlinien wird – noch – im Hamburger Geschichtsunterricht gearbeitet?

Der gültige Bildungsplan Geschichte Sek I (Jahrg. 5–10) Stadtteilschule stammt aus 2014, der für Gymnasien aus 2011, der für die gymnasiale Oberstufe der beiden Schulformen aus 2009. Auf der Grundlage dieser sehr allgemein gefassten, exemplarisch-thematisch vorgehenden Pläne soll jede Schule jeweils eigene schulinterne Curricula entwickeln. Ziel dieses sehr aufwändigen dezentralen Prozesses sollen eher individualisierte Arbeitsergebnisse sein, jeweils in Abhängigkeit von den Besonderheiten des Stadtteils und den Interessen der jeweiligen Fachkollegien (die bekanntlich schnellem Personalwechsel unterliegen) – ein gemeinsamer, womöglich auch noch verbindlicher Wissenskanon war in Hamburg nie gewünscht. Die Bildungspläne erwarten vorrangig den Erwerb von Kompetenzen, aufgeschlüsselt in Orientierungskompetenz, Methodenkompetenz, Urteilskompetenz. Und was die Fakten betrifft ... die holen wir dann einfach ad hoc aus dem Internet... Da wissen wir heute, wie riskant die Recherche ohne Orientierungswissen ist. „Man erblickt nur, was man schon weiß und versteht“ – da liegt Goethe auch heute noch richtig.

Schon oft wurde die sehr weitgehende Hamburger Kompetenzorientierung ohne solide Faktenbasis ironisiert. Zwei Beispiele, ein zu bissiger Spruch: „Das ist wie Stricken ohne Wolle“... und ein realistischerer (meiner...): „Das ist wie Mauern ohne Ziegelsteine.“

Die Zeit ist über den Vorrang der einseitigen Betonung der „Kompetenzorientierung“ zugunsten von mehr, auch verbindlichem Orientierungswissen hinweggegangen:

- Schon 2014 führt Hamburg für alle Grundschulen (und dies natürlich für alle Stadtteile!) einen verbindlichen Basiswortschatz von knapp 800 Begriffen ein.
- In der ZEIT (17.10.2019, S. 40) schreibt Thomas de Maizière „Ich bestehe auf Basiswissen“. Thomas Kerstan erklärt in der ZEIT (16.8.2018, S. 55): „Wir brauchen einen neuen Kanon“ und fordert, mit einem breiten Kulturbegriff, die Kenntnis von 100 Kunstwerken. Und er hat recht, wenn er sagt, dass dieser Ansatz auch sozial gerecht ist. „Ein Kanon, der das Allgemeinwissen abbildet, bietet Orientierungshilfe für Arbeiter- und Einwandererfamilien“. Dieses Prinzip, daran erinnere ich gern, war auch einmal Prinzip erfolgreicher sozialdemokratischer Bildungs- und damit Sozialpolitik in Hamburg von den 1920er Jahren an...
- In den Naturwissenschaften ist ja vieles unstrittiger: Da darf klaglos in Biologie zum Ende der Klasse 10 an Gymnasien die Kenntnis von 60 Fachbegriffen aus dem Bereich der Genetik verlangt werden.
- 2019 beschließen in der Hamburger Bürgerschaft Koalition und Opposition zum Thema „Schulfrieden“ (Drs. 21/18362; 19.09.2019, Ziff. 2.6.) in einem fraktionsübergreifenden (SPD, CDU, Grüne, FDP) Antrag das Folgende als Auftrag an die Bildungsbehörde:

„Kerncurricula legen verpflichtende Unterrichtsinhalte und verpflichtendes Fachwissen fest. Sie sollen insbesondere klar beschreiben, über welches Wissen die Schülerinnen und Schüler den jeweiligen Unterrichtsfächern und Jahrgangsstufen verfügen müssen.“

Diese Festlegung findet sich auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen vom Juni 2020:

„Die Bildungspläne in den Unterrichtsfächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Spanisch, Französisch, Biologie, Chemie, Physik, Natur und Technik, Sachunterricht, Geschichte und Politik/Gesellschaft/Wirtschaft sollen Schritt für Schritt so überarbeitet werden, dass die Kompetenzorientierung in diesen zentralen Unterrichtsfächern durch Kerncurricula ergänzt wird, um ein gemeinsames Grundwissen zu erreichen.“ (S. 135).

Der Verfasser dieser Zeilen wünscht sich, dass dieser Wissenskanon mit seinen Leitbegriffen, die für Kontexte stehen, in den komplementär zu erarbeitenden neuen Bildungsplänen für Geschichte und Gesellschaftswissenschaften/PGW berücksichtigt werden. Gerade die verfassungsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Aspekte der Zeit ab 1918, hier hoch gewichtet, können in PGW verankert werden. Dabei gilt für mich, dass es sinnvoll ist, dass der Gegenstand, an dessen Studium Kompetenzen erworben werden, auch als solcher eine anerkannte Bedeutung im gesellschaftlichen Diskurs hat – also Menschen verbindet.

Hat sich das Prinzip der von jeder Schule für jeweils alle Fächer zu erarbeitenden schulinternen Curricula bewährt? Wurde dabei oftmals das Rad mit hohem Zeitaufwand alle vier Kilometer vergleichbar neu erfunden? Wurden die Curricula angepasst, wenn sich die Zusammensetzung des Fachkollegiums wieder einmal verändert hatte? Wurden dabei in der Realität die jeweils in den Schulen zu erreichenden Inhalte eher beliebig gestellt, auch nach dem – riskanten! - Maßstab des vermeintlich in dem Stadtteil nur Erreichbaren? Sollte nicht die Behörde – auch aus Gründen der Zeitökonomie zugunsten der Lehrenden – als Dienstleisterin detaillierte fachbezogene Bildungspläne vorgeben, von denen Fachkollegien begründet mit anderen Schwerpunkten abweichen können? Denn eines lehrte die Beobachtung: Bei aller Selbstverantwortung der Einzelschule wird die Behörde ihre politische Verantwortung doch nicht los...

Zu den AUTORENRECHTEN: Der Autor gestattet natürlichen Personen die unentgeltliche Nutzung dieser Arbeit durch Herunterladen von der hierfür eingerichteten Homepage (www.wissenskanon-geschichte.de) ausschließlich zu privaten Zwecken, sofern sie weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienen - also für Bildung und Erbauung. Diese Genehmigung schließt Lehrende und Lernende an Schulen ausdrücklich ein. Für jede kommerzielle (z.B. durch Verlage) oder administrative (z.B. durch Behörden) Nutzung dieser Arbeit als Ganzes oder in Teilen bedarf es meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung. Dies gilt auch für solche Übernahmen auf Internetauftritte anderer natürlicher oder juristischer Personen.

Für Anregungen, Korrekturen, Kritiken, Danksagungen etc. bin ich erreichbar unter: r.behrens@wissenskanon-geschichte.de

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BRD	Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
CDU	Christlich-Demokratische Union
COMECON	Wirtschaftsgemeinschaft der SU und der Ostblockländer
D, dt.	Deutschland (1871 – 1945 und ab 1990), deutsch
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 – 1990)
E	Spanien
E, GB	England, Großbritannien (ab 1708)
EWG, EG, EU	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft, Europäische Union - je nach Grad der Integration
F	Frankreich
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
Jhdt	Jahrhundert
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSDAP, NS-, Nazi	Nationalsozialistische Deutsch Arbeiterpartei, Nationalsozialismus, Nationalsozialistisch
Pr	Preußen
R	Russland
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU	Sowjetunion
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v. oder n.	vor Christi/ vor unserer Zeitrechnung – nach Christi / nach unserer Zeitrechnung für Jahreszahlen nur in Zweifelsfällen

Sonstiges: Deckblatt-Karikatur: Copyright Sini Pismestrovic, homepage: <https://www.sinipismestrovic.com/>